




02
07

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg

 Reihe Statistische Analysen, 2/2007



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Gefördert durch die

Robert Bosch **Stiftung**



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg

Stand 30.10.2007

Artikel-Nr. 8033 07002

ISSN 1860-1197

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Gefördert durch die Robert Bosch Stiftung

Fotonachweis

picture-alliance/ dpa

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Der demografische Wandel
in Baden-Württemberg –
Auswirkungen und
Herausforderungen für
Gesellschaft und Politik





Vorwort

Der demografische Wandel vollzieht sich in Baden-Württemberg bereits seit mehreren Jahrzehnten – zunächst fast unmerklich, heute spürbar. Die Ausgangsbedingungen Baden-Württembergs zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels sind günstiger als in anderen Regionen Deutschlands, denn Baden-Württemberg hat eine dynamische Bevölkerungsentwicklung hinter sich wie kein anderes Land Deutschlands und stellt gegenwärtig die im Durchschnitt jüngste Bevölkerung bundesweit und die Binnenmigration unterstützt den demografischen Ausgleich im Lande. Dennoch wird die Bevölkerung nur noch wenige Jahre wachsen. Die Mehrzahl der Stadt- und Landkreise dürfte im Jahre 2025 deutlich weniger Einwohner haben als heute. Gleichzeitig verschiebt sich die Altersstruktur dramatisch und es liegen keine Erfahrungen vor, wie eine Gesellschaft wirtschaftlich und politisch damit umgeht, wenn die ältere Bevölkerung doppelt so stark vertreten ist wie die junge nachwachsende Generation.

Die Robert Bosch Stiftung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg haben diese Zukunftsthemen bereits seit geraumer Zeit aufgegriffen. Mit der vorliegenden Broschüre werden die Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen des demografischen Wandels – soweit sie heute absehbar sind – auf aktueller Datenbasis faktengestützt aufbereitet. Ein Blick über die baden-württembergischen Verhältnisse hinaus zu den europäischen Nachbarn zeigt die internationale Dimension des demografischen Wandels.

Dr. Ingrid Hamm
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung

Dr. Carmina Brenner
Präsidentin des
Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg

Inhalt

Vorwort	3
■ Der Blick in die demografische Zukunft	7
Vorausrechnung ja – Prognose nein	7
■ Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg	8
Bevölkerungszahl und Altersstruktur	8
Wanderungsgewinne – Motor des Bevölkerungswachstums	10
Demografische Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen	11
■ Geburtenentwicklung	12
Geburtenraten im internationalen Vergleich	12
Entwicklung der Geburtenrate seit 1890	12
Das generative Verhalten von Migranten	13
Die Entwicklung der Geburtenzahl 1950 bis 2025	14
Kinderzahl von Frauen in Baden-Württemberg und Deutschland	15
Zahl der Kinder mit Geschwistern	16
Bildungsstand der kinderlosen Frauen	16
Geburtenraten in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs	17
Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation	18
Zukunftsoptimismus steht gegen Zukunftspessimismus	18
Plurale Gesellschaft und Wertewandel	18
Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	19
Schwierige ökonomische Situation von Familien	20
Verlässliche Partnerschaft	21
Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter	21
Hohe Wertschätzung von Kindern	22
Kinderzahlen und Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union	23
■ Lebenserwartung	24
Lebenserwartung gestern, heute, morgen	24
In den Landkreisen Tübingen und Breisgau-Hochschwarzwald wird man am ältesten ...	25
... in Mannheim und im Neckar-Odenwald-Kreis sterben die Leute früher	25
Baden-Württemberger leben länger	27



■ Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung	28
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	28
Zahl der hoch betagten Menschen wächst besonders stark	29
Stadtkreis Ulm 2025 mit der im Durchschnitt jüngsten Bevölkerung	30
■ Zukünftige Struktur der Erwerbsbevölkerung	31
Erwerbsbevölkerung schrumpft und altert	31
Führt der demografische Wandel zu einem Fachkräftemangel?	31
Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer	32
Erwerbsbeteiligung von Frauen	33
Erwerbsbeteiligung von Migranten	35
■ Kinderbetreuung, Schülerzahlen und Schulabschlüsse	36
Kinder und Jugendliche	36
Kinderbetreuung im Kleinkindalter	36
Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2025/26	36
Schulabschlüsse heute	38
Schulbesuch ausländischer und deutscher Kinder	38
Schulabschlüsse ausländischer und deutscher Kinder	39
Anteil der Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit	39
■ Die Folgen für die Sozialversicherung	40
Der Drei-Generationen-Verbund: Alten- und Jugendquotient	40
Heraufsetzen des Renteneintrittsalters	41
Krankheitskosten nach Altersgruppen	42
Künftige Entwicklung der Krankheitskosten in Baden-Württemberg	42
■ Pflegebedürftigkeit und Pflegekräfte	43
Pflegehäufigkeiten im Alter	43
Künftige Entwicklung der Zahl Pflegebedürftiger	43
Vorausberechnung der Pflegebedürftigen nach Pflegearten	43
Künftiger Bedarf an Pflegekräften	44
■ Auswirkungen auf den Neu- und Ersatzbedarf an Wohnraum	45

■ Bevölkerungsentwicklung, Mobilität und Pkw-Bestand	47
Mobilität heute	47
Vorausrechnungen zur künftigen Mobilität	47
Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen	49
Entwicklung des Pkw-Bestands bis 2025	49
■ Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland	50
Bevölkerungszahl und Altersstruktur	50
Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung	51
Künftiger Bevölkerungsrückgang in den Bundesländern	51
Alterstrukturen 2050 in den Bundesländern	52
■ Die Entwicklung der Bevölkerung in den Ländern der Europäischen Union	53
Die Weltbevölkerung wächst – Europa schrumpft	53
Europa altert deutlich	54
■ Konsequenzen einer alternden Bevölkerung	55
■ Demografische Zäsuren	57
■ Fachbegriffe und Methoden	58



Der Blick in die demografische Zukunft

Baden-Württemberg hat eine dynamische Bevölkerungsentwicklung hinter sich wie kein anderes Land Deutschlands und es blickt in eine spannende demografische Zukunft. Unsere Bevölkerung wird voraussichtlich nur noch einige wenige Jahre lang wachsen, aber sie wird gleichzeitig in einem Maße „altern“, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Die Herausforderungen, die sich besonders aus den Verschiebungen in der Altersstruktur für unsere Gesellschaft ergeben, berühren alle Lebensbereiche: von der Kinderbetreuung und dem Bildungsbereich über das Angebot an und die Nachfrage nach Arbeitsplätzen bis hin zu Fragen der sozialen und materiellen Sicherung im Alter.

Die Frage, wie unsere demografische Zukunft aussehen kann, muss bereits heute gestellt und beantwortet werden. Nur dann besteht die erfolgreiche Aussicht, sich rechtzeitig darauf einzustellen oder dort, wo es möglich ist, nachteiligen Entwicklungstendenzen entgegen zu steuern. Die künftige Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen sind keineswegs nur als beklagenswertes Schicksal zu bewerten, sondern es bieten sich Chancen, Altgewohntes zu überdenken und mit Blick auf künftige Entwicklungen zukunftssicher neu zu gestalten.

Als Informationsgrundlage bietet die amtliche Statistik seit fast 40 Jahren Ergebnisse von Voraussrechnungen über Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung an, die regelmäßig aktualisiert und den veränderten Bedingungen angepasst werden. Dieser Publikation liegen die jüngsten Bevölkerungsvoraussrechnungen für Baden-Württemberg vom Oktober 2006 und Februar 2007 zugrunde.

Vorausrechnung ja – Prognose nein

Perikles (495 v. Chr. – 429 v. Chr.) sagte: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein.“

Die amtliche Statistik kann keine Prognose abgeben, wie viele Menschen im kommenden Jahr, geschweige denn im Jahr 2050, in Deutschland oder Baden-Württemberg wirklich leben werden. Wir wissen auch nicht im Einzelnen, wie stark die verschiedenen Altersgruppen der Bevölkerung im Jahr 2050 besetzt sein werden. Allerdings können wir eine Aussage darüber treffen, wie sich die Bevölkerung entwickelt, wenn wir bestimmte Annahmen zur künftigen Geburtenrate, zur Lebenserwartung und zur Entwicklung der Migration treffen. Dieses Vorgehen nennen wir eine Vorausrechnung.

Auf dieser Grundlage führen wir in der amtlichen Statistik Baden-Württembergs seit Ende der 60er-Jahre in unterschiedlichen zeitlichen Abständen Bevölkerungsvoraussrechnungen durch. Wir treffen dabei „wenn – dann“-Aussagen. Wenn wir bei unserer Bevölkerungsvoraussrechnung beispielsweise von der Annahme ausgehen, dass die Geburtenrate in den nächsten 50 Jahren so niedrig bleibt, wie sie heute ist, die Lebenserwartung wie in den vergangenen Jahren ansteigt und die Nettozuwanderungen sich im bisherigen Rahmen halten, dann können wir sagen: wenn nichts Anderes passiert, dann erhalten wir die demografische Entwicklung, die wir vorausrechnen.



Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

Bevölkerungszahl und Altersstruktur

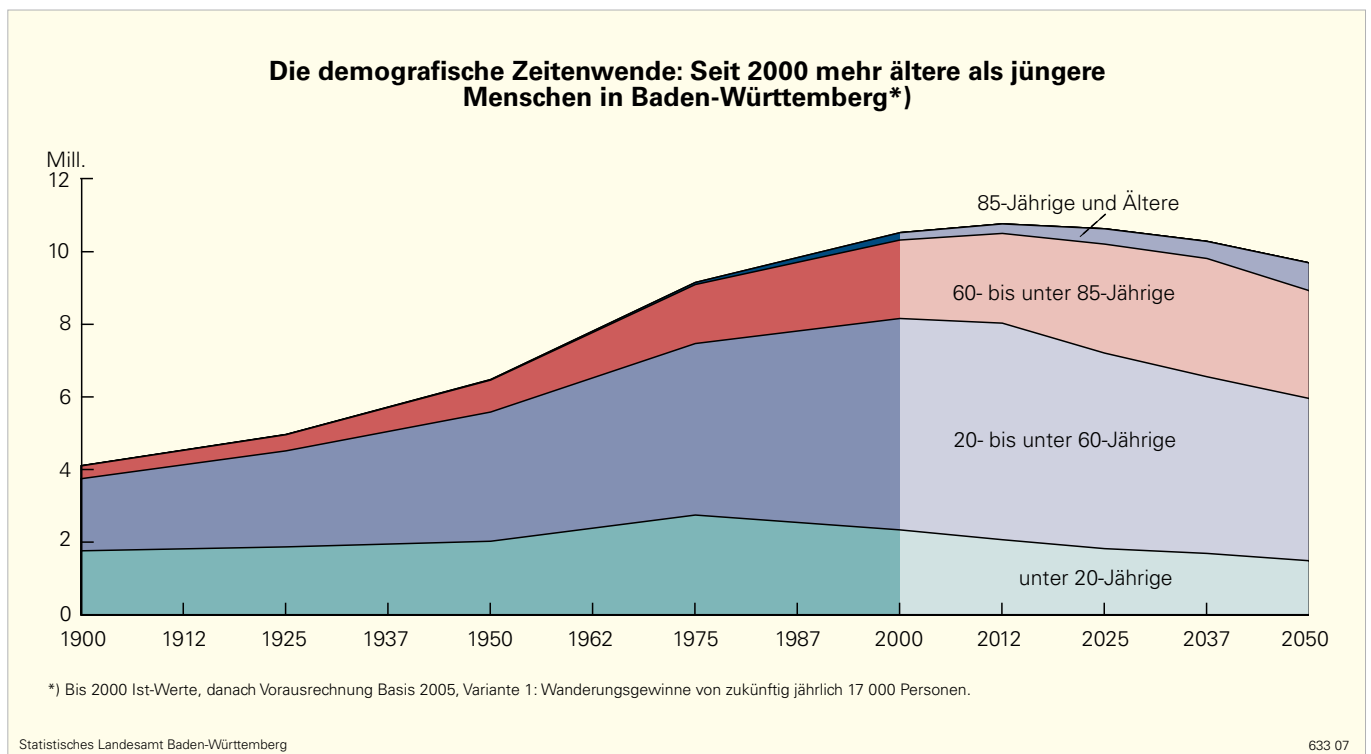
In Baden-Württemberg ist die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen fünf Jahrzehnten dynamischer verlaufen als in den meisten anderen Regionen Deutschlands. Die Bevölkerungszahl hat seit Gründung des Landes im Jahre 1952 um 62 % zugenommen, so dass heute rund 10,74 Millionen Menschen hier leben. Baden-Württemberg hatte damit den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer. Hessen folgt mit einem Zuwachs seiner Einwohnerzahl um 40 % auf dem zweiten Rang. Auch in der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands bleibt Baden-Württemberg Spitzenreiter bei der Bevölkerungsentwicklung, nunmehr dicht gefolgt von Bayern.

Den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Landesamtes liegen folgende

Annahmen zugrunde: Die Geburtenrate bleibt mit rund 135 Kindern je 100 Frauen in Zukunft so niedrig wie sie heute ist. Die Lebenserwartung steigt ähnlich an wie in den letzten 30 Jahren und der jährliche Zuwanderungsgewinn bis 2050 liegt bei 17 000 Menschen.

Unter diesen Bedingungen würde die Einwohnerzahl des Landes bis 2011 noch leicht auf rund 10,77 Millionen Menschen ansteigen, danach jedoch zurückgehen. Im Jahr 2050 hätte das Land dann knapp 9,7 Millionen Einwohner, also eine Million weniger als heute und damit ebenso viele wie im Frühjahr 1990. Diese Entwicklungen ergeben sich daraus, dass künftig auch in Baden-Württemberg – wie in Deutschland bereits seit 1972 – Jahr für Jahr mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden und die angenommenen Wanderungsgewinne nur noch kurze Zeit das Minus in der Bilanz aus Geburten und Sterbefällen mehr als ausgleichen.

Die entscheidende Aussage betrifft nicht so sehr die Bevölkerungsgröße, sondern die gravierenden





Verschiebungen im Altersaufbau. Auch wenn der Südwesten weiterhin eine für Zuwanderungen attraktive Region bleibt und deshalb erst ab dem Jahr 2012 mit einem zunächst moderaten Bevölkerungsrückgang rechnen kann, erleben wir voraussichtlich doch einen ähnlichen Alterungsprozess, wie viele andere westdeutsche Regionen auch.

Ende 2000 gab es in Baden-Württemberg die historische Zäsur, dass hier erstmals mehr ältere Menschen lebten als unter 20-Jährige. Bereits heute liegt der Anteil der unter 20-Jährigen nur noch bei 21 %, der Anteil des Erwerbspersonenpotenzials bei 55 % und der Anteil der 60 Jahre und Älteren bei 24 %. Bis 2050 würde der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen auf 15 % sinken, der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter auf 47 % zurückgehen und der Anteil der 60 Jahre und älteren auf 39 % ansteigen. Darunter befände sich ein Anteil von 7 % an Hochbetagten, d. h. Menschen im Alter von 85 und mehr Jahren. 40 % dieser Menschen sind heute pflegebedürftig.

Wir erleben einen Alterungsprozess nicht etwa nur deshalb, weil die Zahl der älteren Menschen so stark zunehmen wird, sondern weil uns die Kinder fehlen. Wir leiden also nicht unter einer Überalterung, sondern unter einer „Entjüngung“.

Sollten allerdings die Nettozuwanderungen in den nächsten Jahren wieder deutlich ansteigen, so dass u. a. als Folge der EU-Osterweiterung im Durchschnitt der Jahre bis 2025 fast 30 000 Menschen pro Jahr per saldo zuwandern, dann könnte das Land im Jahre 2025 eine Einwohnerzahl von 11,12 Millionen erreichen – rund 3,5 % mehr als gegenwärtig. Gleichwohl ist aber danach – bei etwas niedrigerer Nettozuwanderung (20 000 Personen pro Jahr) – ebenfalls ein Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Im Jahre 2050 würde dann die Einwohnerzahl Baden-Württembergs mit etwa 10,3 Millionen Menschen etwas unter dem gegenwärtigen Stand liegen. Diese Entwicklung hätte jedoch kaum einen Einfluss auf den Alterungsprozess. Auch dann würde der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen deutlich sinken und der Anteil der älteren Menschen weiter ansteigen.

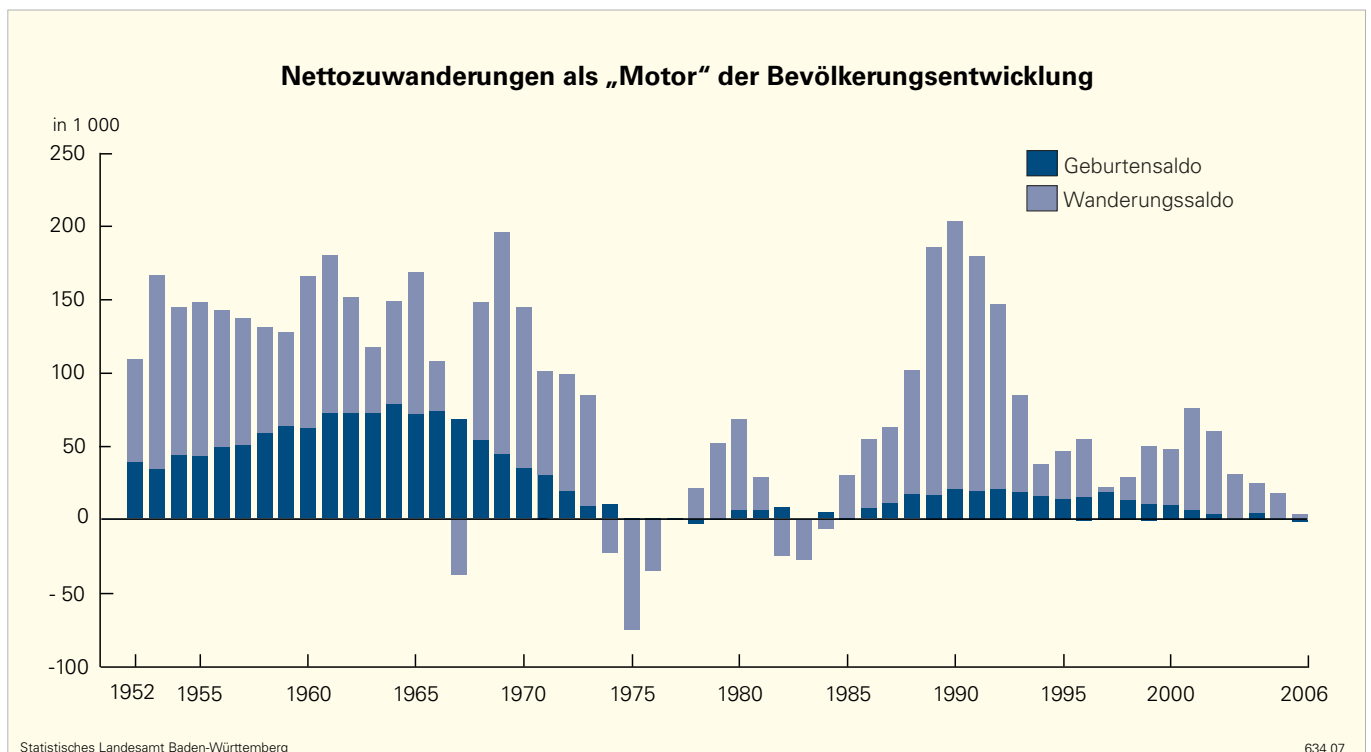


Wanderungsgewinne – Motor des Bevölkerungswachstums

In der Vergangenheit stellten die Wanderungsbewegungen den „Hauptantrieb“ für das Bevölkerungswachstum im Lande dar. Seit 1952 erlebte das Land zusammen genommen rund 15,7 Millionen Zuzüge über die Landesgrenzen. Dies war auf Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem Zweiten Weltkrieg, Gastarbeiterzuwanderung sowie Arbeitskräftezuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands, Bürgerkriegsflüchtlinge und die einigungsbedingte Zuwanderung aus Ostdeutschland zurückzuführen. Im gleichen Zeitraum wanderten aber auch knapp 12,7 Millionen Menschen aus Baden-Württemberg ab. Per saldo ergab sich also ein Wanderungsgewinn von insgesamt fast 3,1 Millionen Menschen seit Bestehen des Landes. Damit resultierten etwas mehr als 70 % des bisherigen Bevölkerungswachstums aus den Nettozuwanderungen, die übrigen knapp 30 % aus Geburtenüberschüssen.

Da die zuwandernden Personen im Durchschnitt etwa 10 Jahre jünger sind als diejenigen, die bereits im Lande leben, bewirken die Nettozuwanderungen einen gewissen, wenn auch begrenzten „Verjüngungseffekt“. Dennoch haben die Zuwanderungen nicht verhindern können, dass in den vergangenen fünf Jahrzehnten schon die baden-württembergische Bevölkerung deutlich „gealtert“ ist.

Der Gedanke, den Alterungsprozess dennoch mit Hilfe von Zuwanderungen zu stoppen, würde für Baden-Württemberg bedeuten, dass bis 2050 Jahr für Jahr etwa 170 000 Menschen per Saldo zuwandern müssten. Dann hätte der Südwesten voraussichtlich eine Integrationsleistung in allen Bereichen für jährlich bis zu 400 000 neu zuwandernde Menschen zu leisten. Zuwanderung allein löst auf Dauer keine demografischen Probleme.

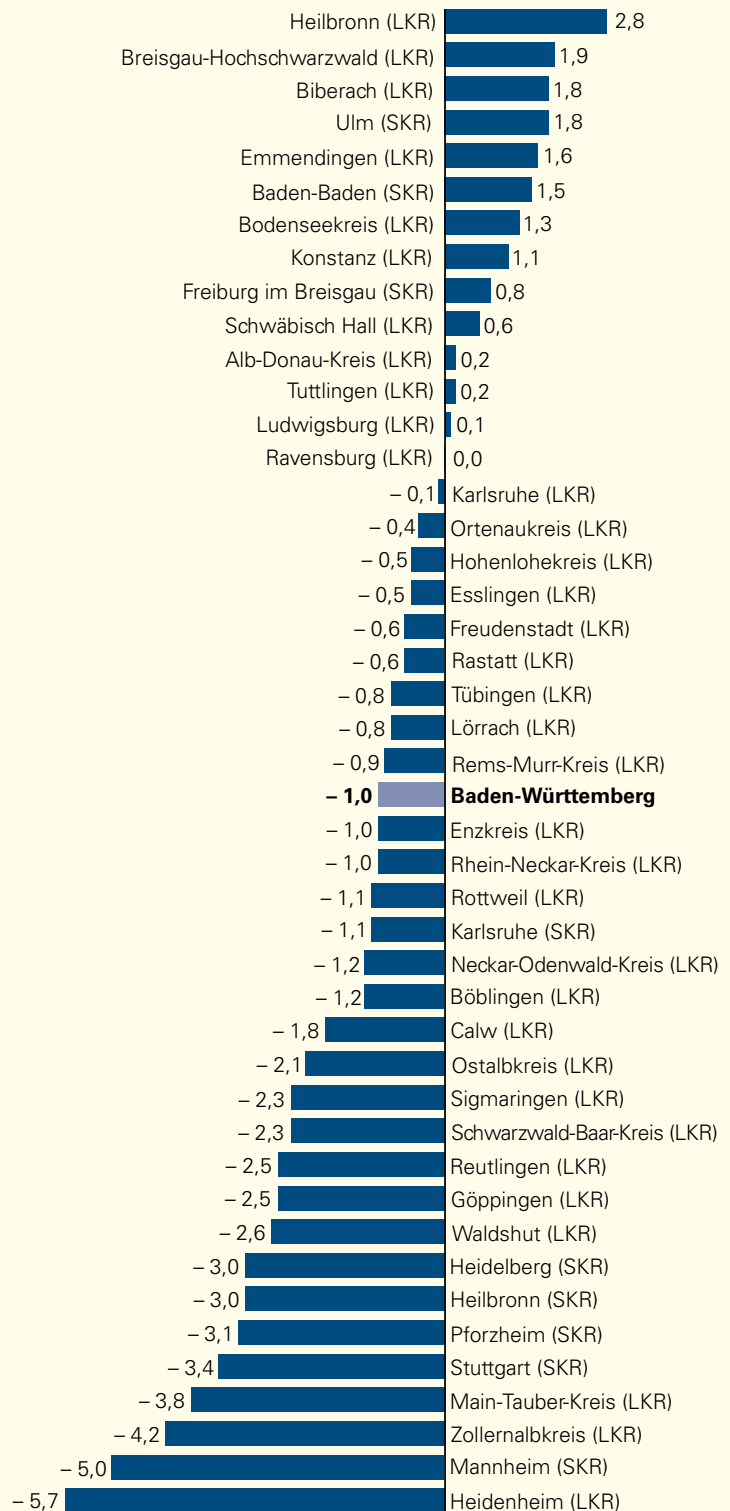


Demografische Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen

Auf Grund der Ergebnisse der jüngsten kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung für die 44 Stadt- und Landkreise ist bis zum Jahr 2025 in 13 Kreisen mit leichten Bevölkerungszunahmen zu rechnen. Die stärkste Zuwachsrate zwischen 2005 und 2025 wird voraussichtlich der Landkreis Heilbronn mit einem Plus von 3 % aufweisen. Es folgen die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Biberach und Emmendingen sowie die Stadt Ulm mit jeweils 2 % Bevölkerungszuwachs. Dagegen würden – wenn wir die Verhältnisse der Jahre 1997 bis 2005 fortschreiben – der Landkreis Heidenheim und die Stadt Mannheim die größten Einwohnerrückgänge zu erwarten haben. Etwas geringer, aber oberhalb des Landesdurchschnitts, dürfte die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in den Städten Heidelberg, Heilbronn, Pforzheim und Stuttgart ausfallen. Die regional unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen lassen sich zum großen Teil durch die unterschiedliche Stellung der Stadt- und Landkreise im Wanderungsgeschehen erklären.

Alle schrumpfenden Kreise können, über den gesamten Zeitraum bis 2025 gesehen, ihr Geburtenminus nicht mehr durch Wanderungsgewinne ausgleichen.

Bevölkerungsrückgang in 31 Kreisen erwartet*



*) Prozentuale Veränderung der Einwohnerzahlen von 2005 bis 2025.



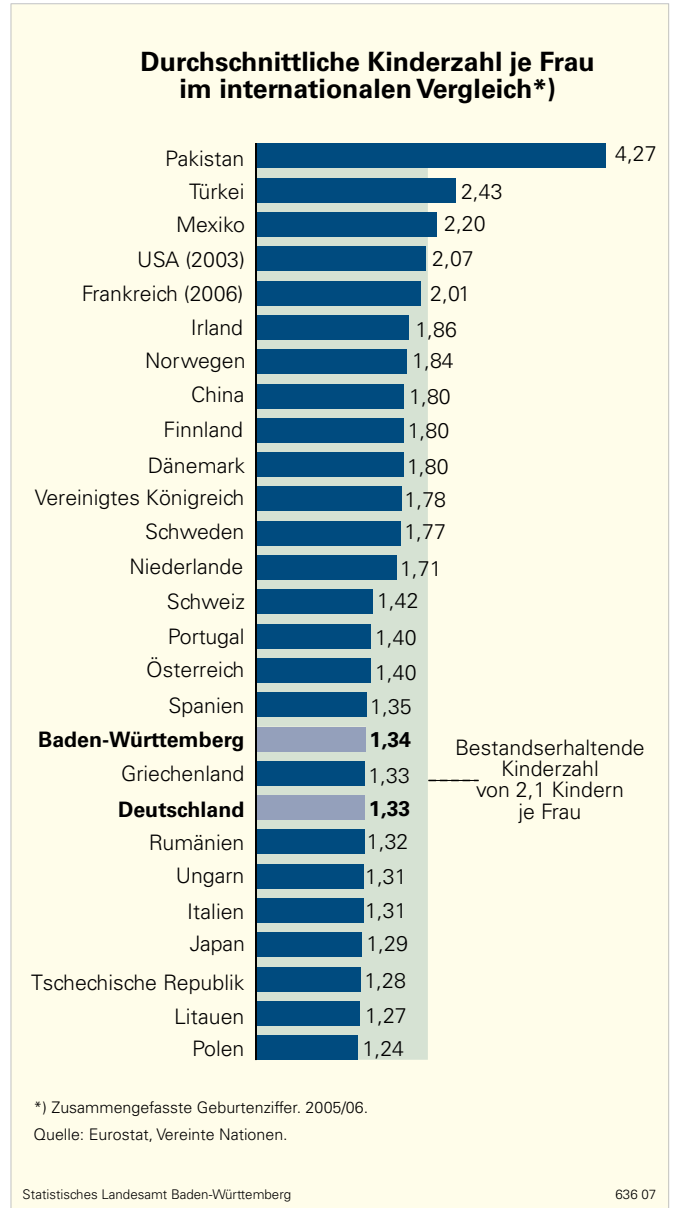
Geburtenentwicklung

Geburtenraten im internationalen Vergleich

Deutschland hatte wie kein anderes Land der Welt bereits seit der zweiten Hälfte der 60er-Jahre über etwa zehn Jahre hinweg einen drastischen Geburtenrückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 70er-Jahre kommt ein Drittel weniger Geburten zur Welt, als notwendig wäre, um den Bevölkerungsstand ohne nennenswerte Zuwanderungen zu halten. Die Geburtenrate bewegt sich seitdem in der schmalen Bandbreite von 1,3 bis 1,5 Kindern je Frau. Um den Bevölkerungsstand ohne Zuwanderungen zu erhalten, wäre eine Kinderzahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich.

Derzeit liegt die Geburtenrate in Deutschland bei 1,33 Kindern pro Frau (umgerechnet 133 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden) und in Baden-Württemberg bei 1,34 Kindern pro Frau (134 Kinder je 100 Frauen). Im Lande hat sich damit das Geburtenniveau stark an den bisherigen Tiefstwert im Jahre 1985 (1,32 Kinder je Frau) angenähert. Die niedrige Geburtenrate Deutschlands wäre – wegen ihrer Bedeutung für die Verschiebungen in der Altersstruktur – weniger problematisch, wenn wir weltweit die gleiche Entwicklung feststellen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Die USA, der wichtigste Absatzmarkt der baden-württembergischen Wirtschaft, haben eine nahezu bevölkerungserhaltende Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau, wobei die weiße Bevölkerung eine Geburtenrate von 1,8 Kindern, die farbige von 2,0 Kindern und die Bevölkerung hispanischer Herkunft von 2,9 Kindern je Frau aufweist. Frankreich, der wichtigste Absatzmarkt der gesamten deutschen Exportwirtschaft, hat mittlerweile eine Geburtenrate von 2,0 Kindern pro Frau.

Frankreich und Irland haben derzeit die höchsten Geburtenraten in Europa, jedoch erreicht kein einziges europäisches Land mit seiner Geburtenrate das populationserhaltende Niveau. Zusammen mit Deutschland verzeichnen die südeuropäischen Länder, besonders Italien, schon seit Mitte und Ende der 80er-Jahre ein anhaltend niedriges Geburtenniveau. Seit den poli-



tischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in den Ländern des früheren Ostblocks sind die Geburtenraten dort deutlich gesunken. So rangieren heute etwa Litauen und Polen mit am Ende der Rangskala. Dort werden gegenwärtig weniger als 1,3 Kinder je Frau geboren.

Entwicklung der Geburtenrate seit 1890

Um 1890 hatte das Deutsche Reich die dritthöchste Geburtenrate Europas. Heute weist Deutschland die drittniedrigste Geburtenrate der Europäischen Union (EU-15) auf. Deutschland ist wie kein anderes Land Europas innerhalb von 100 Jahren von einem Extrem

zum anderen übergegangen. Die Frauenjahrgänge von 1935 bis 1938 waren in Baden-Württemberg die letzten, die sich vollständig reproduziert haben. Dies sind Frauen, die heute zwischen 69 und 72 Jahre alt sind.

Wesentliche Gründe für den deutlichen Rückgang der Geburtenrate von 1890 bis zum Ersten Weltkrieg bestanden in der Industrialisierung, der Verstädterung, der zunehmenden räumlichen Trennung von Wohnen und Arbeiten, der erfolgreichen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung.

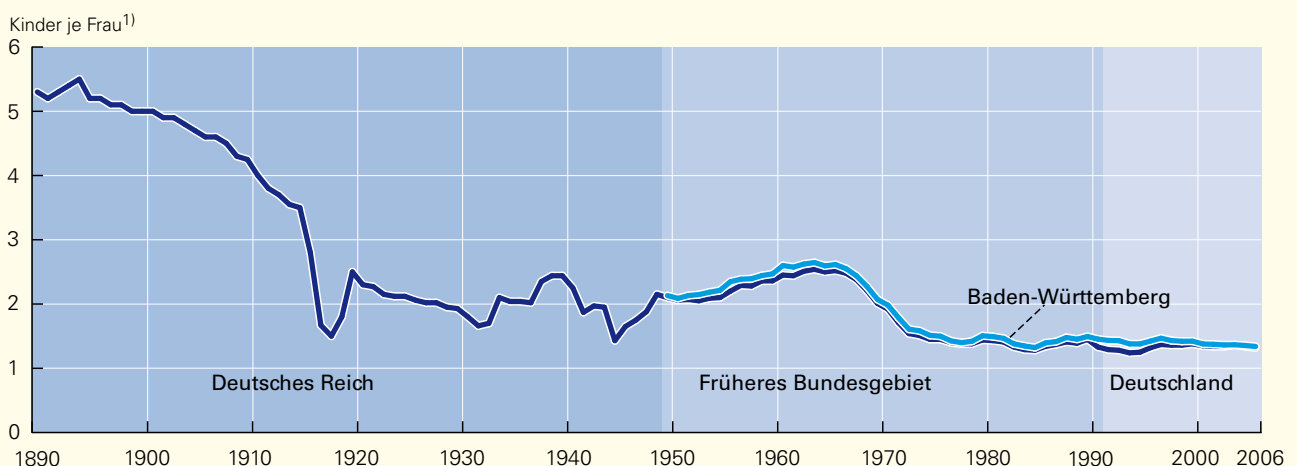
Bemerkenswert ist der Babyboom der 60er-Jahre. Die Geburtenrate stieg um 1965 auf 2,5 Kinder pro Frau. Einer der Unterschiede zu heute dürfte darin liegen, dass es sich bei der damaligen Generation um die letzte junge Generation in Deutschland gehandelt hat, der man einen ausgeprägten Zukunftsoptimismus zuschreiben konnte. Seitdem belegen Umfragen, dass die deutsche Jugend eher ängstlich und um die eigene Zukunft besorgt ist. In Baden-Württemberg folgte das Geburtenniveau nahezu immer dem gesamtdeutschen Entwicklungstrend, lag jedoch stets leicht über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings wird dieser Unterschied in jüngerer Zeit immer geringer.

Das generative Verhalten von Migranten

Das Bevölkerungswachstum Baden-Württembergs in den letzten 50 Jahren ist wesentlich auf Zuwanderung von jungen Menschen auch aus dem Ausland zurückzuführen. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil leben im Lande mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger als in den übrigen Flächenländern Deutschlands. Obwohl ausländische Frauen nach wie vor (relativ) mehr Kinder zur Welt bringen als deutsche Frauen, liegt die Geburtenrate Baden-Württembergs insgesamt besonders in jüngster Zeit dennoch nicht nennenswert über dem Bundesdurchschnitt.

Ein wesentlicher Grund besteht darin, dass die zugewanderte Bevölkerung im Laufe der Zeit sich dem generativen Muster der einheimischen Bevölkerung mehr und mehr angepasst hat. So lag die Geburtenhäufigkeit ausländischer Frauen in Baden-Württemberg zu Beginn der 80er-Jahre noch bei rund 2,4 Kindern je Frau, während seinerzeit von deutschen Frauen etwa 1,4 Kinder je Frau geboren wurden. Bis heute hat sich die Kinderzahl der deutschen Frauen nur allmählich auf knapp 1,3 Kinder je Frau verringert. Demgegenüber sank die Geburtenhäufigkeit bei den Ausländerinnen auf gegenwärtig 1,6 Kinder je Frau.

Durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland seit 1890



1) Zusammengefasste Geburtenziffer.



Die Geburtenrate der türkischen Bevölkerung liegt noch deutlich darüber, wesentlich niedriger liegt aber bereits die Geburtenrate der italienischen, griechischen, spanischen und portugiesischen Bevölkerung.

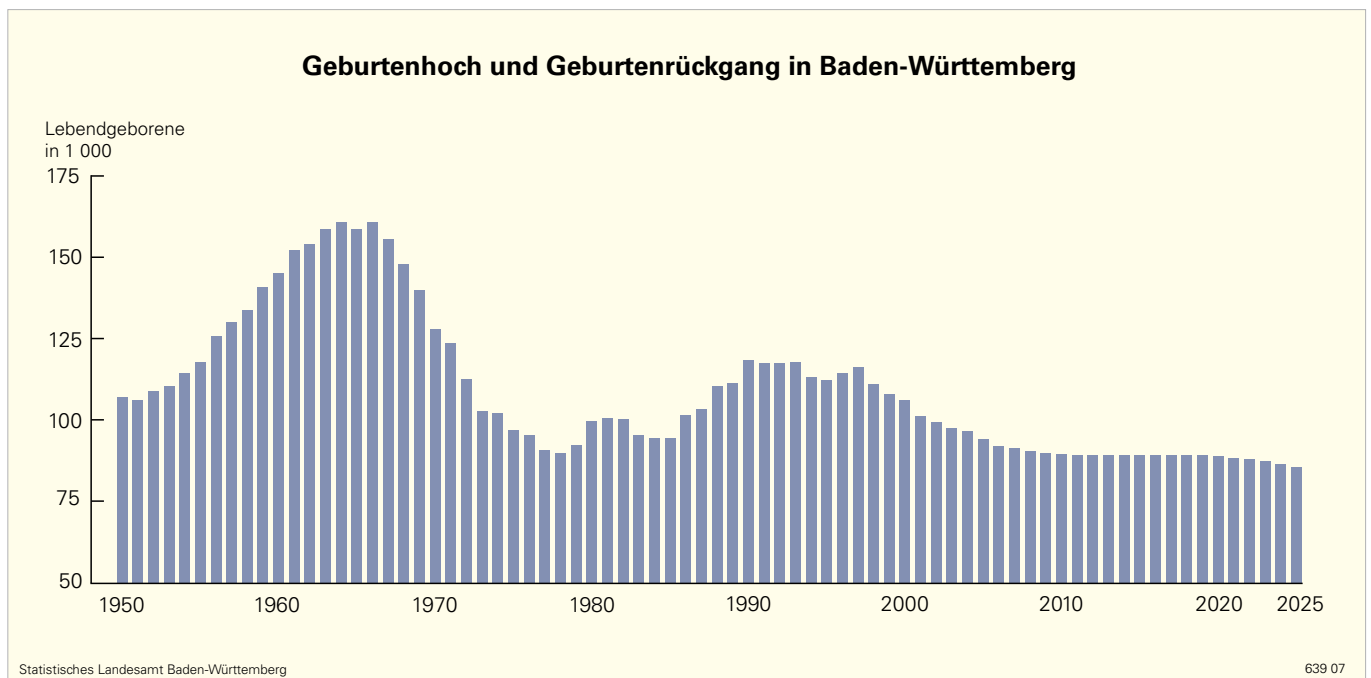
Ginge es nach der Staatsangehörigkeit der geborenen Kinder, so wäre die Geburtenhäufigkeit in der ausländischen Bevölkerung noch deutlich niedriger. Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern durch die Geburt im Inland auch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ihre Eltern rechtmäßig seit acht Jahren in Deutschland leben. Diese Rechtsänderung hat dazu geführt, dass rund die Hälfte der seit 2000 geborenen Kinder von ausländischen Eltern einen deutschen Pass erhalten hat.

Die Entwicklung der Geburtenzahl 1950 bis 2025

Die Tatsache, dass die Geburtenrate seit etwa 30 Jahren gleich bleibend niedrig ist, bedeutet nicht, dass auch die absolute Zahl der jährlich geborenen Kinder

relativ konstant verlaufen ist – sich die Geburtenentwicklung stabilisieren würde. Vielmehr beobachten wir seit Mitte der 90er-Jahre einen neuen Schub des Geburtenrückgangs. Denn hier wirkt der Geburtenrückgang der 70er-Jahre nach: nicht geborene Töchter können keine Mütter werden. Weil die „Babyboomer“ der 60er-Jahre nicht das generative Verhalten ihrer Elterngeneration übernommen haben, sondern im Durchschnitt eine um rund ein Viertel niedrigere Kinderzahl zur Welt gebracht haben, waren bereits zwischen 1990 und 2000 die jährlichen Geborenenzahlen deutlich niedriger als in den 60er-Jahren. Durch das veränderte generative Verhalten ist der „Echoeffekt“ der Babyboom-Phase nur relativ schwach ausgefallen. Die Basis der Reproduktion wird durch die gesunkenen Jahrgangsstärken immer geringer, wenn die Geburtenrate langfristig unter der bevölkerungserhaltenden Rate liegt, erst recht, wenn sie um ein Drittel zu niedrig ist.

Während sich das Geburtenniveau auf einem anhaltend niedrigen Stand eingependelt hat, haben die Paare zugleich die Altersphase der Familiengründung,



d. h. der Geburt eines ersten Kindes, kontinuierlich in höhere Altersstufen verschoben. Bei den verheirateten Frauen stieg das durchschnittliche Alter bei der Geburt eines ersten Kindes seit Anfang der 70er-Jahre von rund 24,6 Jahren auf fast 30 Jahre an (2006). Diese Verschiebung bedeutet in der Mehrzahl der Fälle nicht ein „Nachholen“ von zeitlich aufgeschobenen Entscheidungen für ein Kind. Häufig dokumentiert sich hier: „aufgeschoben ist aufgehoben“

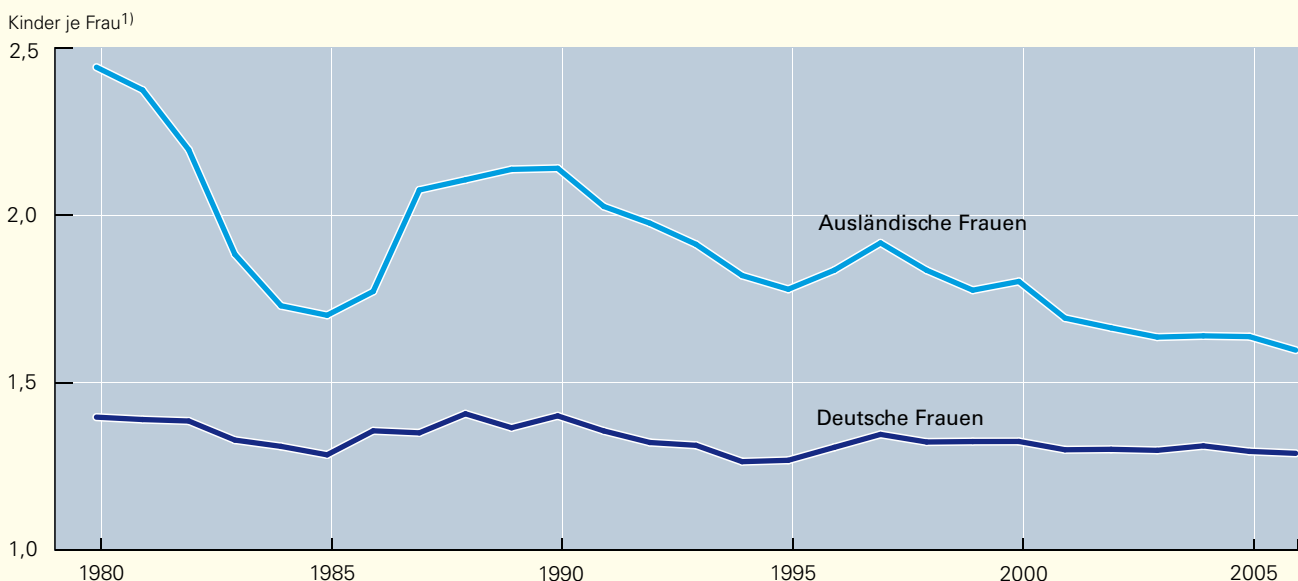
Aus der bisherigen wie auch der aktuellen Geburtenentwicklung in Baden-Württemberg ergeben sich keine Hinweise auf einen grundlegenden Wandel des generativen Verhaltens in Richtung auf höhere Kinderzahlen. Dies hat zur Folge, dass auf Grund der in den kommenden Jahren etwas schwächer besetzten Frauenjahrgänge im Alter von 15 bis 44 bzw. 49 Jahren die Zahl der jährlich geborenen Kinder in Zukunft weiter rückläufig sein dürfte. Im Jahre 2010 rechnen wir mit einer Geborenenzahl von nur knapp 90 000 Kindern, also rund 2 000 weniger als im Jahre 2006.

Langfristig würde die Zahl der Geborenen auf eine Größenordnung von deutlich weniger als 90 000 pro Jahr absinken.

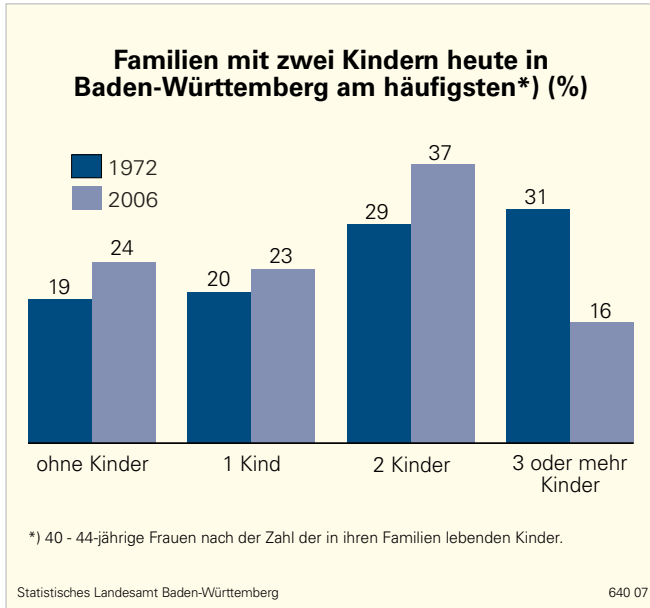
Kinderzahl von Frauen in Baden-Württemberg und Deutschland

Das generative Verhalten in Deutschland wie auch in Baden-Württemberg ist seit Jahren wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass Eltern auf dritte oder weitere Kinder verzichten und damit die Zahl der kinderreichen Familien immer geringer wird. Daneben steigt – wenn auch nicht drastisch – die Zahl der Frauen und Männer, die ganz auf Kinder verzichten. Dies ist im europäischen Ausland nicht in diesem Maße zu beobachten. Heute bleiben in Baden-Württemberg etwa 24 % der Frauen kinderlos, 23 % haben ein Kind, 37 % zwei Kinder und etwa 16 % der Frauen haben drei oder mehr Kinder. In Westdeutschland ist die Kinderlosigkeit etwas höher und der Frauenanteil mit mehreren Kindern niedriger als im Lande: 27 % der Frauen bleiben kinderlos, 25 % haben ein Kind, 34 % zwei Kinder und 14 % haben drei oder mehr Kinder.

Durchschnittliche Kinderzahl deutscher und ausländischer Frauen in Baden-Württemberg



1) Zusammengefasste Geburtenziffer.



Noch vor 35 Jahren hatten in Baden-Württemberg 31 % der Frauen drei oder mehr Kinder. Bis heute ist der Anteil kinderreicher Familien um die Hälfte gesunken. In dieser Entwicklung liegt ein großer Teil des Geburtenrückgangs begründet. Hinzu kommt der von 19 % auf 24 % gestiegene Anteil Kinderloser. Dies ist aber keine Erscheinung der letzten 35 Jahre. Bereits im Deutschen Reich lag der Anteil kinderloser Frauen und Männer hier wesentlich höher als in den anderen europäischen Ländern. In vielen Familien gab es die kinderlose Tante. Heute gibt es zusätzlich noch die tantenlosen Kinder.

Zahl der Kinder mit Geschwistern

In der Folge der niedrigen Geborenenzahlen sind Familien heute kleiner geworden und Kinder haben weniger Geschwister als früher. Zu Beginn der 70er-Jahre – also etwa eine Generation zurück – wuchsen in Baden-Württemberg rund 14 % der Kinder als Einzelkinder auf, aber fast die Hälfte der Kinder hatte damals zwei oder mehr Geschwister, ein Viertel sogar drei oder mehr. Der Anteil der Einzelkinder liegt heute in Baden-Württemberg bei knapp 18 %, d. h. immerhin 82 % der Kinder wachsen noch mit Geschwistern auf.

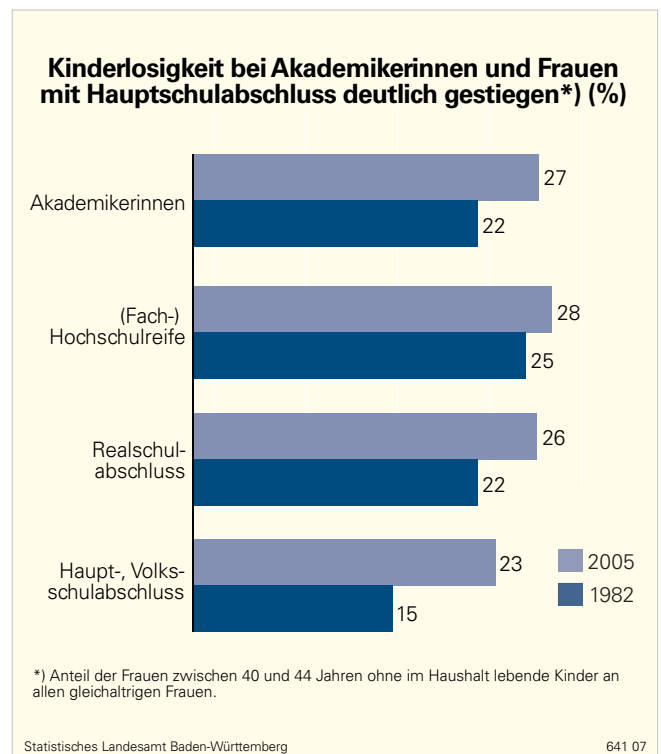
Aber nur noch etwa jedes dritte Kind hat zwei oder mehr Geschwister. Damit zeigt sich zugleich, dass

auch heute Kinder in der deutlichen Mehrzahl nicht alleine, sondern mit Geschwistern in der eigenen Familie leben.

Bildungsstand der kinderlosen Frauen

Das Ausmaß der Kinderlosigkeit von Frauen variiert mit dem Bildungsstand. Je höher der berufliche Ausbildungsstand, desto weniger Frauen werden Mütter. Heute bekommen etwa 27 % der Akademikerinnen in Baden-Württemberg keine Kinder. 1982 blieb nur etwas mehr als jede fünfte Akademikerin in Deutschland kinderlos. In Frankreich sind es auch heute weniger als 20 % der Akademikerinnen, die zeitlebens keine Kinder bekommen.

Es ist aber nicht nur der Anteil der Akademikerinnen, der kinderlos bleibt, deutlich gestiegen. Am stärksten sogar ist die Kinderlosigkeit bei Frauen mit Volksschul- oder Hauptschulabschluss angestiegen. Vor etwa 25 Jahren war fast jede siebte Frau mit diesem Schulabschluss kinderlos geblieben.

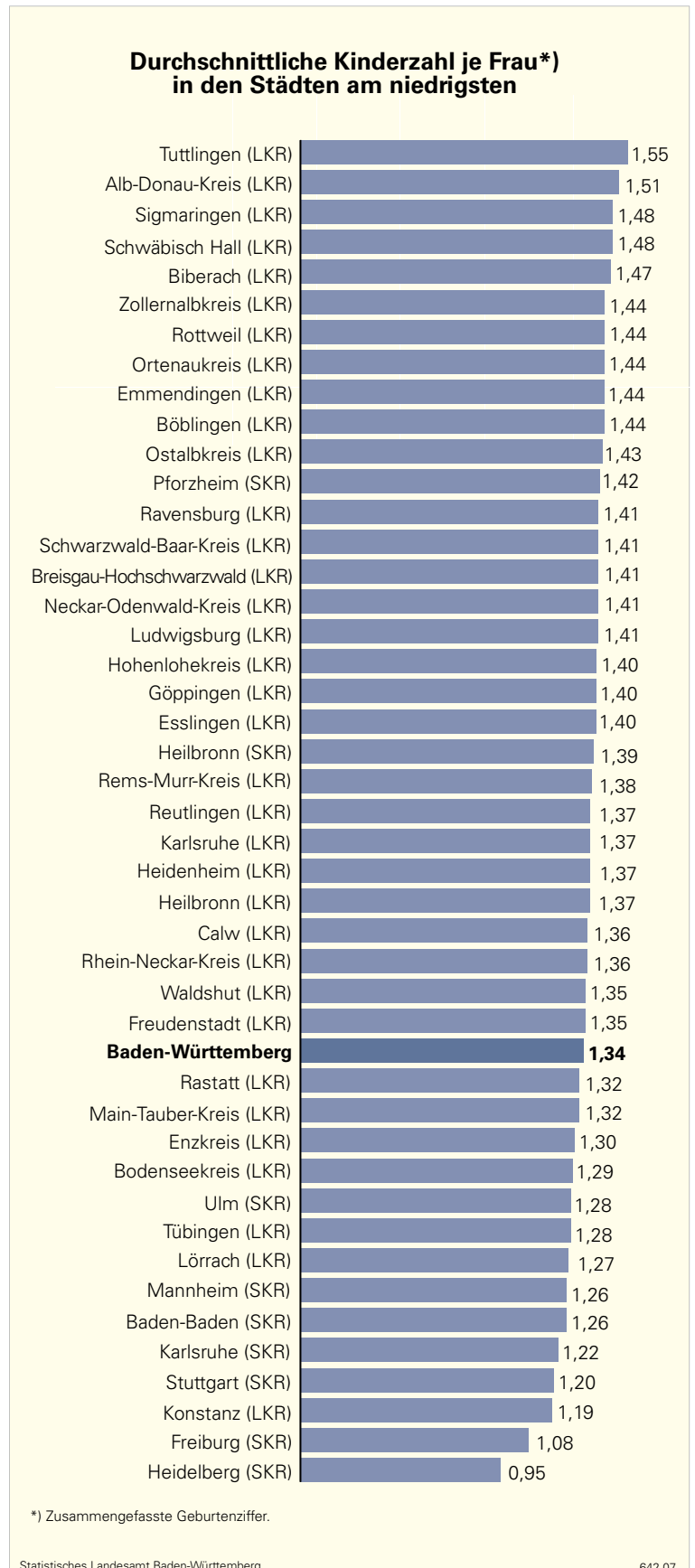


Von den Volksschul- oder Hauptschulabsolventinnen, die heute ihre Familienphase abgeschlossen haben, hat nahezu jede vierte kein Kind zur Welt gebracht. Darüber hinaus fällt auch der Anstieg der Kinderlosigkeit bei Frauen mit Hochschulabschluss ins Gewicht, weil sie unter den schulischen Bildungsabschlüssen die mit Abstand größte Gruppe ausmachen.

Geburtenraten in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Bereits heute weisen die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs ausgeprägte Unterschiede in den Geburtenhäufigkeiten auf. So lagen im Jahre 2006 der Landkreis Tuttlingen mit rund 1,55 Kindern je Frau und der Alb-Donau-Kreis mit 1,51 Kindern je Frau als Spitzenreiter deutlich über dem Landesdurchschnitt von 1,34 Kindern. Am Ende der Rangskala befanden sich zusammen mit dem Landkreis Konstanz die Stadtkreise Stuttgart, Freiburg und Heidelberg. Dabei dürften die Geburtenraten besonders in den beiden letztgenannten Stadtkreisen erheblich von der dort auch studentisch geprägten Bevölkerung beeinflusst werden.

Landesweit werden die Geborenenzahlen aus heutiger Sicht bis etwa zum Jahr 2012 zurückgehen und danach für eine kurze Zeit relativ konstant bleiben. Insbesondere Landkreise mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und somit augenblicklich vergleichsweise hohen Geborenenzahlen dürften dabei die stärksten Geburtenrückgänge erleben. Einen überdurchschnittlichen Rückgang der Geborenenzahlen würden bis 2025 die Landkreise Böblingen, Esslingen und Tübingen aufweisen. Mit Ausnahme der Stadt Ulm würden in allen übrigen Kreisen von heute bis 2025 zusammen genommen mehr Menschen sterben als Kinder geboren.



Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation

30 Jahre lang haben Politik und Gesellschaft die Frage nach den Gründen und den Folgen des Geburtenrückgangs – wenn überhaupt – zu wenig beachtet. Erst seit wenigen Jahren beginnt die vertiefte Diskussion, ausgelöst durch die nachhaltigen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme, über Möglichkeiten, mit der absehbaren Bevölkerungsentwicklung umzugehen. Man darf gespannt sein, wann die Diskussion darüber beginnt, dass es nicht nur um materielle Aspekte geht. Eine Gesellschaft ohne Kinder verliert mehr als die Finanzierungsbasis für ihre sozialen Sicherungssysteme. Kinder sind ein Wert an sich.

Worin liegen nun die Ursachen für diese Entwicklungen und warum unterscheidet sich das generative Verhalten der jungen Generationen in Frankreich, Norwegen und Dänemark seit drei Jahrzehnten so deutlich von dem in Deutschland?

Zunächst gilt festzuhalten, dass es keinen auf nur einer einzigen Ursache beruhenden Grund gibt, denn dann gäbe es vermutlich auch ein Patentrezept. Stattdessen gibt es ein ganzes Ursachenbündel, weshalb sich junge Paare für oder gegen ein erstes Kind oder Paare mit zwei Kindern für oder gegen weitere Kinder entscheiden. Hier sollen einige Einflussfaktoren vorgestellt werden:

Zukunftsoptimismus steht gegen Zukunftspessimismus

In gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen verzichten Menschen auf die Geburt von Kindern. Dies zeigt z. B. das deutliche Absinken der Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern nach dem Zusammenbruch der DDR. Eine Entwicklung, die zudem in allen ehemals kommunistischen osteuropäischen Ländern festgestellt werden kann. Allerdings trifft der Umkehrschluss nicht zu. Mit Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation kehrt die Geburtenrate nicht wieder auf ihr altes Niveau zurück.

Unsicherheiten über die persönliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Misstrauen in die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme, Verschuldung und das Gefühl, von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu sein, tragen durchaus mit dazu bei, dass Menschen die Verwirklichung ihres Kinderwunsches erst einmal aufschieben oder ganz auf Kinder verzichten.

Andererseits ist der ausgeprägte Zukunftsoptimismus der jungen Generation in den 60er-Jahren ein wesentlicher Teil des Erklärungsmusters für die damalige vergleichsweise hohe Geburtenrate von 2,5 Kindern pro Frau. Ob sich die jüngste konjunkturelle Erholung und die Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt mit zunehmender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit in einem wieder gestärkten Zukunftsoptimismus niederschlagen, bleibt abzuwarten.

Plurale Gesellschaft und Wertewandel

Plurale Gesellschaft heißt in diesem Zusammenhang, dass sich Lebensformen ausdifferenziert haben, dass es keine Standardbiografie mehr gibt, die das Leben des einzelnen Mannes oder der einzelnen Frau bestimmt. Was vor vierzig Jahren noch als Stationen des Lebens für die meisten selbstverständlich war – Schule, Ausbildung (oft nur für den Mann), Heirat, Geburt von Kindern, Großelternschaft, Ehen nicht auf Zeit, sondern bis zur Verwitwung – ist heute durch eine breite Palette an wählbaren Lebensformen abgelöst worden: Alleinlebende, nichteheliche Partnerschaften, Alleinerziehende, Patch-Work-Familien (Zusammenleben geschiedener Partner mit Kindern aus ersten Ehen, die nicht notwendigerweise im eigenen Haushalt leben), Wiederverheiratete oder Paare mit getrennten Haushalten. Viele dieser Lebensformen sehen nicht mehr zwangsläufig Kinder vor.

Hinzu kommt ein Nebeneinander unterschiedlicher Werte in unserer Gesellschaft. So gibt es keine „vorgeschriebene“ Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen. Leben mit Kindern ist zu einem denkens- und planenswerten Lebensmodell neben anderen geworden.

Lebensformen und Lebensbiografien, die vor ein oder zwei Generationen noch kaum akzeptiert wurden, gehören heute zum alltäglichen Leben.

Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit

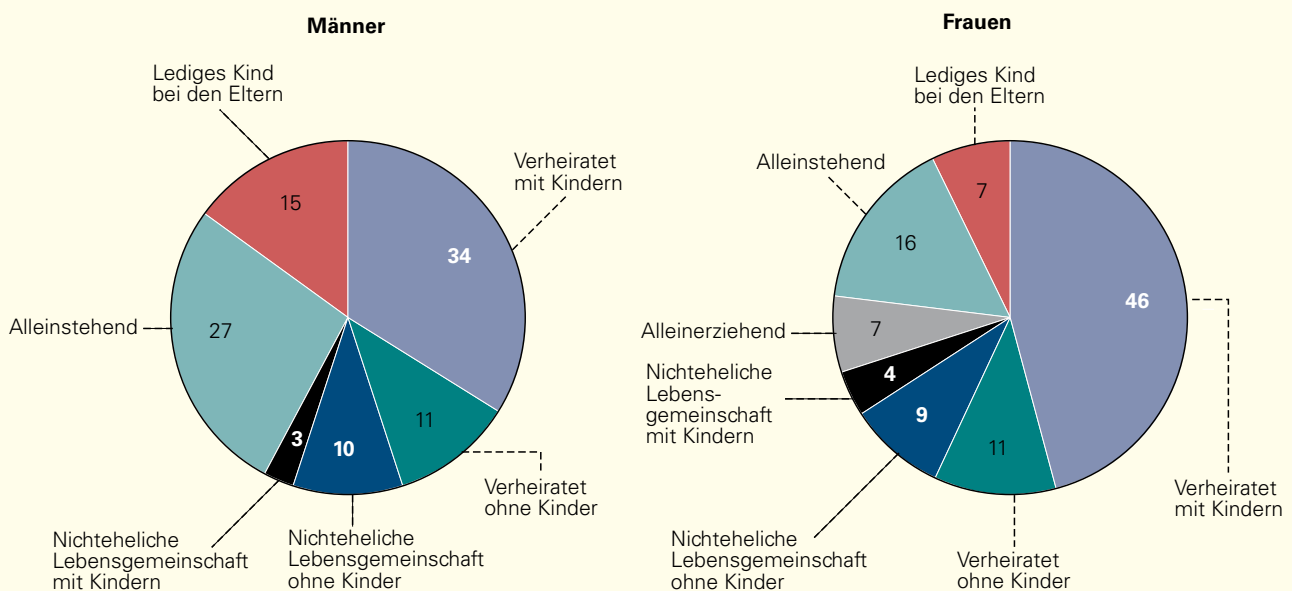
Eine ganz wesentliche Rolle für die niedrigen Geburtenraten spielt die Erwartungshaltung in unserer Gesellschaft, dass insbesondere Frauen es schaffen (sollen), Familie und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Was ist darunter zu verstehen? Noch bis in die 60er-Jahre hinein wurden Frauen darauf vorbereitet, ihre wesentliche Lebensaufgabe in der Geburt und Erziehung von Kindern zu sehen. Heutzutage bieten sich Frauen (mindestens) zwei sinnstiftende Bereiche für ihr Leben an. Zum einen weiterhin die Mutterschaft und zwar mit dem hohen Anspruch, für das Kind ganz da zu sein, Liebe, Kraft und Zeit zu investieren; zum anderen aber auch die Verwirklichung über eine Erwerbstätigkeit und das Erreichen von beruflichen Zielen.

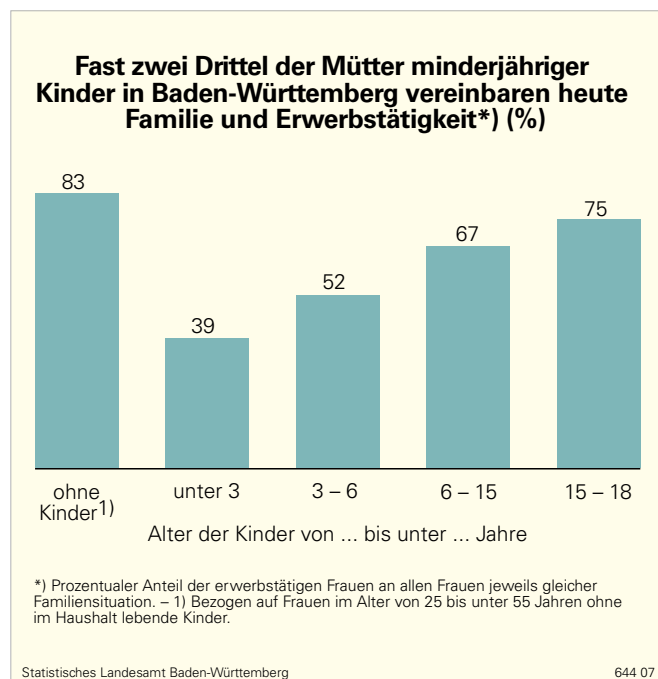
Wie junge Frauen die Lebensbereiche Familie und Beruf miteinander vereinbaren können sollen, wird in

unserer Gesellschaft aber bislang zu wenig mitbedacht. Der männliche Teil der Gesellschaft entdeckt zudem erst langsam, dass auch an ihn gewisse Erwartungen gestellt werden. Und das hat Folgen für die Familienbildung.

So wird die Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter verschoben. Frauen sind bei Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt über 29 Jahre alt. In der Regel möchten sie die hohen Investitionen in ihre Ausbildung nutzen und sich vor der Familiengründung erst beruflich etablieren. Diese Lebens- und Berufsplanung trägt auch dem Umstand Rechnung, dass es für viele schwierig ist, nach einer kindbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit eine Tätigkeit zu finden, die ihren Qualifikationen entsprechen. Um den Berufseinstieg dann wieder realisieren zu können, wird oft auf ein zweites oder drittes Kind verzichtet. Frauen, die bereits in jungen Jahren Karriere machen, verzichten häufig ganz auf Kinder, weil der Verdienstaussfall, aber auch der Verzicht auf die Gestaltungsspielräume, die eine qualifizierte berufliche Position bietet, als ein zu großer Nachteil empfunden werden. Das trifft europaweit insbesondere auf Hochschulabsolventinnen zu.

Lebens- und Familienformen der 25- bis 39-Jährigen heute (%)





Oft ist aber auch gerade kein passender Partner „zur Hand“, mit dem sich ein früher Kinderwunsch mit entsprechender „Pflichtenteilung“ realisieren ließe.

Heute vereinbaren fast zwei Drittel der Mütter mit minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg Familien- und Erwerbstätigkeit gleichzeitig. Häufig geschieht dies über eine Teilzeiterwerbstätigkeit. Sind die Kinder noch klein, übernehmen mit knapp 40 % deutlich weniger Mütter eine Erwerbstätigkeit, als wenn die Kinder der Schulpflicht bereits entwachsen sind (75%). Demgegenüber sind von den Frauen, die keine Kinder haben oder deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, über 80 % erwerbstätig.

Schwierige ökonomische Situation von Familien

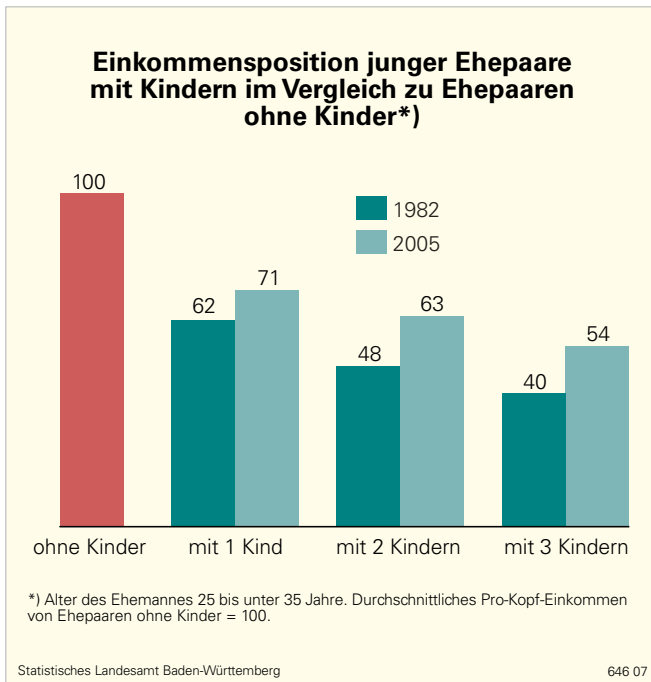
Kinderreiche Familien und Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den eher einkommensschwachen Gruppen. Viele dieser Familien müssen mit dem Einkommen eines Hauptverdieners auskommen und haben damit pro Kopf deutlich weniger zur Verfügung als Kinderlose. Familien stehen gegenüber dem, was sich Alleinlebende oder Doppelverdiener ohne Kind leisten können, eindeutig im Abseits.

Die Ursachen für eine Entscheidung gegen Kinder haben also auch eine materielle Dimension, sind aber ebenso struktureller Art, was fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbetrifft.

Auf der anderen Seite hat unsere durch eine Vielfalt an Wahlmöglichkeiten geprägte Gesellschaft einen starken Einfluss. Die Arbeitsanforderungen verlangen häufig hohe Mobilität und Flexibilität. Mit der Geburt eines Kindes werden für Eltern aber viele Möglichkeiten eingeschränkt, besonders die einer erfolgreichen Berufstätigkeit mit dem damit verbundenen gesellschaftlichen Ansehen und den materiellen Vorteilen. Eine kinderfreundliche Gesellschaft, die ihrer negativen demografischen Entwicklung entgegensteuern möchte, muss sich daher fragen, wie sie Chancen für Familien öffnen und wo sie strukturelle Barrieren für Mütter und Väter abbauen kann.

Einkommensunterschiede zwischen kinderlosen Lebensformen und solchen mit Kindern finden sich auch in späteren Familienphasen. Setzt man das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller Lebensformen als durchschnittliches Wohlstandsniveau an, so zeigt sich, dass kinderlose Lebensformen deutlich stärker am allgemeinen Wohlstand teilhaben als Menschen mit Kindern. Das höchste Niveau mit 34 % über dem Durchschnitt erreichen nichteheliche kinderlose Lebensgemeinschaften, das niedrigste mit 54 % unter dem Durchschnitt allein erziehende Frauen mit Kleinkindern oder mit mehreren Kindern. Deutlich unter dem Durchschnitt liegen aber auch kinderreiche Ehepaare und junge Ehepaare mit Kleinkindern.

Betrachtet man die Einkommenslagen junger Familien, fällt ein deutliches Gefälle im Pro-Kopf-Einkommen zwischen kinderlosen Ehepaaren und solchen mit Kindern auf. Bei dieser Berechnung werden die einzelnen Familienmitglieder unterschiedlich gewichtet, weil der aus dem Familieneinkommen bestrittene Lebensunterhalt nach Zahl und Alter der Familienmitglieder unterschiedlich hoch ausfällt. Für Erwachsene wird daher ein höherer Faktor angesetzt als für Kinder.



Gerade in der Phase der Familiengründung, in der weitreichende Entscheidungen für oder gegen Kinder fallen, ist eine deutliche Einkommensdiskrepanz festzustellen. Junge Ehepaare mit einem Kind verfügen pro Kopf nur über 71 % dessen, was gleichaltrigen kinderlosen Ehepartnern zur Verfügung steht. Bei zwei Kindern sind es 63 %, bei drei Kindern 54 %. Diese Relationen haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht grundsätzlich verbessert, obwohl gerade in den 80er- und 90er-Jahren viele familienpolitische Transfers, wie z. B. das Erziehungsgeld, die Kinderfreibeträge oder das Kindergeld, entweder neu eingeführt oder deutlich erhöht worden sind.

Verlässliche Partnerschaft

Studien belegen, dass für Frauen eine harmonische und stabile Partnerschaft ein wichtiges Kriterium für die Verwirklichung ihres Kinderwunsches ist. Sehen sie das nicht als gegeben an, verzichten sie eher auf Kinder, als das Risiko einzugehen, dem Kind womöglich keine vollständige Familie im traditionellen Sinne bieten zu können. In unserer Gesellschaft sind jedoch auch Partnerschaft und Ehe oft nur noch zu einer Option auf Zeit geworden. Aus heutiger Sicht wird etwa ein Drittel der Mitte der 80er-Jahre geschlossenen Ehen letztlich

vor dem Scheidungsgericht enden. Diese Brüchigkeit von Partnerschaften wirkt sich vermutlich auch auf die Geburtenrate aus. In Deutschland dokumentiert die Ehe immer noch zumindest im gewissen Rahmen die Verbindlichkeit einer Beziehung. Ein Viertel der Frauen der Geburtsjahrgänge ab 1960 wird voraussichtlich zeitlebens unverheiratet bleiben, Frauen der Geburtsjahrgänge bis 1940 sind dagegen zu über 90 % eine Ehe eingegangen.

Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter

Zu dieser europaweiten Entwicklung kommt noch ein typisch deutsches Phänomen hinzu: Berufstätigkeit von Frauen ist zwar akzeptiert, aber nur solange keine kleinen Kinder im Haushalt leben. Mütter, die Vereinbarkeitslösungen suchen, müssen sich neben allen anderen Schwierigkeiten auch noch mit einem negativen gesellschaftlichen Urteil auseinandersetzen. Diese Sichtweisen beginnen sich erst gegenwärtig aufzulösen. Ein Großteil der Elternpaare wünscht sich Teilzeitmodelle, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Dass ein Partner qualifiziert Teilzeit erwerbstätig ist, der andere Vollzeit oder dass sogar beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist in Deutschland oft nicht umsetzbar. In vielen europäischen Ländern, die eine höhere Geburtenrate haben, liegt die Situation anders.

Selbstverständliche Akzeptanz:

In Schweden beispielsweise sind drei Viertel der Befragten einer internationalen Studie zur Sozialpolitik der Meinung, dass die Berufstätigkeit der Frau auch bei einem kleinen Kind im Haushalt selbstverständlich möglich sein sollte und sich nicht negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirkt. In Deutschland liegt der Anteil der Befragten, die sich dieser Meinung anschließen können, unter einem Drittel und das seit Jahren.

Bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung:

In Dänemark steht für mehr als 60 % der Kinder unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung, in Schweden für 40 %, in Frankreich für mehr als ein



Drittel der Kleinkinder. Dagegen gibt es in Deutschland heute gerade mal für 14 % der unter 3-jährigen Betreuungsplätze. In Frankreich müssen sich Eltern keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder nachmittags unterbringen, weil es flächendeckend die Ganztageschule gibt. In Deutschland hat eine intensive Diskussion erst vor wenigen Jahren begonnen.

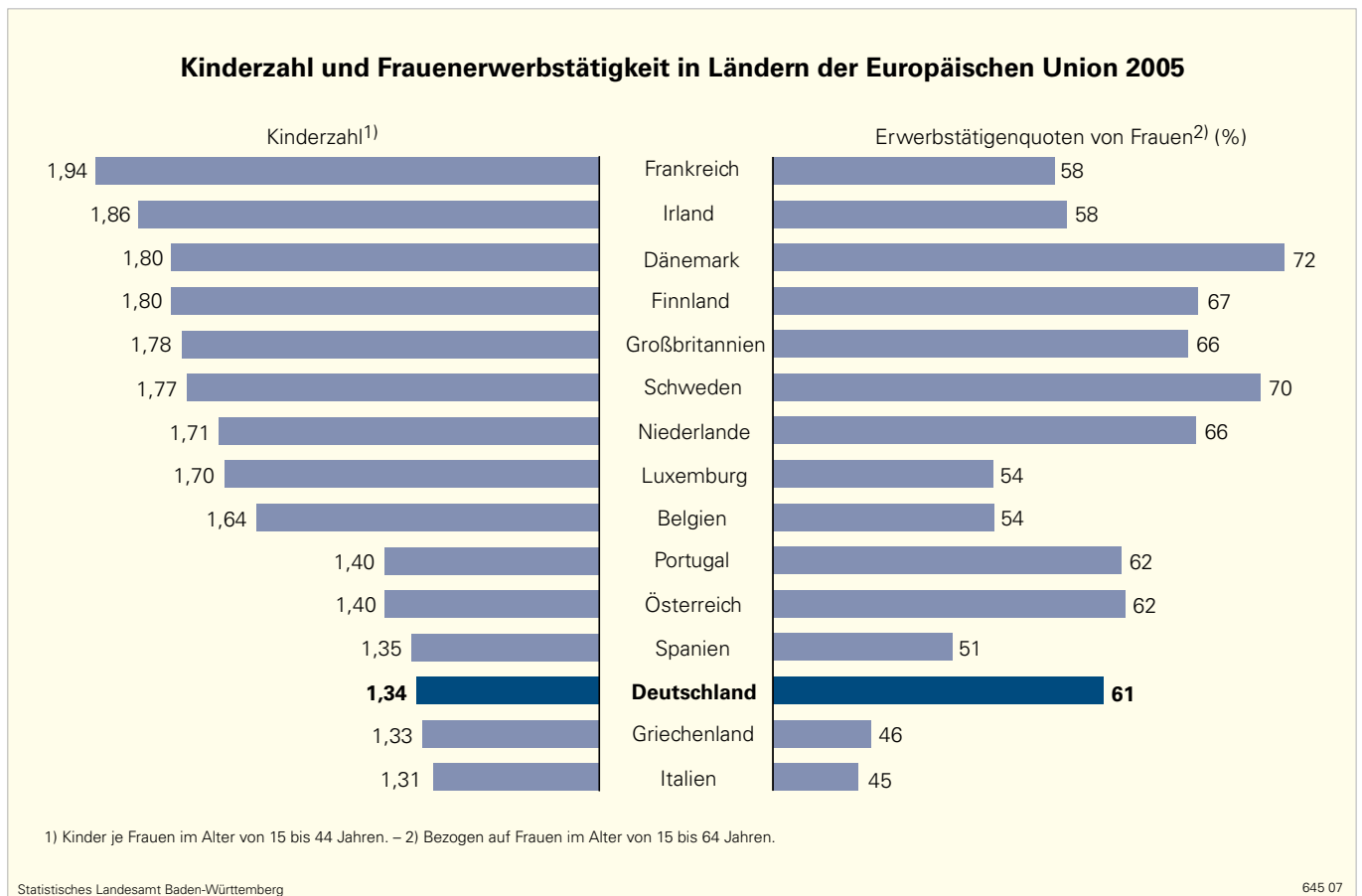
Flexible Arbeitszeitmodelle:

In Schweden hat sich der Staat aktiv um Arbeitszeitmodelle bemüht, die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für Eltern ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit. So liegt die Erwerbsbeteiligung schwedischer Frauen zwischen 25 und 54 Jahren bei rund 80 %.

Heutzutage dagegen entscheidet man sich sehr bewusst. Und diesen Kindern möchte man dann ermöglichen, in unserer Leistungsgesellschaft ein erfolgreiches und glückliches Leben zu führen. Sie sollen keine materiellen Sorgen haben, pädagogisch wertvoll erzogen werden, genug Zeit und Zuwendung bekommen. Daher wird der ideale Zeitpunkt für die Geburt geplant. Das „Nest“ muss gemacht sein, die Bedingungen für den neuen Erdenbürger sollen möglichst perfekt sein. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, entscheiden sich Paare oft lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“, in weniger idealen Verhältnissen aufzuwachsen. Man kann auch sagen: Wenn diese Voraussetzungen dann endlich vorliegen, ist es für viele zu spät.

Hohe Wertschätzung von Kindern

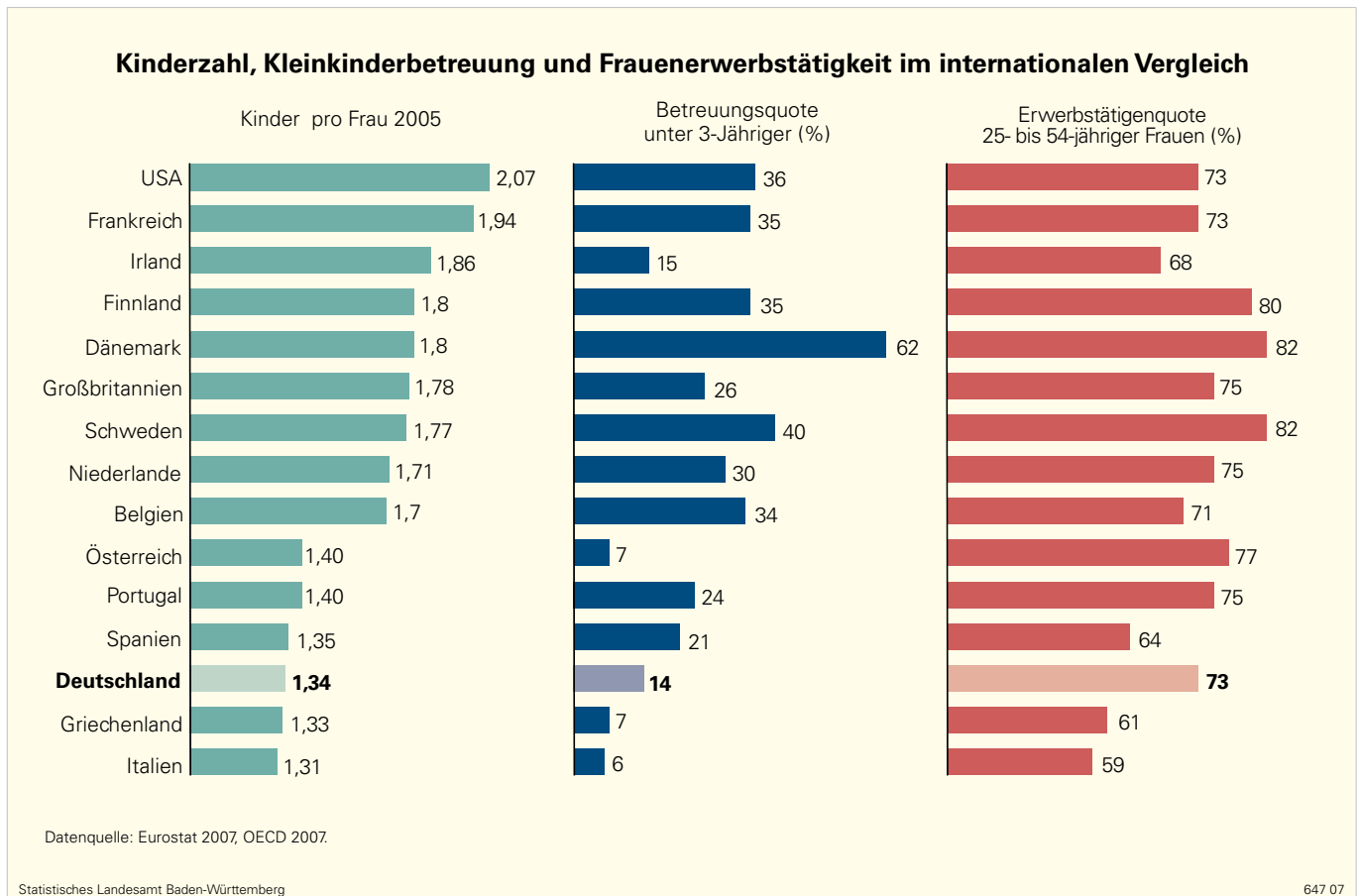
Eine Ursache auf Kinder zu verzichten, ist paradoxerweise deren hohe Wertschätzung. Um es vereinfacht zu sagen: Früher bekam man einfach Kinder.



Kinderzahlen und Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union

Ein Blick auf andere europäische Länder zeigt, dass höhere Kinderzahlen nicht immer mit einer niedrigen Erwerbsbeteiligung der Frauen einhergehen müssen. In der Regel stellen wir sogar das Gegenteil fest. So weisen Dänemark, Finnland und Schweden sowohl eine höhere Frauenerwerbstätigkeit als auch eine höhere durchschnittliche Kinderzahl aus als Deutschland. Demgegenüber treffen wir in Griechenland, Italien und

Spanien eine niedrige Geburtenrate und eine relativ geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen an. Besonders auffallend ist aber auch, dass in Frankreich, das über vorbildliche flächendeckende Kinderbetreuungsangebote verfügt, zwar die Geburtenrate deutlich höher ist als in Deutschland, aber die Frauenerwerbsbeteiligung unter der deutschen liegt und bei Frauen während der Familienphase ebenso hoch ist wie in Deutschland. Dies zeigt, dass es keine einfachen Antworten auf die Frage nach dem Zusammenhang von Kinderzahl und Frauenerwerbstätigkeit gibt.





Lebenserwartung

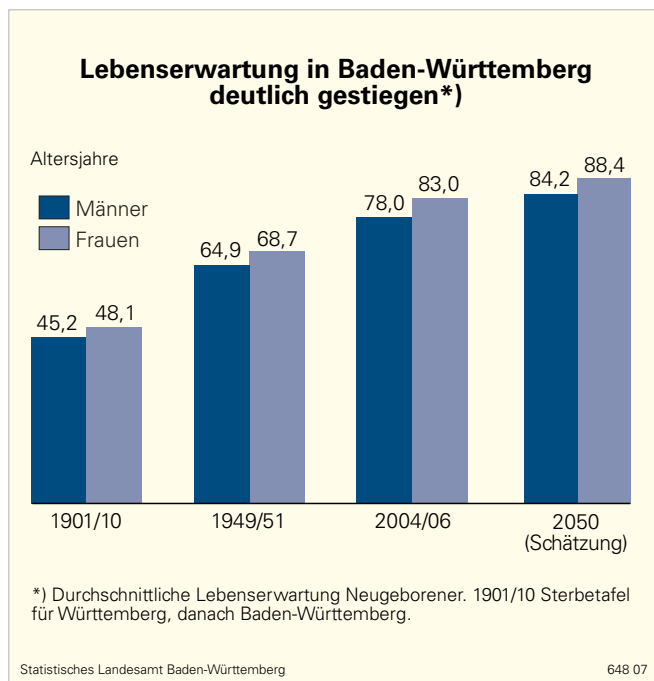
Lebenserwartung gestern, heute, morgen

Derzeit haben Frauen eine Lebenserwartung von 83 Jahren, Männer von 78 Jahren. Studien belegen, dass der große Unterschied z. T. auf biologische Ursachen zurückzuführen ist (3 Jahre), im Übrigen mit unterschiedlichen Lebensweisen erklärt werden kann. Wir treffen bei unserer Bevölkerungsvorausberechnung die Annahme, dass die Lebenserwartung bei Frauen bis 2050 um etwas mehr als 5 Jahre und die der Männer um etwas mehr als 6 Jahre zunimmt. Der Unterschied der Lebenserwartung würde demnach auf rund 4 Jahre zurückgehen.

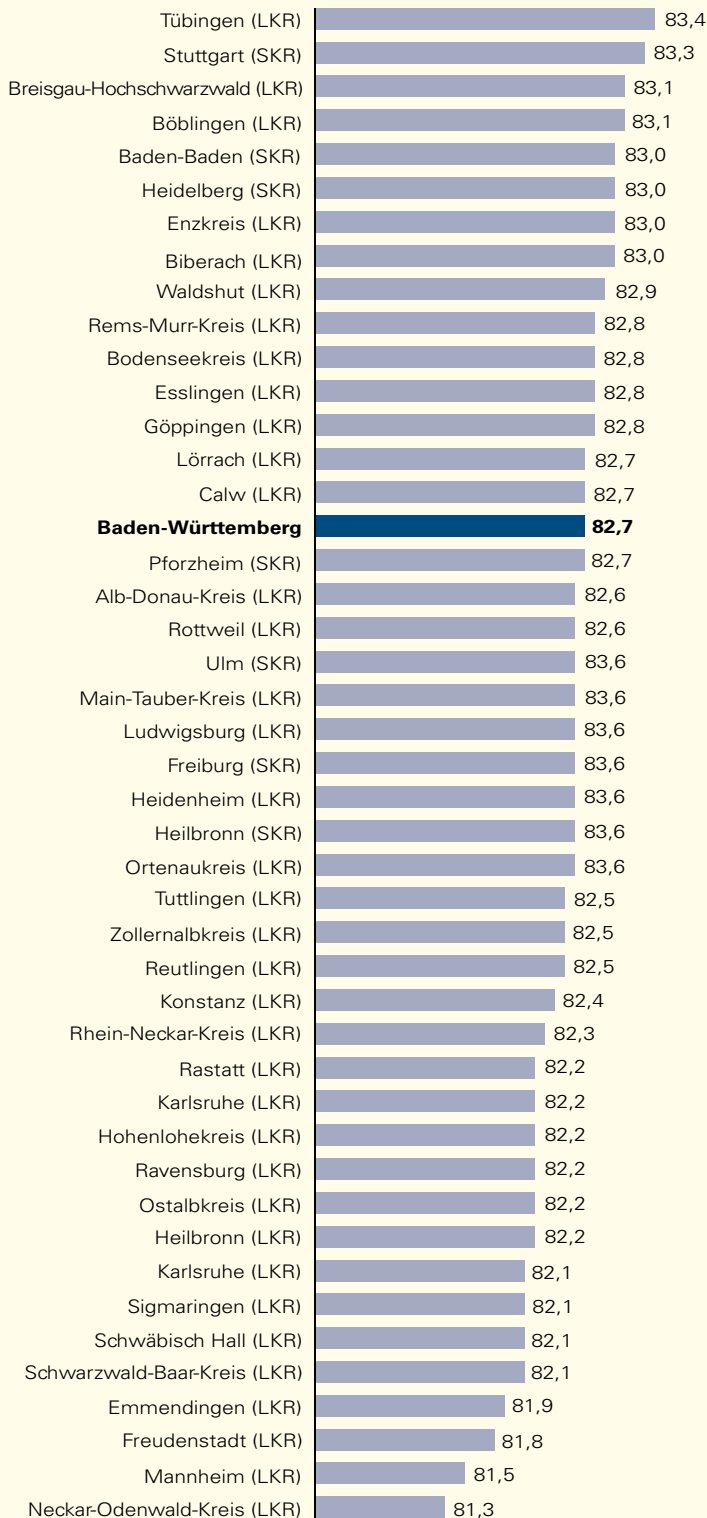
Im Jahr 1000 n. Chr. hatten die Menschen aufgrund der hohen Kindersterblichkeit eine Lebenserwartung von etwas mehr als 20 Jahren, 1900 von rund 43 Jahren, heute von knapp 80 Jahren. Die Lebenserwartung hat sich in den letzten 100 Jahren also fast verdoppelt, so wie zuvor innerhalb eines Jahrtausends. Seit Bestehen des Landes hat sich die Lebenserwartung der Baden-Württembergern um etwa 13 Jahre, die der Baden-Württemberger um 14 Jahre erhöht.

Ein wesentlicher Grund für die Zunahme der Lebenserwartung ist die stark gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit. Während vor etwa 35 Jahren von 1 000 neugeborenen Mädchen rund 18 und von 1 000 neugeborenen Jungen fast 23 im ersten Lebensjahr starben, sind es heute jeweils drei bis vier Säuglinge. Aber auch im höheren Alter hat die Sterblichkeit beträchtlich abgenommen. Die Wahrscheinlichkeit für einen Mann oder eine Frau, im Alter von 75 Jahren zu sterben, liegt zurzeit um rund die Hälfte niedriger als Anfang der 70er-Jahre.

Mit Blick auf das Rentenalter können nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen etwa 40 % der 65-jährigen Männer das 85. Lebensjahr erreichen. Bei den 65-jährigen Frauen trifft dieses sogar auf rund 55 % zu. Anfang der 70er-Jahre fielen diese Aussichten deutlich schlechter aus. Hier besaßen lediglich 17 % der 65-jährigen Männer und 28 % der gleichaltrigen Frauen die Chance, weitere 20 Jahre zu erleben. Somit hat sich innerhalb von drei Jahrzehnten der Anteil derer, die nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze die Aussicht auf mindestens weitere 20 Lebensjahre besitzen, verdoppelt.



Lebenserwartung von Frauen 2003/05*)



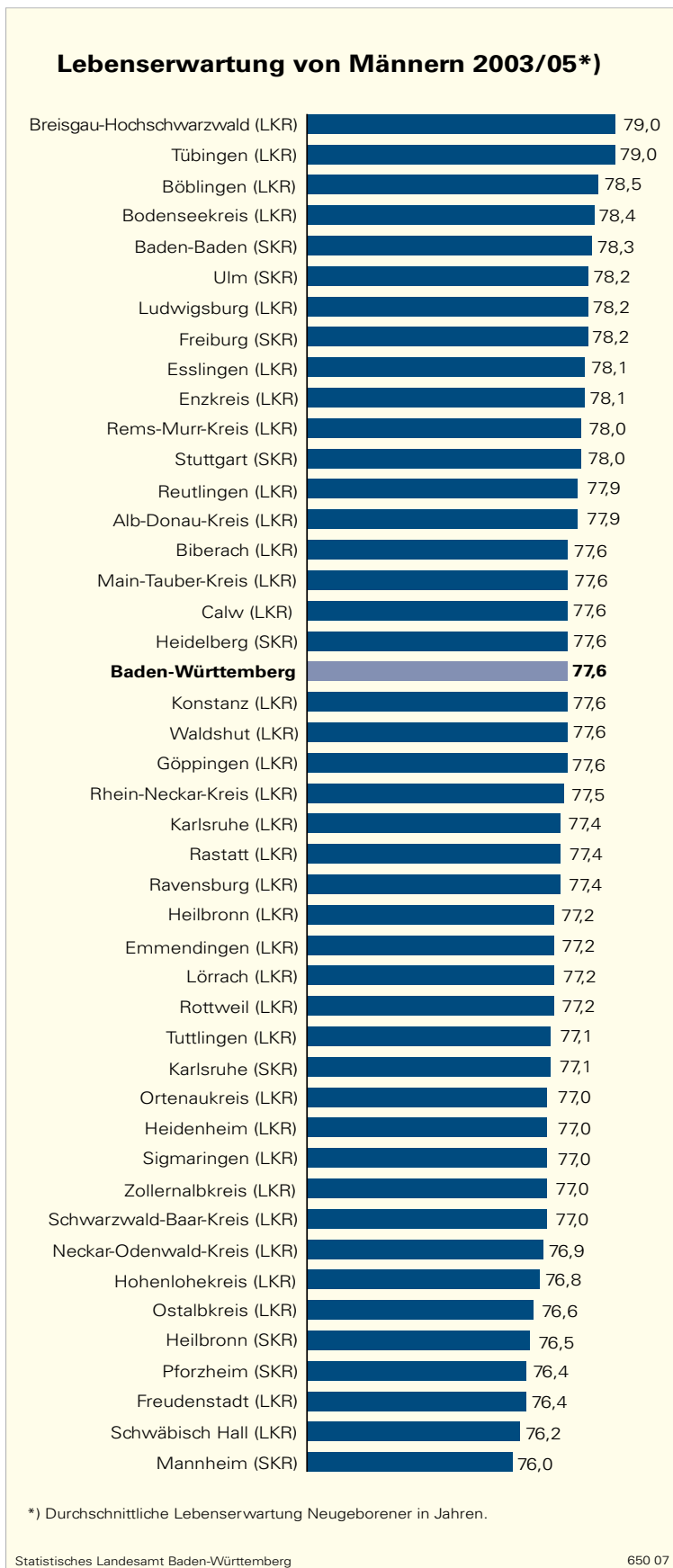
*) Durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener in Jahren.

In den Landkreisen Tübingen und Breisgau-Hochschwarzwald wird man am ältesten ...

Bei der durchschnittlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen zeigen sich innerhalb des Landes merkliche Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreisen. So können die Bewohner der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Tübingen im Durchschnitt mit der höchsten Lebensdauer in Baden-Württemberg rechnen. Am unteren Ende der Skala befinden sich der Stadtkreis Mannheim sowie die Landkreise Schwäbisch-Hall (Männer) und Neckar-Odenwald (Frauen). Insgesamt gesehen bewegen sich die regionalen Unterschiede in der Lebenserwartung innerhalb einer Spannbreite von drei Jahren bei den Männern und von etwa zwei Jahren bei den Frauen.

... in Mannheim und im Neckar-Odenwald-Kreis sterben die Leute früher

Als Erklärung für diese regionalen Unterschiede kommen in erster Linie Faktoren in Frage, die mit der Höhe des Einkommens, des Bildungsstandes und dem sozialen Status zusammenhängen. So weisen Gebiete, in denen die Bevölkerung im Durchschnitt höhere Einkommenspositionen verzeichnet, eine höhere Lebenserwartung auf als einkommensschwächere Gebiete. Es ist zu vermuten, dass sich eine bessere Einkommenssituation und soziale Lage günstig auf die Lebensweise und Lebensumstände auswirken. Dazu gehören ein größeres Gesundheitsbewusstsein, ein leichter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung sowie das Ernährungsverhalten. Die regionalen Unterschiede der Umweltbelastungen und der Verfügbarkeit von Ärzten und Krankenhäusern haben heute keinen signifikanten Einfluss mehr auf die Lebenserwartung.

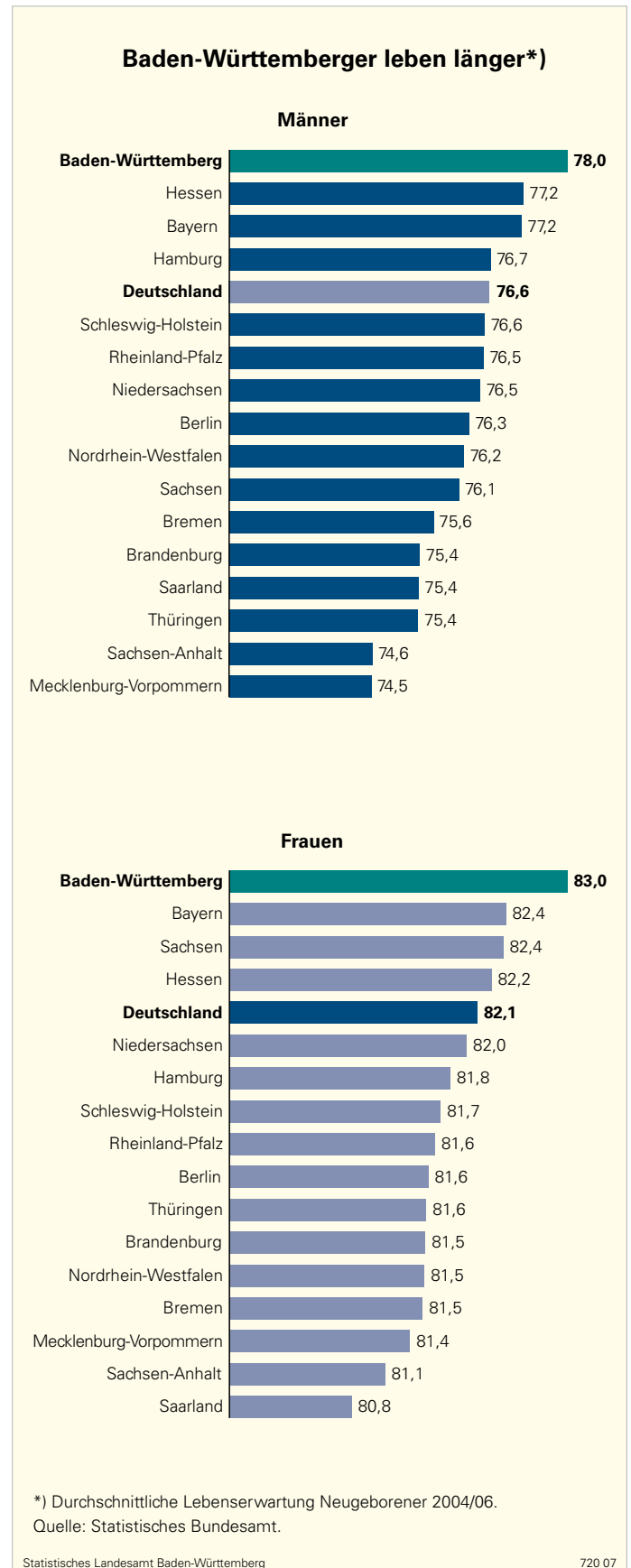


Baden-Württemberger leben länger

Im bundesweiten Vergleich weist Baden-Württemberg seit Beginn der 70er-Jahre regelmäßig die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf. Im Zeitraum 2004/06 lag die Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Deutschland bei 82,1 Jahren, die der Jungen bei 76,6 Jahren. Damit haben baden-württembergische Mädchen bei der Geburt die Aussicht auf eine um 9 Monate höhere Lebenserwartung als im Bundesdurchschnitt, bei den Knaben sind es 14 Monate mehr. Unter den einzelnen Bundesländern folgt nach Baden-Württemberg an zweiter Stelle Bayern bzw. Hessen, am Ende der Rangskala befinden sich mit Ausnahme von Sachsen ostdeutsche Bundesländer. Bei der Lebenserwartung der Frauen liegt allerdings das Saarland am Tabellenende. Insgesamt gesehen fällt die Spannweite der Länderunterschiede mit 3,5 Jahren bei den Männern und 2,2 Jahre bei den Frauen größer aus als die Unterschiede zwischen den baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen.

Unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es gegenwärtig nur wenige, deren Bevölkerungen eine höhere Lebenserwartung aufweisen als die Baden-Württembergs. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) waren dies um das Jahr 2005 bei den Frauen Frankreich (83,8 Jahre), Spanien (83,7 Jahre) und Italien (83,2). Bei den Männern erreichte nur Schweden mit 78,5 Jahren eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als Baden-Württemberg, alle anderen EU-Länder verzeichneten hier niedrigere Zahlen. Das Nachbarland Schweiz weist ebenfalls eine höhere Lebenserwartung auf (Männer 78,7 Jahre, Frauen 84,0 Jahre).

Im weltweiten Vergleich kommen mit Japan, Australien und Kanada nur noch wenige Länder hinzu, die eine günstigere Lebenserwartung als Baden-Württemberg aufweisen.





Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Ende 2000 trat die historische Zäsur ein, dass erstmals der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen mit rund 22 % geringer war als der Anteil der 60-Jährigen und Älteren (23 %). Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – die 20- bis unter 60-Jährigen – nimmt nach den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2050 von heute 55 % auf 46 % ab. Baden-Württemberg hätte demnach um 2050 rund 1,4 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weniger als gegenwärtig. Demgegenüber steigt der

Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen auf 39 % an. Damit kommen immer mehr Menschen im nicht mehr erwerbsfähigen Alter auf die Zahl der Menschen, die sich im Erwerbsalter befinden. Der Altersdurchschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung erhöht sich bis 2050 um rund 8 Jahre auf fast 50 Jahre.

Aus heutiger Sicht würden etwa in etwa 20 Jahren die 60-Jährigen und Älteren im Lande doppelt so stark in unserer Bevölkerung vertreten sein wie die unter 20-Jährigen. Bislang gibt es keine Erfahrungen darüber, wie eine Gesellschaft mit derartigen Verhältnissen umgehen wird.

In 20 Jahre etwa doppelt so viele ältere wie junge Menschen*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Durchschnittsalter
		unter 20	20 – 60	60 und mehr	
	1000	%			Jahre
1950	6 478	31	55	14	34,3
2000	10 524	22	55	23	40,2
2005	10 736	21	55	24	41,4
2010	10 766	20	55	25	42,7
2015	10 755	18	55	26	43,9
2020	10 710	17	54	29	45,0
2025	10 632	17	51	32	45,9
2030	10 511	17	48	35	46,8
2040	10 167	16	47	37	48,6
2050	9 692	15	46	39	49,8

*) Bis 2005 Ist-Werte, danach Voraussrechnung Basis 2005, Variante 1: Wanderungsgewinne von jährlich 17 000 Personen.



Zahl der hoch betagten Menschen wächst besonders stark

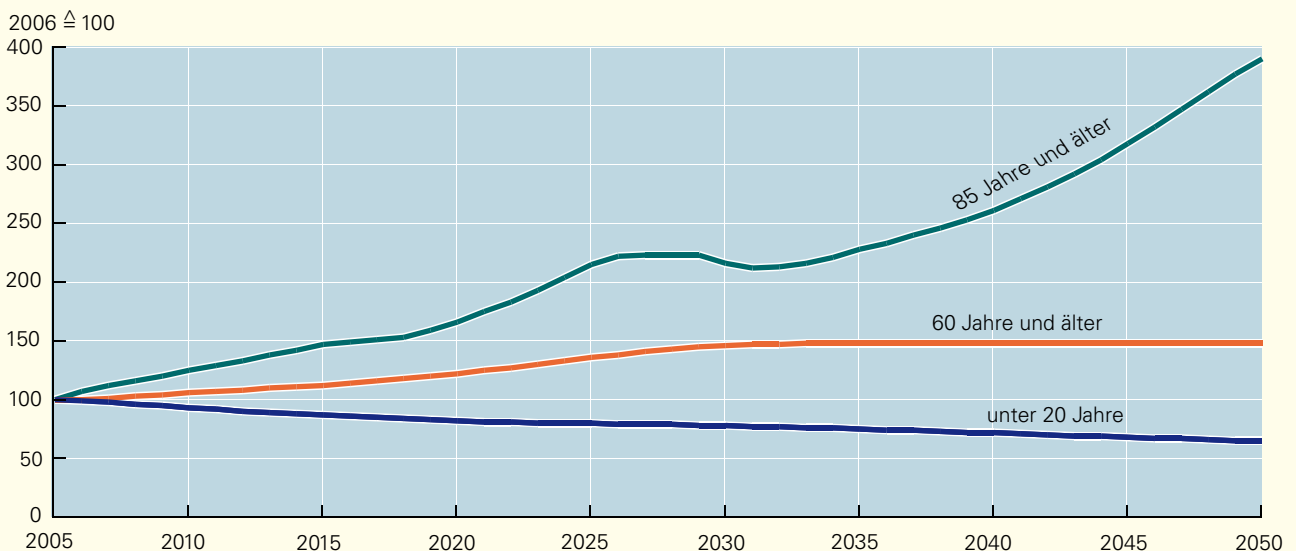
Eine besonders wichtige Entwicklung betrifft den überproportional starken Anstieg der Zahl alter und hoch betagter Menschen. Die Gesamtgruppe der 60-jährigen und Älteren wird schon in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich um fast ein Viertel anwachsen – auf 3,1 Millionen um das Jahr 2020. Bis 2050 würde es sogar nahezu 50 % mehr ältere und alte Menschen im Lande geben als gegenwärtig – nämlich insgesamt 3,7 Millionen Personen.

Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen bahnen sich jedoch ebenfalls große Gewichtsverschiebungen an. So ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Hochbetagten

– der 85-jährigen und Älteren – bereits in den kommenden 15 Jahren (bis 2020) um nahezu zwei Drittel auf rund 327 000 Personen ansteigen wird. Langfristig würde sich ihre Zahl mit etwa 765 000 Hochbetagten im Jahre 2050 fast vervierfachen.

Dieser Entwicklung kommt im Hinblick auf das besonders hohe Pflegerisiko in dieser Altersgruppe und der heute schon nicht unproblematischen Sicherung der Pflegemöglichkeiten (Infrastruktureinrichtungen, „helfende Hände“) in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu. Wir werden es also künftig mit einer sich deutlich öffnenden Scherenbewegung zwischen „Jung“ und „Alt“ zu tun haben. Bis 2050 dürfte die nachwachsende Generation – die der unter 20-Jährigen – zahlenmäßig um rund ein Drittel schrumpfen.

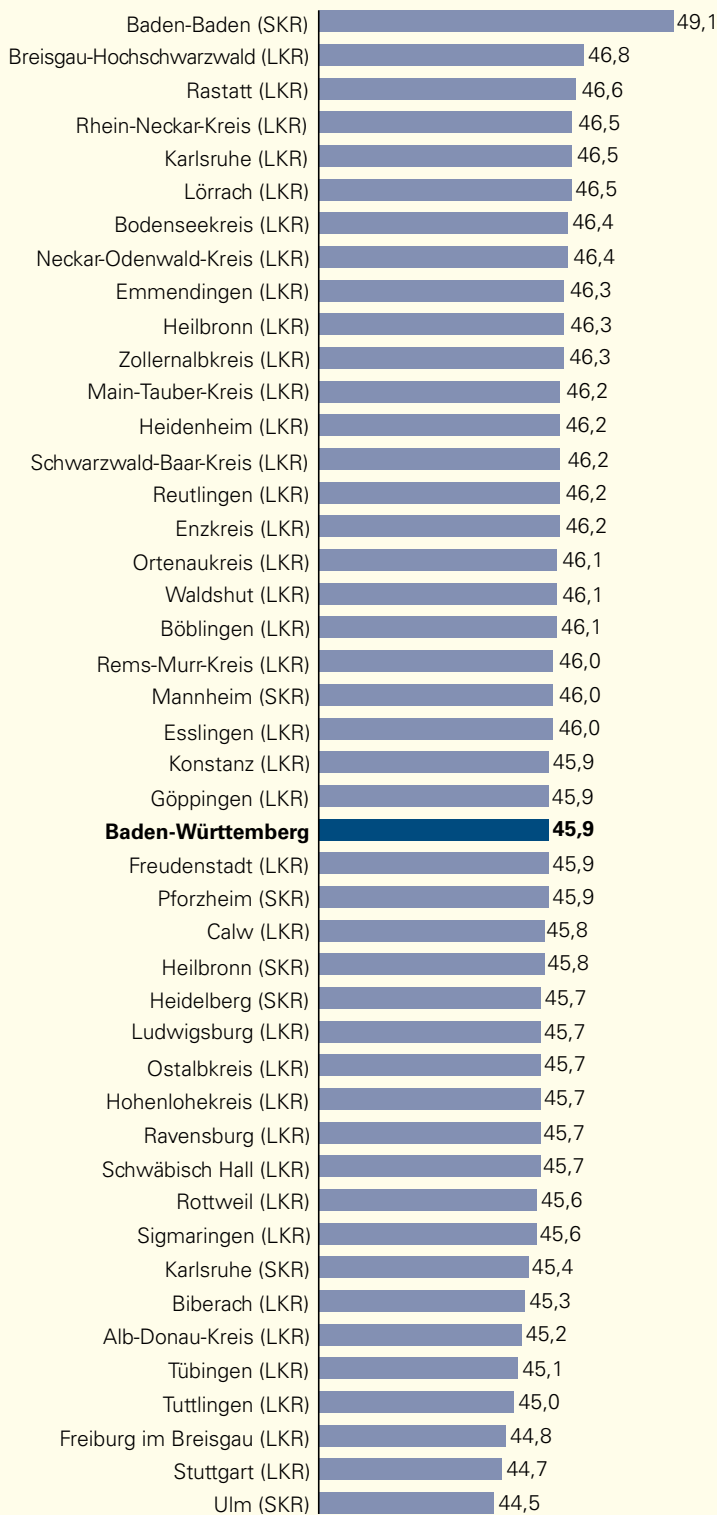
Im Jahre 2050 fast viermal so viele 85-Jährige und Ältere wie heute*)



*) 2005 Ist-Werte, danach Vorausrechnung Basis 2005, Variante 1: Wanderungsgewinne von jährlich 17 000 Personen unterstellt.



Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2025 (Jahre)



Stadtkreis Ulm 2025 mit der im Durchschnitt jüngsten Bevölkerung

Die Bevölkerung mag sich insgesamt in den Stadt- und Landkreisen unterschiedlich entwickeln, eine Gemeinsamkeit haben jedoch alle Kreise: Die Zahl der älteren Menschen wird sowohl zahlen- als auch anteilmäßig überall steigen. Baden-Baden bleibt auch in Zukunft der Stadtkreis mit der im Durchschnitt ältesten Bevölkerung. Dagegen würde in der Stadt Ulm im Jahre 2025 unter allen Stadt- und Landkreisen die jüngste Bevölkerung leben. Dies gilt gegenwärtig noch für den Landkreis Tübingen. In den Stadt- und Landkreisen, deren Bevölkerung heute im Schnitt relativ jung ist, wird die Verschiebung in den Altersgruppen dynamischer verlaufen. Die Gründe liegen darin, dass derzeit jüngere, stark besetzte Altersjahrgänge zunehmend in ein höheres Alter hineinwachsen und nachwachsende Generationen schwächer besetzt sind.

Diese Kreise stehen mit Blick auf die Planung für die verschiedenen Infrastrukturbereiche vor besonderen Herausforderungen. Am stärksten steigt das Durchschnittsalter in den Landkreisen Heilbronn, Tübingen und Biberach. Hier werden auch die stärksten Zuwächse der Zahl 60-Jähriger und Älterer erwartet.

In Kreisen, die bereits heute ein überdurchschnittliches Alter zeigen, wird der Alterungsprozess dagegen langsamer ablaufen. Dies trifft auf die meisten Stadtkreise Baden-Württembergs zu. Ein interessantes Beispiel ist der Stadtkreis Stuttgart. Mit derzeit 42,2 Jahren über dem Landesschnitt liegend, wird Stuttgart 2025 voraussichtlich sogar die zweitjüngste Bevölkerung haben.

Zukünftige Struktur der Erwerbsbevölkerung

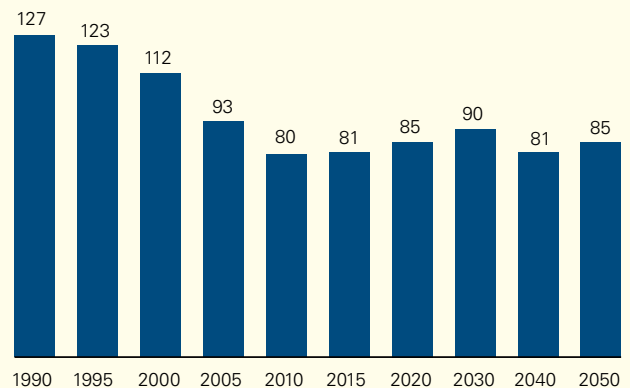
Erwerbsbevölkerung schrumpft und altert

Ein weiteres Merkmal der demografischen Entwicklung besteht darin, dass die Erwerbsbevölkerung auf mittlere Sicht abnehmen wird und bereits jetzt angefangen hat zu altern. Der „Erneuerungsindex“ bietet als statistische Kennzahl einen Maßstab für den Alterungsprozess der Belegschaften der Unternehmen in Baden-Württemberg, gleichermaßen aber auch einen Maßstab für den Alterungsprozess der Unternehmer und Selbstständigen sowie des Personals in wissenschaftlichen Einrichtungen oder in Stadtverwaltungen. Er berechnet das zahlenmäßige Verhältnis der 20- bis unter 40-jährigen Erwerbspersonen zu 40 bis unter 60 Jahre alten Erwerbspersonen.

Während 1990 auf 100 40- bis unter 60-jährige Personen in Baden-Württemberg noch 127 20- bis unter 40-jährige kamen, ist dieses Zahlenverhältnis jetzt bereits auf unter 100 gesunken. Ende 2004 trat die historische Zäsur ein, dass in der Erwerbsbevölkerung erstmals die „Jüngeren“ schwächer vertreten waren als die „Älteren“. Nach den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen wird dieses Verhältnis auch bis 2050 so ungünstig bleiben.

Damit stellt der Alterungsprozess der Erwerbsbevölkerung von Baden-Württemberg ein strukturelles Problem dar. Dies ist aber in wichtigen Wettbewerbsländern wie Frankreich, den USA oder Skandinavien nicht so stark ausgeprägt. Für unsere Wirtschaft wird sich deshalb die Frage stellen, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit mit Belegschaften erhält, die über ein signifikant höheres Durchschnittsalter verfügen als ausländische Betriebe, mit denen sie im direkten Wettbewerb liegt. Die gleiche Frage stellt sich für die Unternehmerschaft und die Führungskräfte. Innovationen und die Bewältigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels werden künftig mehr als bisher auch von einer alternden Erwerbsbevölkerung getragen werden müssen.

Erwerbsbevölkerung: Künftig stets weniger „jüngere“ als „ältere“ Erwerbspersonen in Baden-Württemberg*) (Indexwerte)



*) Bis 2005 Ist-Werte, danach Vorausrechnung Basis 2005, Variante 1: Wanderungsgewinne von jährlich 17 000 Personen. Jüngere (20 bis 39 Jahre) je 100 ältere (40 bis 59 Jahre) Erwerbspersonen. Bei einem Indexwert von 100 wäre das Zahlenverhältnis von 20- bis 39-Jährigen zu den 40- bis 59-Jährigen ausgeglichen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

724 07

Deshalb werden berufliche Fortbildung und Neuqualifizierung auch im höheren Erwerbsalter eine noch größere Bedeutung erhalten.

Führt der demografische Wandel zu einem Fachkräftemangel?

Aus unserer jüngsten Vorausrechnung zur Entwicklung der Erwerbspersonen – also der Erwerbstätigen und denen, die erwerbslos sind, aber eine Arbeitsstelle suchen – geht hervor, dass die Zahl der Erwerbspersonen bereits ab 2012 sinken könnte. Wenn die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen so bliebe wie im Jahre 2005, würde die Erwerbspersonenzahl von heute rund 5,48 Millionen auf etwa 5,54 Millionen in 2011 ansteigen, danach aber bis 2020 auf 5,35 Millionen absinken. Im Jahre 2030 läge die Zahl der Erwerbspersonen um rund 520 000 niedriger als heute.

Mit Blick auf die Qualifikationsstruktur würde bei gleichbleibender Erwerbsbeteiligung das Angebot an Erwerbspersonen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss von gegenwärtig etwa 824 000 Personen auf rund 876 000 im Jahre 2020 ansteigen. Bis 2030 wäre die Zahl mit 833 000 leicht über dem heutigen Stand. Demgegenüber ist sowohl für die Zahl der Erwerbsper-



sonen mit abgeschlossener Lehre als auch mit einem Meister- bzw. Technikerabschluss auf längere Sicht ein deutliches Minus zu erwarten. Im Jahre 2030 hätte das Land nahezu 300 000 Erwerbspersonen mit Lehrabschluss weniger als 2005, bei den Erwerbspersonen mit Meister- bzw. Technikerabschluss ergäbe sich ein Rückgang um etwa 82 000 Personen.

Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

Das Nachwachsen schwächer besetzter Jahrgänge in Folge des Geburtenrückgangs hat vielfältige gesellschaftliche Auswirkungen. Eine der zentralen Fragen wird sein, wie wir das vorhandene Erwerbspersonenpotential in Zukunft besser ausschöpfen können, ohne darauf angewiesen zu sein, dass stets eine deutliche Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland vorhanden sein muss, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken.

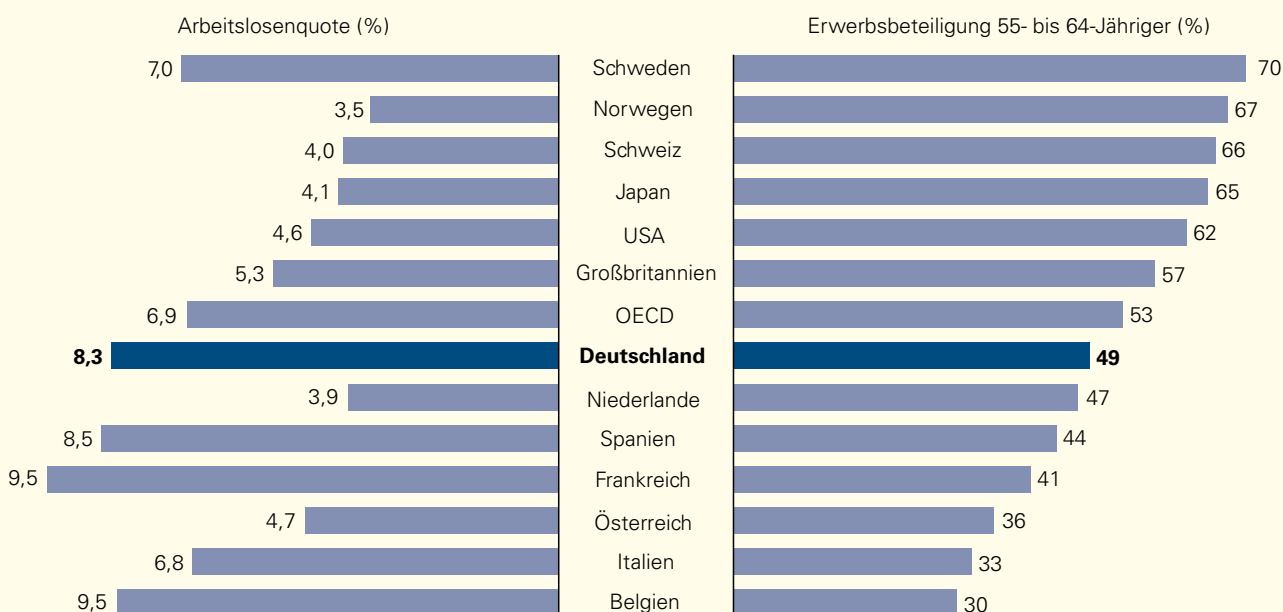
Mit Blick auf das Erwerbspersonenpotenzial kommen vor allem folgende vier Ansätze in Betracht:

- Ausbildungszeiten verkürzen
- Arbeitszeiten und insbesondere Lebensarbeitszeiten verlängern
- die Erwerbstätigenquote von Frauen weiter erhöhen und
- die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung insgesamt erhöhen, wozu vor allem auch die Ausbildungschancen der Migranten deutlich verbessert werden müssten.

Knapp 49 % der 55- bis unter 65-Jährigen sind in Deutschland noch erwerbstätig. Demgegenüber beteiligen sich in Norwegen, der Schweiz, Japan und den USA etwa zwei Drittel der 55- bis unter 65-Jährigen am Erwerbsleben. Bemerkenswert ist, dass Länder wie Norwegen, die Schweiz oder Großbritannien mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten eine hohe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer aufweisen.

Daraus kann man schließen, dass Deutschland zumindest im internationalen Vergleich ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial älterer Arbeitnehmer hat, deren

Höhere Erwerbsbeteiligung Älterer führt nicht zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit



Datenquelle: OECD, 2007.



Erwerbsbeteiligung nicht zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit führen muss.

Erwerbsbeteiligung von Frauen

Der Blick auf die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern zeigt, dass hier in der Vergangenheit wesentliche Veränderungen eingetreten sind. Die Erwerbsbeteiligung von Männern ist in den letzten 25 Jahren leicht rückläufig gewesen, die von Frauen hat sich dagegen stark erhöht. So hat die Zahl der berufstätigen Frauen in Baden-Württemberg allein zwischen 1980 und 2006 um 640 000 zugenommen (38 %). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im selben Zeitraum um 284 000 (11 %).

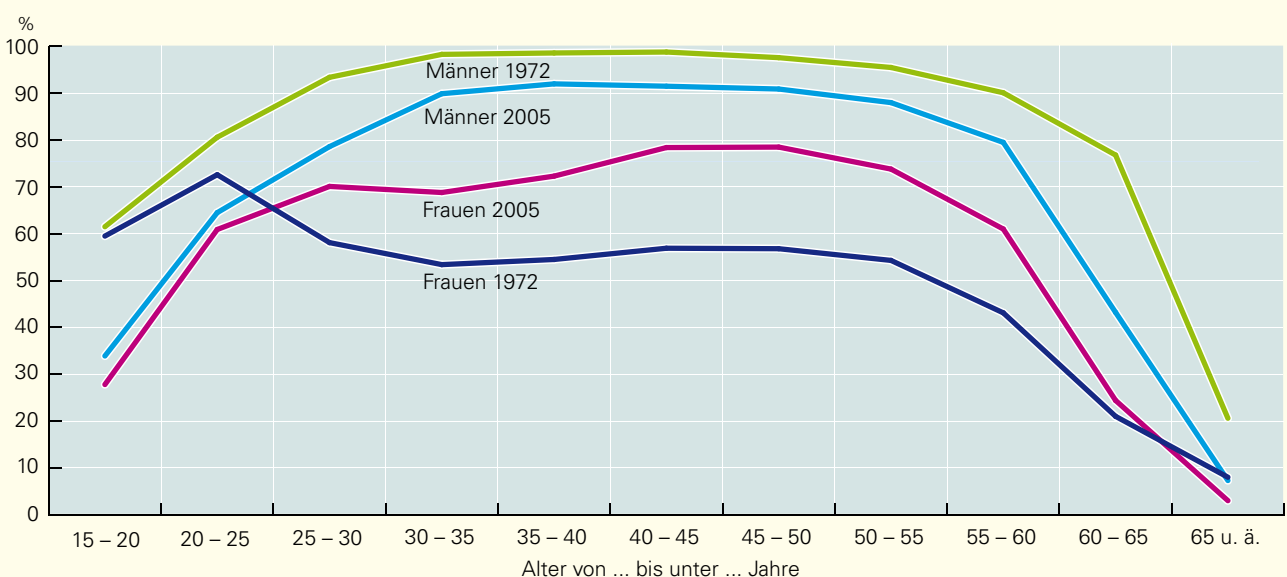
Damit wird deutlich, dass vor allem Frauen von den zusätzlich geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten der letzten 25 Jahre profitiert haben. Von den rund 5,2 Millionen Erwerbstätigen in Baden-Württemberg waren 2006 etwa 2,3 Millionen Frauen. Damit hat die

Frauenerwerbstätigkeit im Land zu Beginn des neuen Jahrhunderts einen Höchststand erreicht. Wir gehen davon aus, dass sich dies auch in der Zukunft noch weiter entwickeln wird – mit oder ohne Kinder.

Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit beruht in erster Linie auf einem geänderten Erwerbsverhalten der Mütter. Während die Erwerbstätigenquote kinderloser Frauen seit 1985 moderat von 75 % auf heute 83 % angestiegen ist, hat sich diese Quote bei den Müttern minderjähriger Kinder beträchtlich erhöht. 1985 war fast die Hälfte der Mütter in Baden-Württemberg erwerbstätig, heute sind es rund zwei Drittel.

Bei näherer Untersuchung dieser Entwicklung fällt auf, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern vor allem durch eine Teilzeittätigkeit getragen wird. Gut 70 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern sind teilzeitbeschäftigt. 1985 war es noch jede Zweite.

Erwerbsbeteiligung*) von Frauen stark angestiegen



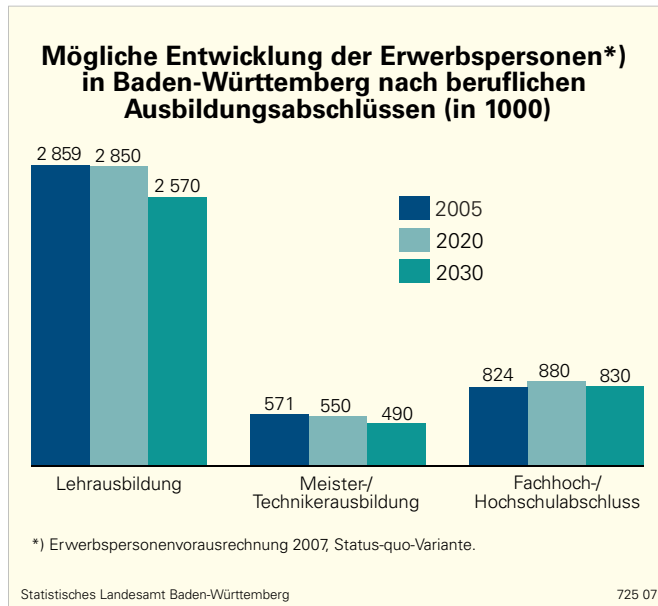
*) Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an den Männern und Frauen des jeweils gleichen Alters.



Teilzeit zu arbeiten ist auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts noch immer eine weibliche Domäne, denn 2005 waren immerhin etwa 82 % der rund 1,4 Millionen Teilzeiterwerbstätigen in Baden-Württemberg Frauen. Männer sind unter den Berufstätigen mit Teilzeitjob mit einem Anteil von 18 % nach wie vor eher eine Ausnahme.

Obwohl sich das Bildungsniveau zwischen Mädchen und Jungen immer stärker angleicht und die Berufstätigkeit von Frauen immer selbstverständlicher wird, bleibt der Arbeitsmarkt geschlechterspezifisch gespalten. Wir erkennen einerseits eine Spaltung durch die Wahl der Berufe und die starke Konzentration von jungen Männern und Frauen auf nur wenige Berufsfelder. Der Arbeitsmarkt ist aber nicht nur horizontal gespalten, sondern auch vertikal.. Frauen sind trotz des erheblich gestiegenen Qualifikationsniveaus mit steigender Position immer schwächer vertreten und verdienen im Durchschnitt weniger als Männer.

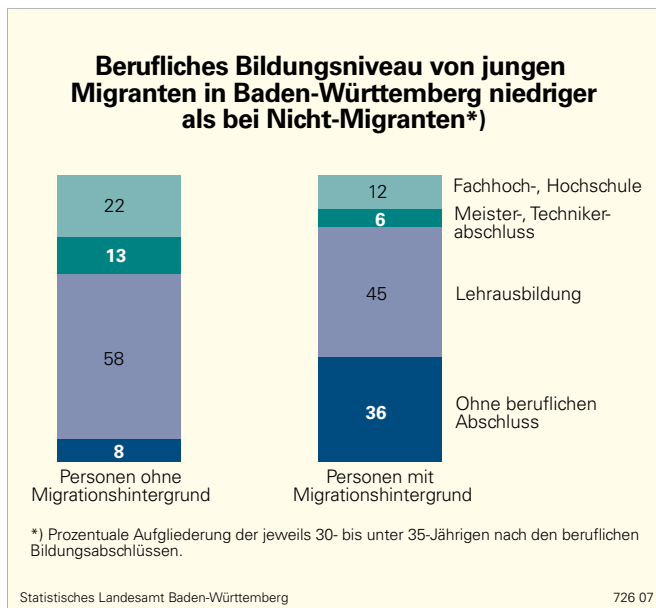
Führungspositionen sind nach wie vor überwiegend in männlicher Hand: Obwohl sich die berufliche Qualifikation von Männern und Frauen immer mehr angleicht, sind Frauen in leitender beruflicher Position noch immer die Ausnahme. Gemessen am Frauenanteil unter den Erwerbstätigen insgesamt, der bei knapp 45 % liegt, sind „Chefinnen“ mit 18 % an allen Führungskräften deutlich unterrepräsentiert. Die große Mehrheit der Führungspositionen (82 %) ist mit Männern besetzt.



Erwerbsbeteiligung von Migranten

Fast ein Viertel der im Lande lebenden Menschen hat Migrationserfahrungen – entweder selbst oder durch ihre Familien. Diese Bevölkerungsgruppe weist eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung auf als diejenigen, die keinen Migrationshintergrund besitzen. Von den 16- bis unter 65-Jährigen

gehen heute bei den Migranten knapp 64 % einer Erwerbstätigkeit nach, bei den Nicht-Migranten sind es demgegenüber fast 74 %. Ein Grund für diesen Unterschied liegt darin, dass nicht alle im Lande lebenden Ausländer, die eine Teilgruppe der Migranten stellen, auch eine Arbeitserlaubnis besitzen. Andererseits zeigt sich aber auch, dass Migranten und Nicht-Migranten offensichtlich nicht die gleichen Arbeitsmarktchancen haben. Denn die Erwerbslosigkeit liegt heute bei den Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund mit knapp 10 % mehr als doppelt so hoch wie bei den Baden-Württembergern ohne Migrationshintergrund (4 %).



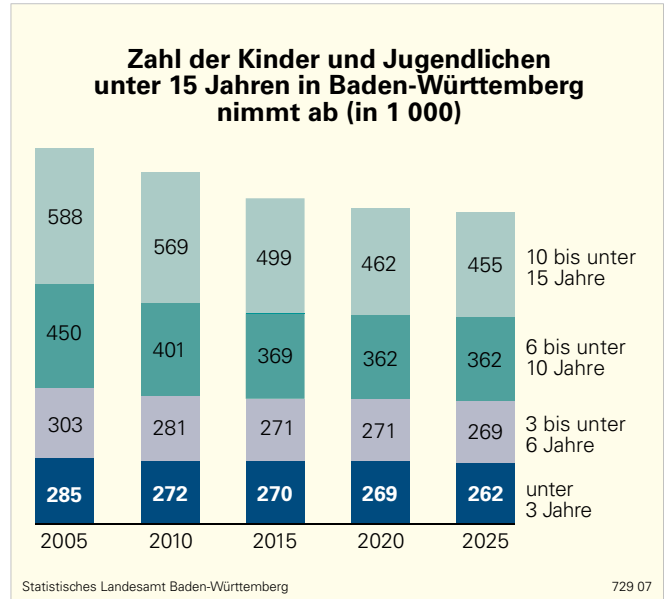
Hinzu kommen Unterschiede in der beruflichen Qualifikation. Die jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg weisen im Durchschnitt ein deutlich niedrigeres Niveau der beruflichen Ausbildung auf als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Angesichts der Perspektive, dass über kurz oder lang die Zahl der Erwerbspersonen abnehmen wird, ist es bereits heute wichtig, dieses Erwerbspotenzial mit einer qualifizierteren Berufsausbildung zu versehen, um die Arbeitsmarktchancen zu verbessern.



Kinderbetreuung, Schülerzahlen und Schulabschlüsse

Kinder und Jugendliche

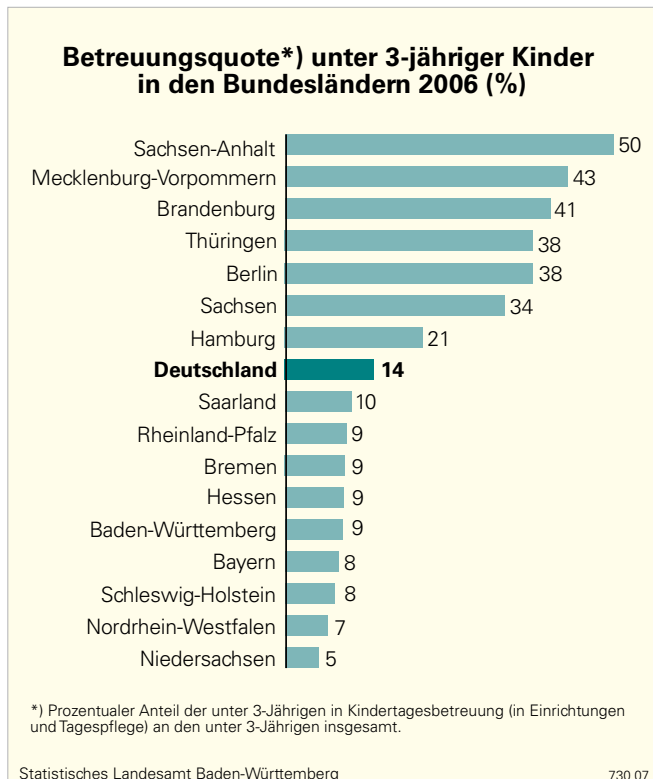
Heute leben rund 1,6 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in Baden-Württemberg. Während die Gesamteinwohnerzahl bis 2025 um rund ein Prozent gegenüber 2005 abnehmen würde, hätte das Land dann mit gut 1,3 Millionen unter 15-Jährigen etwa 17 % weniger als zurzeit. Besonders stark würde der Rückgang bei den 10- bis unter 15-Jährigen ausfallen. Die Zahl der Kinder im Vorschulalter läge demgegenüber in 2025 mit etwa 530 000 unter 6-Jährigen lediglich um knapp 10 % niedriger als gegenwärtig.



Kinderbetreuung im Kleinkindalter

Aufgrund des in den nächsten Jahren vermutlich moderat anhaltenden Geburtenrückgangs würde die Zahl der unter 3-Jährigen, die insgesamt für das Angebot an Kleinkindbetreuung in Betracht kämen, von heute rund 285 000 Kindern auf 262 000 im Jahr 2025 sinken.

Ein Blick auf die gegenwärtige Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen zeigt, dass diese in Baden-Württemberg gegenwärtig von rund 9 % dieser Kinder angenommen wird. Im Bundesdurchschnitt liegt die Betreuungsquote bei 14 %. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Ländern (Ausnahmen bilden die Stadtstaaten). Während in den westdeutschen Flächenländern sich nur zwischen 5 bis 10 % der unter 3-Jährigen in der Tagesbetreuung befinden, sind es bis zu 50 % beim Spitzenreiter Sachsen-Anhalt.



Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2025/26

Die Schülerzahl der allgemeinbildenden Schulen im Land erreichte im Schuljahr 2003/04 mit knapp 1,31 Millionen ihren Höhepunkt. Bis zum Schuljahr 2006/07 war sie auf rund 1,29 Millionen zurückgegangen. Dieser Trend wird sich bis 2025 fortsetzen. Dann dürften etwas weniger als 1 Million Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Dies entspricht einem Rückgang um 23 %. Nahezu jede vierte Schulbank bliebe dann leer.

Im Grundschulbereich hat der Rückgang der Schülerzahlen schon seit mehreren Jahren eingesetzt. Die Vorverlegung des Einschulungstichtags hat bislang



nur im Schuljahr 2005/06 einen geringfügigen Anstieg der Grundschülerzahl mit sich gebracht. Der rückläufige Trend würde sich aus heutiger Sicht bis etwa 2018 weiter fortsetzen. Dann dürfte die Schülerzahl bis 2025 bei etwa 360 000 verharren, ein Fünftel weniger als im Schuljahr 2006/07.

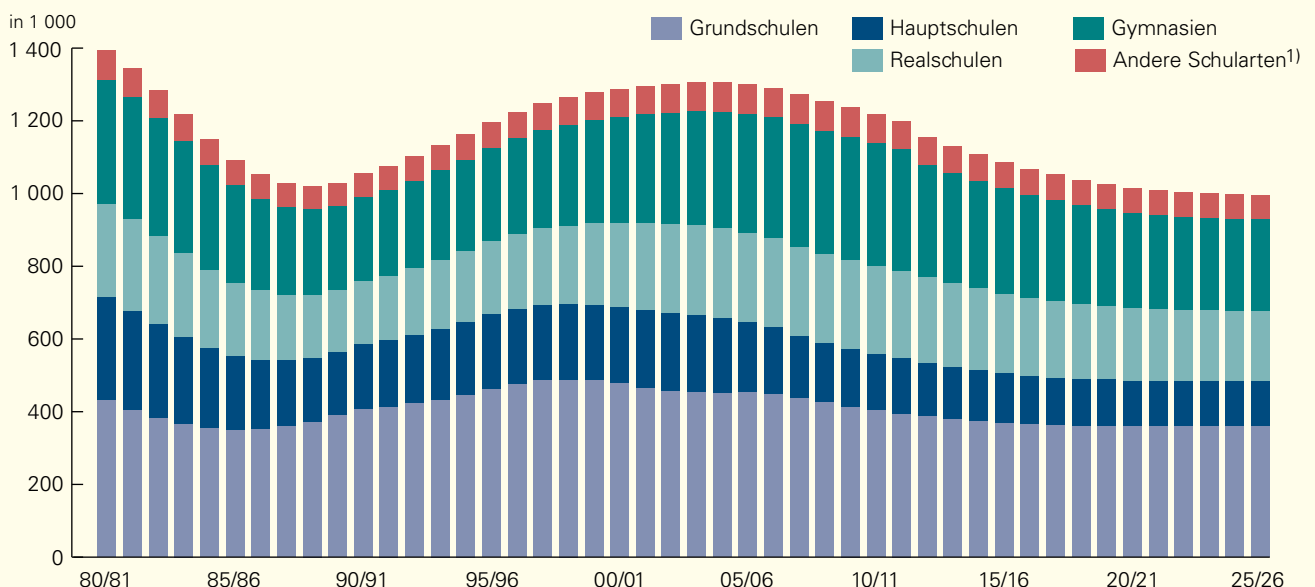
An den Haupt- und Realschulen wird es voraussichtlich fast durchgängig Jahr für Jahr weniger Schüler geben. Die Hauptschulen werden den prozentual stärksten Rückgang erleben: Ihre Schülerzahl dürfte um fast ein Drittel auf absinken. An den Realschulen würden 20 % weniger Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Im Gegensatz zu den anderen Schularten können die Gymnasien noch in den nächsten drei Jahren einen Anstieg der Schülerzahl erwarten. Im Schuljahr 2006/07 gingen etwa 333 000 Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium. Ihre Zahl könnte bis zum Schuljahr 2009/10 mit rund 340 500 anwachsen. Danach jedoch wäre auch in diesem Schulzweig mit rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen. 2025/26 hätten die Gymnasien im Lande fast ein Viertel Schülerinnen und Schüler weniger als heute.

Mit dem Ausscheiden des „doppelten“ Abiturientenjahrgangs Sommer 2012 – als Folge des dann flächen-deckenden achtzügigen Gymnasiums – wird sich die Schülerzahl um einen kompletten Jahrgang verringern und im Anschluss daran wirken sich die geburten-schwachen Jahrgänge auch auf die Gymnasien aus.

Bildungsstand der Bevölkerung im Generationenvergleich

Der starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen beruht auf der Bildungsexpansion, von der wesentlich Frauen profitiert haben. Über Bildung verteilen sich Berufschancen und gesellschaftliche Zugehörigkeit. Bildung hat Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt-beteiligung, die berufliche Mobilität und die Lebens-qualität. Deshalb ist es wichtig, noch bestehende Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern abzubauen. Durch die Bildungsexpansion der 60er- und 70er-Jahre ist das Bildungs- und Ausbildungs-niveau der jüngeren Generation heute im Durch-schnitt wesentlich höher als das ihrer Eltern und

Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980/81 und Voraussrechnung bis 2025/26*)



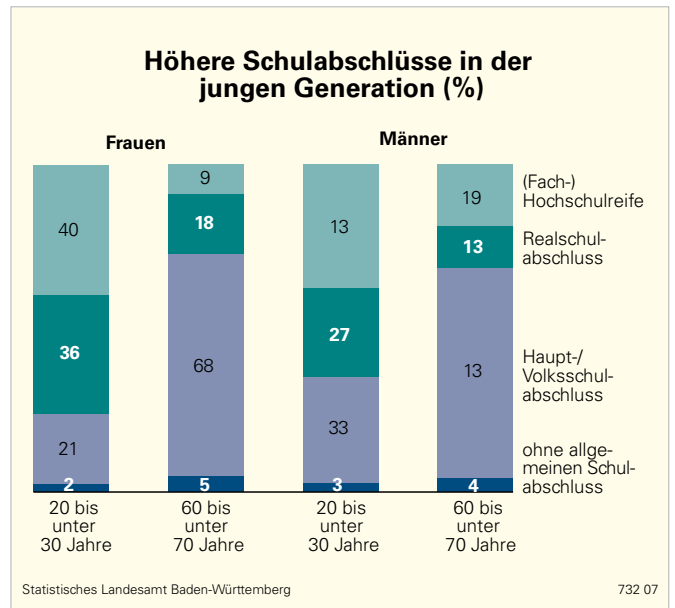
*) Bis 2006/07 Ist-Werte, danach Voraussrechnung. – 1) Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art, integrierte Orientierungsstufe, Sonderschulen.



Großeltern. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen. In der heute älteren Frauengeneration der 60- bis unter 70-Jährigen haben rund zwei Drittel den Hauptschulabschluss und knapp 9 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife erworben. In der jungen Frauengeneration der heute 20- bis 30-Jährigen besitzen 21 % den Hauptschulabschluss und 40 % die (Fach-) Hochschulreife.

Schulabschlüsse heute

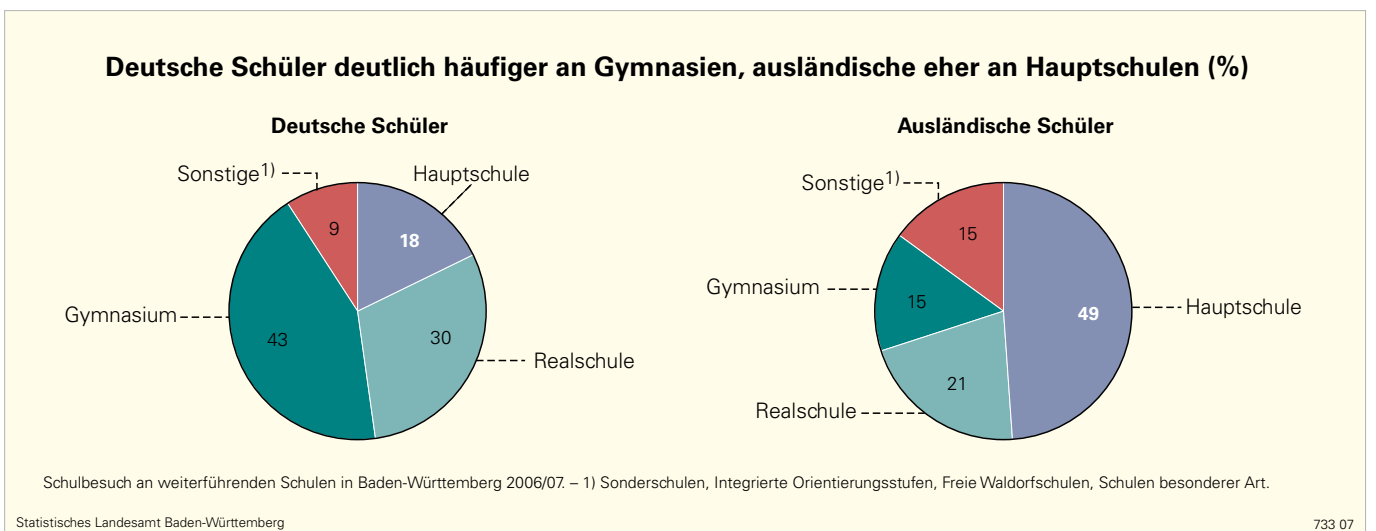
Inzwischen ist in den allgemein bildenden Schulen sogar ein leichtes Bildungsgefälle zu Lasten von Jungen eingetreten. Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen in Baden-Württemberg sind es seit den 90er-Jahren mehr Mädchen als Jungen, die mit der allgemeinen Hochschulreife die Schule verlassen, und es sind mehr Jungen als Mädchen, die die Schule mit dem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluß beenden. Gleichzeitig stellen wir aber noch auf Grund des Berufswahlverhaltens von Mädchen Unterschiede in der beruflichen Ausbildung und ganz besonders bei der Umsetzung einer Ausbildung in eine Erwerbstätigkeit fest, die zu Lasten der Berufs- und Verdienstchancen von Mädchen gehen.



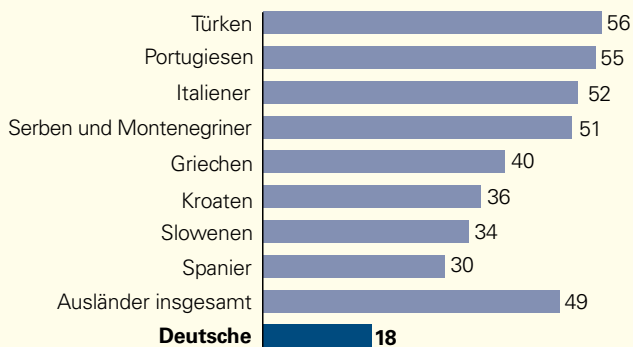
Schulbesuch ausländischer und deutscher Kinder

Geschlechterspezifische Unterschiede in der Schulbildung sind bei der jungen Generation weitgehend verschwunden, dafür ist Bildung in Deutschland inzwischen stark von der sozialen Herkunft abhängig. Dies betrifft insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien.

Bei den Kindern aus ausländischen Familien geht fast die Hälfte auf die Hauptschule und nur 15 % auf



Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit in Baden-Württemberg 2006/07*)



*) Prozentualer Anteil der Hauptschüler an allen Schülern weiterführender Schulen mit jeweiliger Staatsangehörigkeit.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

735 07

ein Gymnasium. Es gilt also, die Bildungsanstrengungen insbesondere zu Gunsten der Migrantenkinder zu erhöhen. Höherqualifizierender Schulbesuch mit entsprechendem Abschluss dient unmittelbar dem Abbau des Risikos, arbeitslos zu werden.

Schulabschlüsse ausländischer und deutscher Kinder

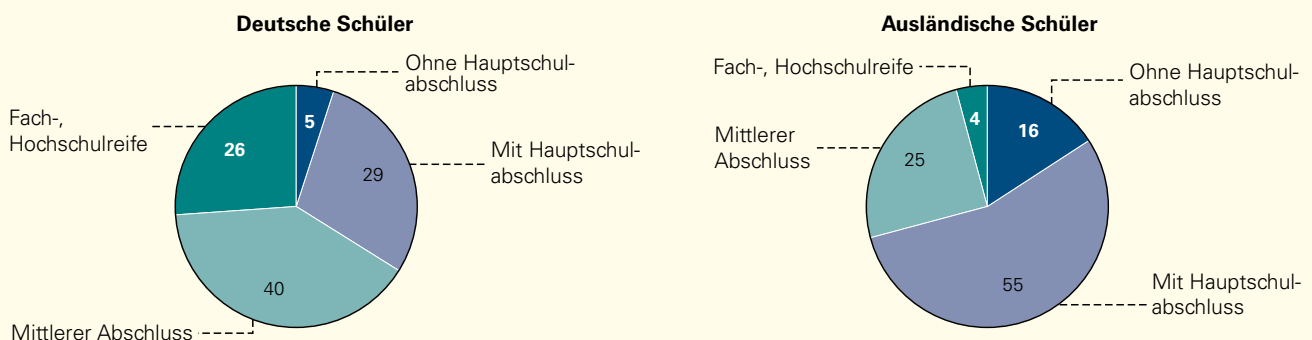
Analog zum Schulbesuch junger Deutscher und Ausländer verteilen sich ihre Schulabschlüsse. Dabei weist die aus dem allgemeinbildenden Schulsystem herauswach-

sende junge Ausländergeneration hinsichtlich der Bildungsabschlüsse deutliche Benachteiligungen gegenüber deutschen Schulabgängern auf. Von den deutschen Schülern erwarben im Jahre 2006 in Baden-Württemberg 26 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife und 29 % den Hauptschulabschluss. Etwa 5 % verblieben ohne Hauptschulabschluss. Bei den ausländischen Kindern erhielten 4 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 55 % den Hauptschulabschluss und 16 % verließen die Hauptschule ohne Abschluss.

Anteil der Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit

Die strukturellen Bildungsdefizite bei Kindern aus Mirantenfamilien unterscheiden sich nach der Staatsangehörigkeit. Insbesondere Kinder aus der Türkei, Portugal, Italien sowie aus Serbien und Montenegro schneiden aufgrund ihres hohen Anteils an Hauptschülern im Bildungswesen deutlich schlechter ab als beispielsweise Kroaten, Griechen, Slowenen oder Spanier. Diese mangelnde Integration in das Bildungswesen hat Konsequenzen für den gesamten Lebensweg dieser Generation und damit auch für die gesamte Gesellschaft. Eine unzureichende Integration im Bildungssystem führt fast zwangsläufig zu einer mangelnden Integration auf dem Arbeitsmarkt mit allen gesellschaftlichen Folgen.

Deutsche Schüler mit höheren Schulabschlüssen*) als ausländische (%)



*) Deutsche und ausländische Schulabgänger aus allgemein bildenden Schulen 2005/06.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

734 07



Die Folgen für die Sozialversicherung

Der Drei-Generationen-Verbund: Alten- und Jugendquotient

Die schwerwiegendsten Auswirkungen des demografischen Wandels, die sich mit Modellrechnungen auch heute schon ermitteln lassen, zeigen sich in der gesetzlichen Sozialversicherung. Dass der Generationen- bzw. Solidarvertrag, wonach die Erwerbstätigen die noch nicht Erwerbstätigen, also Kinder und Jugendliche, sowie die nicht mehr Erwerbstätigen, also Rentner und Pensionäre, gegen wichtige Daseinsrisiken absichern sollen, nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden kann, legt der künftige Verlauf von Alten- und Jugendquotient nahe. Was verbirgt sich hinter diesen statistischen Kennzahlen?

Altenquotient:

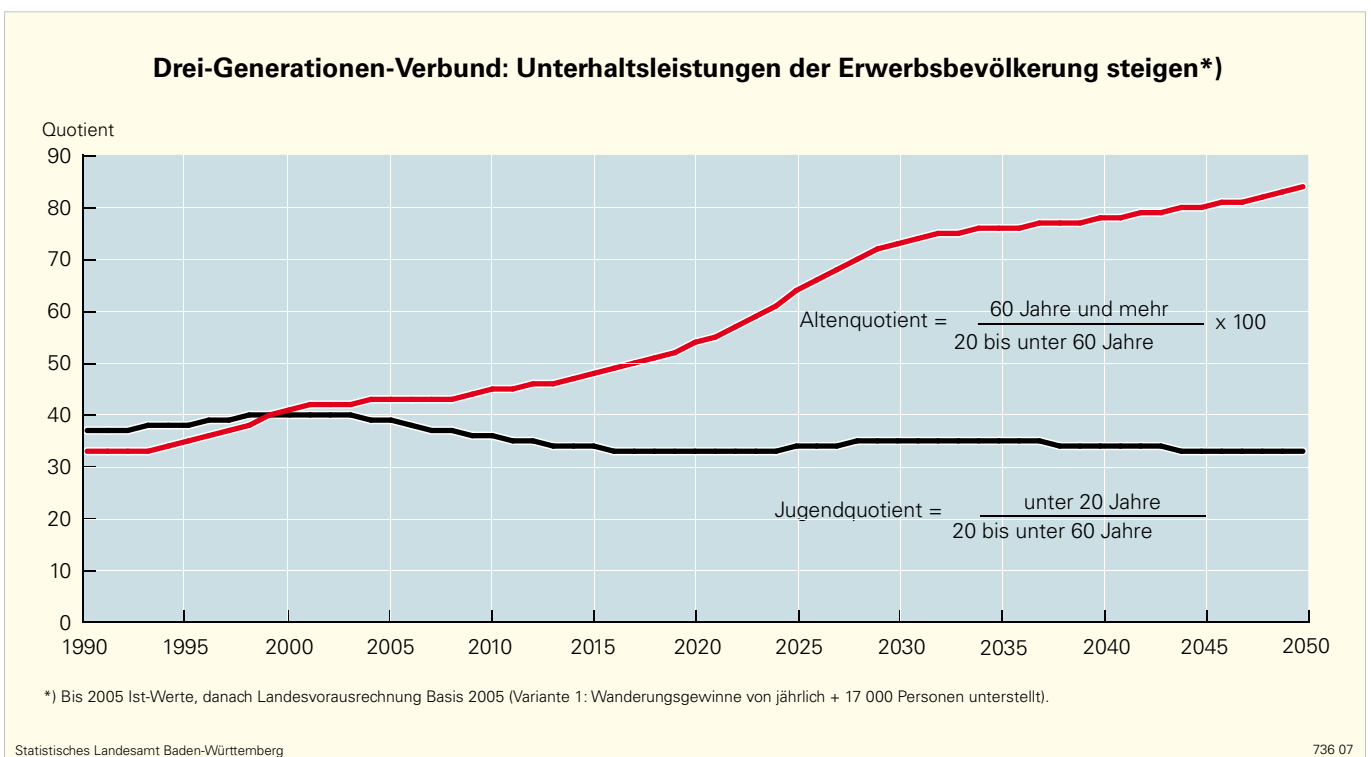
Heute kommen 43 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren auf 100 Personen im erwerbsfähigen

Alter. Bis 2050 wird sich dieses Zahlenverhältnis aus heutiger Sicht auf rund 84 60-Jährige und Ältere zu je 100 Erwerbspersonen erhöhen.

Jugendquotient:

Heute kommen etwa 39 unter 20-Jährige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2050 werden rund 33 unter 20-Jährige auf 100 Erwerbsfähige kommen.

Zusammen genommen heißt dies, dass die Finanzierungslasten heute für 82 Personen im noch nicht bzw. nicht mehr erwerbsfähigen Alter von 100 Erwerbspersonen getragen werden. Im Jahr 2050 werden die Finanzierungslasten für 117 noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähige von 100 Erwerbspersonen getragen werden müssen. Als Bismarck 1889 die Gesetzliche Rentenversicherung in Kraft treten ließ, kamen auf einen Rentner sieben Erwerbstätige. Heute liegt das Verhältnis bei 1 zu 2,5. Bereits ab 2040 rechnen wir mit einem Verhältnis von einem Rentner zu 1,4 Erwerbstätigen.



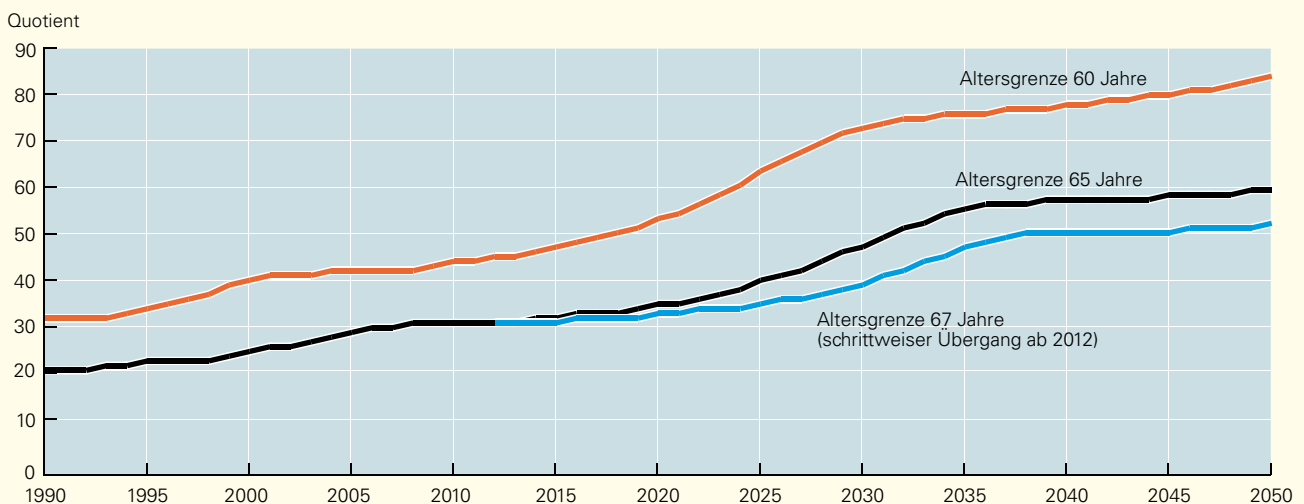
Heraufsetzen des Renteneintrittsalters

In der Diskussion um den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung unseres Alterssicherungssystems spielt das Renteneintrittsalter eine wichtige Rolle. Gegenwärtig liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter im Durchschnitt bei etwa 61 Jahren, das gesetzliche Rentenalter bei 65 Jahren. Würde das faktische Rentenalter bei 65 Jahren liegen, ergäbe der Altenquotient im Jahre 2050 ein Verhältnis von 60 Rentnern zu 100 Erwerbspersonen. Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters hätte den doppelten Effekt, dass die Beschäftigten rund vier Jahre länger Sozialversicherungsbeiträge entrichten und erst vier Jahre später Leistungen beziehen würden. Wenn der Jugendquotient von 30 unter 20-Jährigen je 100 Erwerbspersonen hinzugerechnet wird, hieße dies, dass im Jahre 2050 dann 100 Erwerbspersonen die Finanzierungsverantwortung für 90 noch nicht und nicht mehr Erwerbsfähige tragen müssten. Damit wäre bei einer auf 65 Jahre verlängerten Altersgrenze die Erwerbsbevölkerung künftig stets größer als die Zahl der zu unterhaltenden Nichterwerbspersonen.

Ein schrittweises Umsteigen bis 2029 auf eine Altersgrenze von 67 Jahren, wie es gesetzlich bereits vorgesehen ist, würde die Zunahme des Zahlenverhältnisses von nicht mehr Erwerbsfähigen zur Erwerbsbevölkerung etwas weiter bremsen, aber nicht vermeiden. Um das Jahr 2025 kämen dann auf 100 Erwerbspersonen rund 36 nicht mehr erwerbsfähige Personen, im Jahre 2050 wären es 100 zu 53. Dies könnte ein Generationenvertrag möglicherweise noch leisten, wenn auch sicherlich eine ganze Reihe anderer Stellschrauben verändert werden müssten.

Bei dieser Betrachtungsweise ist freilich zu beachten, dass es sich hier lediglich um demografische Quotienten handelt. Sie können nicht einfach mit Belastungsquoten im ökonomischen Sinne gleichgesetzt werden. Dennoch liefern diese Ergebnisse wichtige Anhaltspunkte über die Probleme, mit denen künftig nicht nur die erwerbstätige Generation rechnen muss, sondern auch diejenigen, die von ihr im Rahmen eines Drei-Generationen-Verbundes ökonomisch unterhalten werden müssen.

Längere Lebensarbeitszeit kann Unterhaltsleistungen der Erwerbsbevölkerung auf mehr Schultern verteilen*)

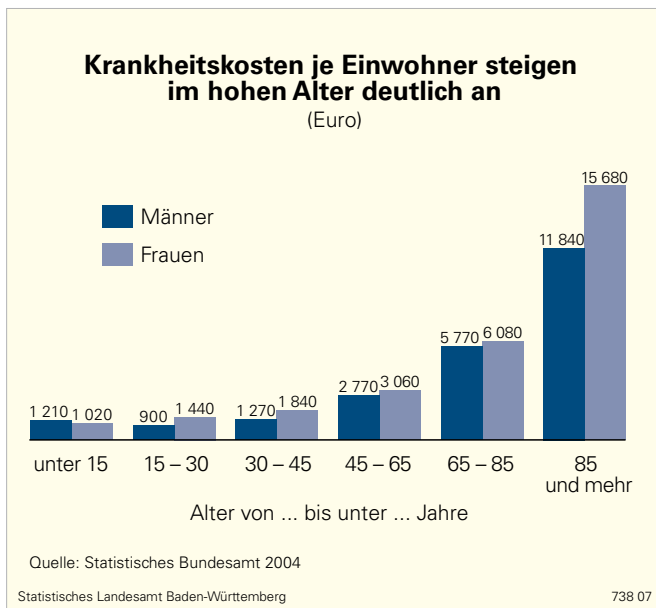


*) Bis 2005 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 2005 (Variante 1: Wanderungsgewinne von jährlich + 17 000 Personen unterstellt).



Krankheitskosten nach Altersgruppen

Im Durchschnitt sind für jeden Einwohner Deutschlands im Jahre 2004 rund 2 730 Euro für die Vorsorge, Behandlung, Rehabilitation und Pflege von Erkrankungen und Unfallschädigungen angefallen. Diese Kosten sind für ältere Menschen deutlich höher als für jüngere. Für einen 30- bis unter 45-jährigen Mann betragen die Kosten 2004 nur gut ein Fünftel der Kosten wie für einen 65- bis unter 85-jährigen. Besonders stark schlagen die Krankheitskosten bei den Hochbetagten zu Buche. Sie liegen bei den Männern rund zehn Mal so hoch wie bei unter 15-jährigen Jungen und bei den hochbetagten Frauen fünfzehn Mal so hoch wie bei unter 15-jährigen Mädchen. Die demografische Entwicklung würde allein durch die Zunahme der Zahl älterer und alter Menschen zu einer Erhöhung der Krankheitskosten führen, wenn nicht gleichzeitig erfolgreiche strukturelle Kostenreduzierungsmaßnahmen getroffen werden.



Künftige Entwicklung der Krankheitskosten in Baden-Württemberg

Überträgt man die Altersabstufungen der Krankheitskosten auf Baden-Württemberg und rechnet sie modellhaft mit den künftigen Veränderungen der Jahrgangsstärken in der Bevölkerung fort, so signalisieren die Ergebnisse für die kommenden Jahre demografisch bedingte Kostensteigerungen. Im Jahre 2030 könnten die Krankheitskosten um etwa 14 % höher liegen als gegenwärtig. Es bleibt allerdings zu bedenken, dass die demografische Entwicklung nur ein Faktor von vielen ist. Weitere Faktoren sind besonders die gesetzlichen Regelungen im Gesundheitswesen, der medizinische und medizintechnische Fortschritt sowie die Angebots- und Nachfragestrukturen des „Gesundheitsmarktes“.

Diese Faktoren können zusammen durchaus größere Auswirkungen auf die Krankheitskosten besitzen als die Bevölkerungsentwicklung.

Pflegebedürftigkeit und Pflegekräfte

Pflegehäufigkeiten im Alter

Das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden, wächst im hohen Alter stark an. Von den 85- bis unter 90-jährigen Männern war durchschnittlich rund ein Viertel pflegebedürftig, bei den gleichaltrigen Frauen 36 %. Ab dem 75. Lebensjahr sind Frauen häufiger pflegebedürftig als Männer. Das hängt auch damit zusammen, dass Frauen – nach dem Tod des durchschnittlich älteren Partners – häufig alleine leben und deshalb im Falle ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit stärker auf professionelle Pflege angewiesen sind als Männer, die im Bedarfsfall vielfach von ihren jüngeren Partnerinnen gepflegt werden können.

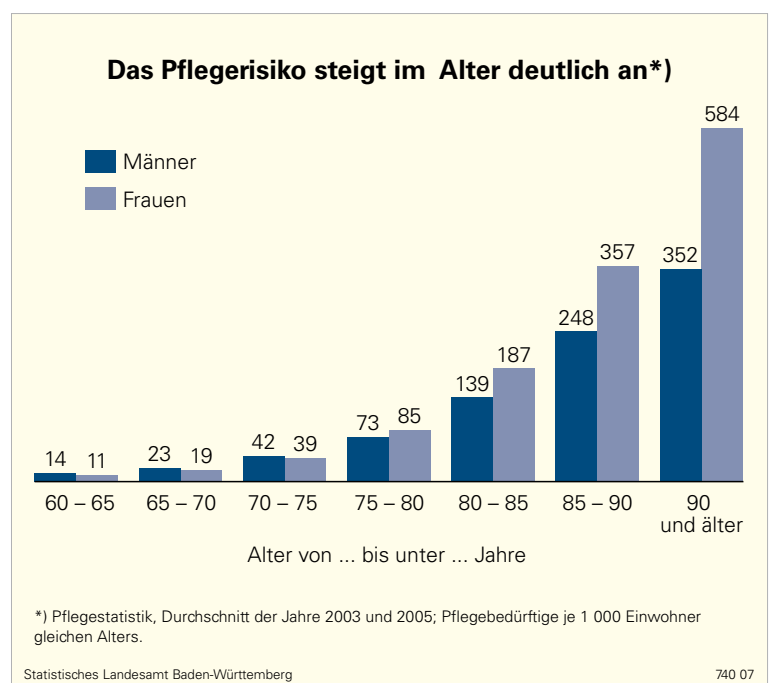
Künftige Entwicklung der Zahl Pflegebedürftiger

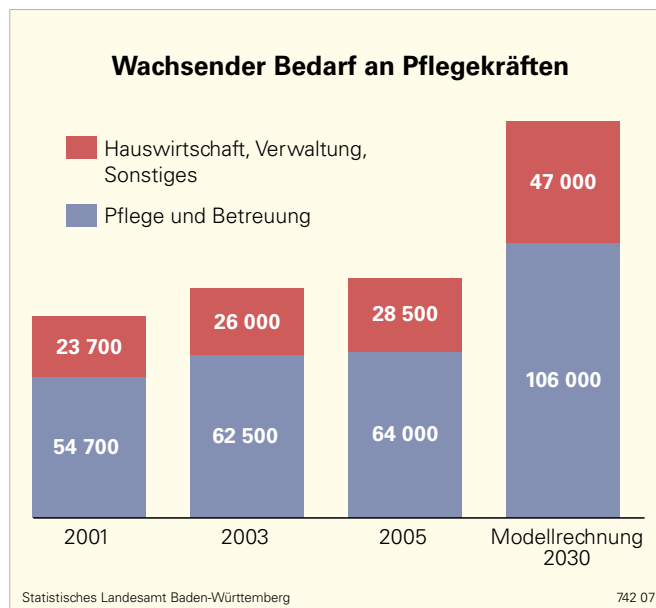
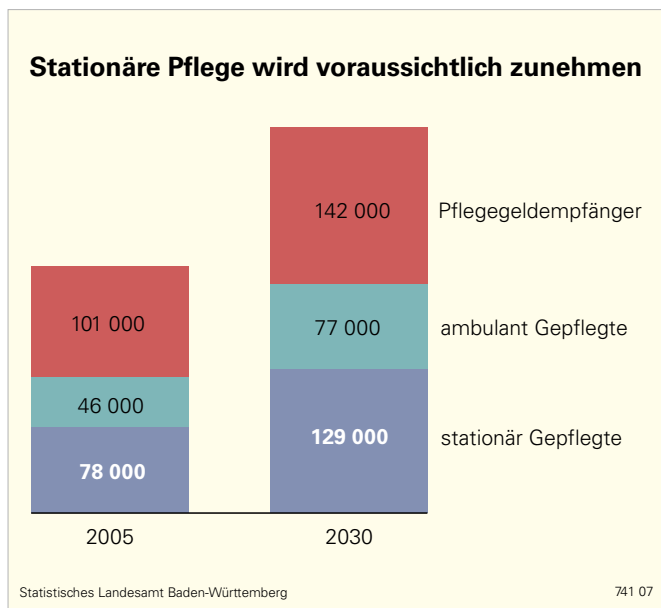
Eine tief greifende Konsequenz der absehbaren demografischen Veränderung betrifft den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Bestehen auch künftig die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden (ab 85 Jahre zu 40 %), so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen aller Altersgruppen bis 2030 um mehr als die Hälfte erhöhen. Heute leben in Baden-Württemberg rund 225 000 Pflegebedürftige. Diese Zahl würde bis zum Jahr 2030 auf etwa 348 000 ansteigen. Sollte das Pflegerisiko aufgrund des medizinischen Fortschritts sinken – wofür einiges spricht –, dann könnte aber dieser pflegefallsenkende Effekt dadurch kompensiert werden, dass die Lebenserwartung weiter zunimmt, also noch mehr Menschen ein hohes Alter erreichen. Möglicherweise würde sich die Pflegebedürftigkeit lediglich im Lebensablauf in ein höheres Alter verschieben. Aber selbst eine Verringerung der Pflegehäufigkeiten würde in den nächsten Jahren aufgrund der steigenden Zahl älterer und alter Menschen zu einer deutlichen Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger führen.

Vorausberechnung der Pflegebedürftigen nach Pflegearten

Heute werden rund 65 % der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden versorgt. Bei knapp einem Drittel von ihnen wird die häusliche Pflege durch ambulante Dienste entweder unterstützt oder vollständig durchgeführt. Die übrigen 35 % der Pflegebedürftigen leben in Heimen. Als Ergebnis unserer Modellrechnungen (konstante Pflegehäufigkeiten, konstanter Betreuungsquotient in den Familien) würde sich die Zahl der stationär Pflegebedürftigen bis 2030 um rund 50 000 Personen gegenüber dem Stand des Jahres 2005 auf rund 129 000 erhöhen. Die Zahl der durch ambulante Pflegedienste zu Versorgenden würde bis 2030 um zwei Drittel auf rund 77 000 ansteigen, die Zahl der Pflegegeldempfänger auf etwa 142 000 Personen.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Haushalts- und Familienstrukturen ändern, muss damit gerechnet werden, dass die alten Menschen künftig weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können als heute. Wir gehen davon aus, dass das Pflegepotenzial durch Töchter und Schwiegertöchter schrumpfen wird,





weil die Zahl der hier in Frage kommenden Frauen künftig nur wenig höher liegt als heute. Zudem wird der Anteil der älteren Pflegebedürftigen, die kinderlos sind bzw. die ohne Partner leben, voraussichtlich zunehmen, so dass das Pflegepotenzial durch Ehepartner und Kinder ebenfalls sinken dürfte. Wenn die Erwerbsquote von Frauen kontinuierlich steigen sollte, werden Töchter und Schwiegertöchter weniger für häusliche Pflegeleistungen zur Verfügung stehen. Daher ist zu erwarten, dass die bislang in den Familien geleisteten Pflegeleistungen zunehmend auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden müssen.

Künftiger Bedarf an Pflegekräften

Bei mehr als zwei Dritteln aller 92 500 Beschäftigten in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg liegt der überwiegende Tätigkeitsbereich in der Pflege und Betreuung. Das waren

Ende 2005 zusammen rund 64 000 Beschäftigte. Die anderen Beschäftigten waren in der hauswirtschaftlichen Versorgung, Verwaltung bzw. Geschäftsführung, sozialen Betreuung und Haustechnik tätig.

Ausgehend von der Zahl der hochgerechneten Pflegebedürftigen, die von ambulanten und stationären Einrichtungen versorgt werden, lässt sich modellhaft der mögliche zukünftige Bedarf an Pflegekräften ermitteln. Wenn man die heutigen Versorgungsstrukturen für die kommenden 25 Jahre fortschreibt, läge der Personalbedarf an Pflegekräften und anderem Pflegepersonal im Jahre 2030 um rund 65 % höher als zurzeit. Dieser Trend signalisiert zugleich, dass sich hier künftig weitere Beschäftigungschancen eröffnen dürften. Dieser Trend könnte noch verstärkt werden, wenn aufgrund eines schrumpfenden familiären Pflegepotenzials mehr Pflegeleistungen von dem ambulanten und/ oder stationären Bereich erbracht werden müssen.



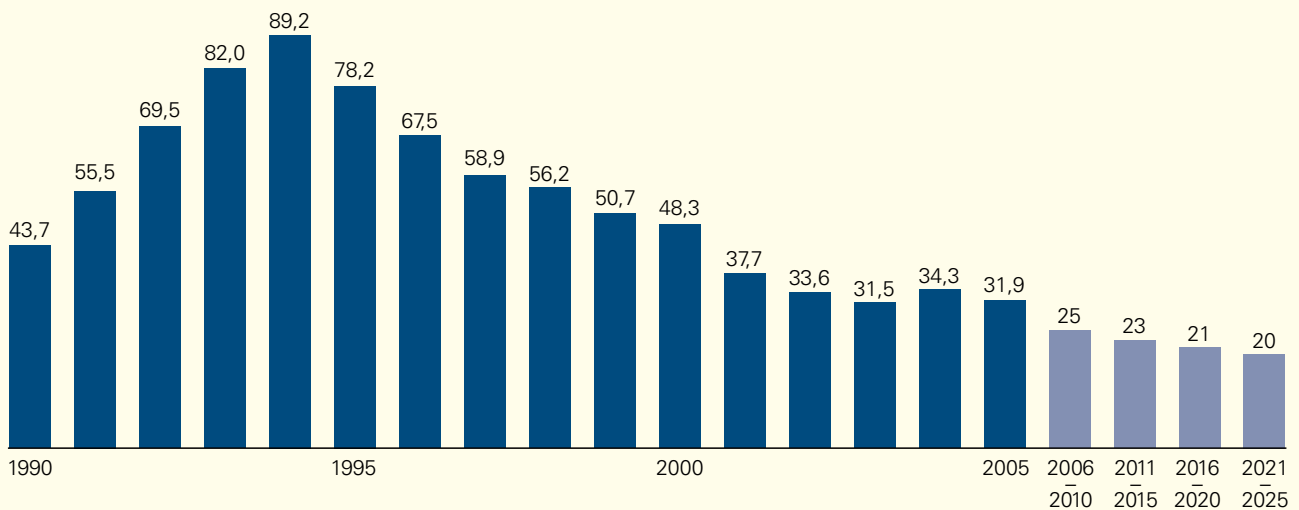
Auswirkungen auf den Neu- und Ersatzbedarf an Wohnraum

Ein weiterer Aspekt der künftigen Bevölkerungsentwicklung betrifft ihre Auswirkungen auf den Bedarf an Wohnraum. Trotz der in den nächsten Jahren nur noch wenig wachsenden, später aber rückläufigen Einwohnerzahlen gehen wir davon aus, dass dennoch die Zahl der mit Wohnraum zu versorgenden Haushalte zunimmt. Aus unseren jüngsten Berechnungen zum künftigen Wohnungsbedarf geht hervor, dass bis zum Jahr 2025 landesweit der Bau von insgesamt 450 000 Wohnungen erforderlich wären, wenn der künftige Neubedarf und der Ersatzbedarf für wegfallende Wohnungen berücksichtigt werden würde. Damit müssten in Baden-Württemberg jährlich etwa 22 600 Woh-

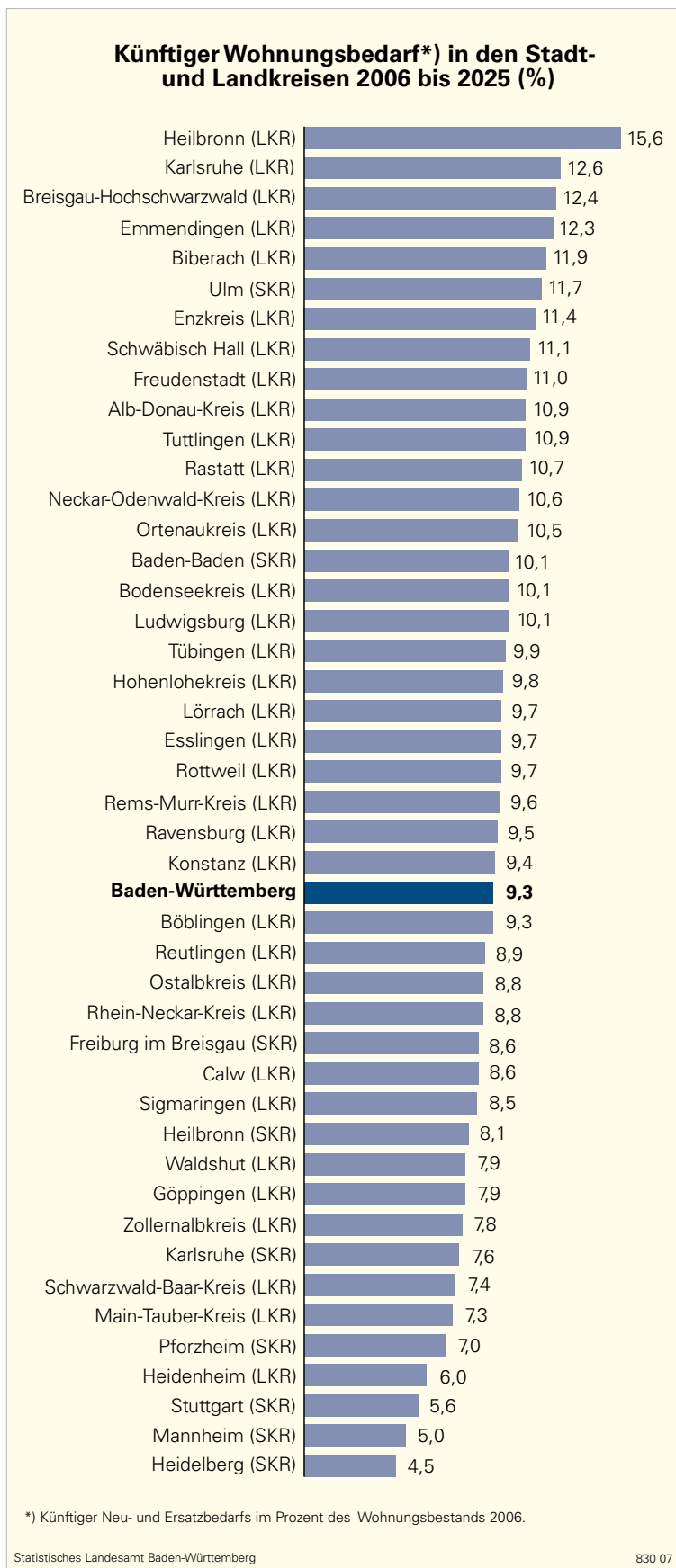
nungen gebaut werden. Das wären etwa 13 000 Wohnungen pro Jahr weniger als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006.

Der höchste Neu- und Ersatzbedarf dürfte sich im Landkreis Heilbronn mit einem Plus von fast 16 % ergeben. Es folgen die Landkreise Karlsruhe, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen. Der niedrigste Neu- und Ersatzbedarf mit einem Plus von etwa 4 bis knapp 6 % wird für die drei Stadtkreise Stuttgart, Mannheim und Heidelberg erwartet. Mit diesen Ergebnissen ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, ob sich der rechnerisch ermittelte Wohnungsbedarf auch in einer entsprechenden Nachfrage niederschlagen wird. Dies hängt sicherlich in besonderem Maße auch von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Künftiger Bedarf an fast 23 000 zusätzlichen Wohnungen pro Jahr bis 2025*)



*) Künftiger Neu- und Ersatzbedarf; 2006 bis 2025 jahresdurchschnittliche Zahlen, 1990 bis 2005 fertiggestellte Wohnungen in Wohngebäuden (in 1 000).





Bevölkerungsentwicklung, Mobilität und Pkw-Bestand

Mobilität heute

Baden-Württemberg hat heute eine mobile Bevölkerung. Im Durchschnitt legt jeder Einwohner des Landes innerhalb Baden-Württembergs fast 12 000 km zurück (2002) – pro Tag durchschnittlich 33 km zu Fuß, per Fahrrad, im Pkw, mit einem motorisierten Zweirad oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Der deutlich größte Teil dieser Wegstrecke (61 %) wird mit dem Pkw bzw. Motorrad durchfahren. Allerdings weist diese Mobilität ein ausgeprägtes Altersprofil auf. Die täglich längsten Wegstrecken mit 43 bzw. 42 km bewältigen die 25- bis unter 45-Jährigen und die 45- bis unter 60-Jährigen. Dagegen sind es bei den 65-Jährigen und Älteren 15 km täglich.

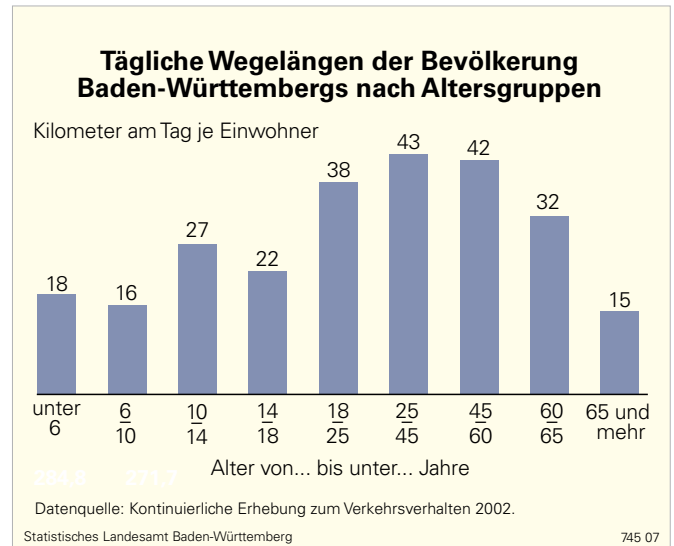
Vorausrechnungen zur künftigen Mobilität

Die Bevölkerungsvariante:

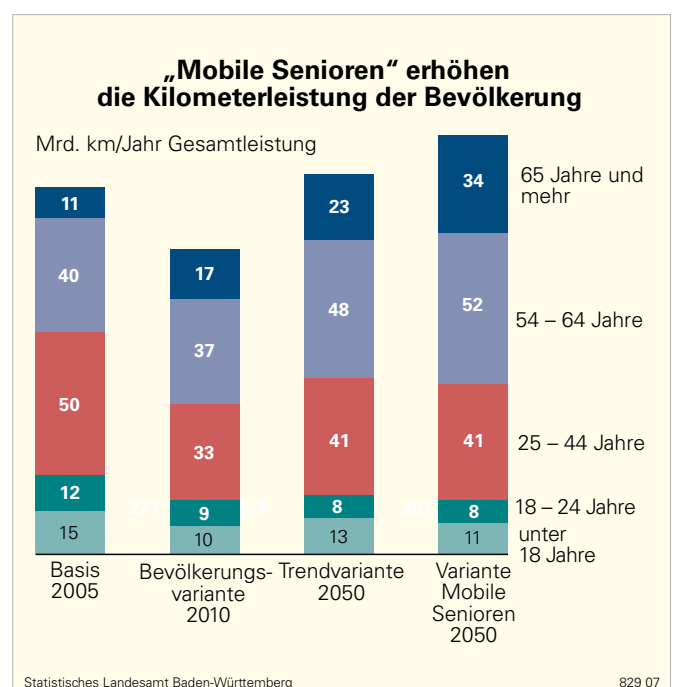
Wenn wir davon ausgehen, dass die Mobilitätsstrukturen aus dem Jahr 2002 auch künftig gelten, so führt die demografische Entwicklung bis zum Jahr 2050 dazu, dass die gesamte Verkehrsleistung – parallel dazu auch der motorisierte Individualverkehr – um fast 17 % niedriger läge als heute. Jeder Baden-Württemberger würde dann durchschnittlich rund 11 100 km im Jahr zurücklegen. Diese Erwartung ergibt sich daraus, dass in Zukunft die Zahl älterer und alter Menschen, die täglich kürzere Wegstrecken als Jüngere bewältigen, deutlich ansteigt. Der demografische Wandel hätte also unter diesen Bedingungen einen dämpfenden Effekt.

Die Trendvariante:

In einem zweiten Schritt berücksichtigen wir neben einer fortgeschriebenen Bevölkerungsstruktur auch ein verändertes Mobilitätsverhalten. Dieses wird entsprechend der Entwicklung der letzten 11 Jahre für die nächsten 22 Jahre - also bis zum Jahr 2024 - fortgeschrieben. Für die Zeit nach 2024 wird wieder von gleich bleibenden Verhältnissen im



Verkehrsbereich ausgegangen. Nach dieser „Trendvariante“ der Mobilitätsvorausrechnungen würde sich die Verkehrsleistung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 um fast 4 % auf knapp 132 Milliarden Personen-Kilometer erhöhen. Im Vergleich zur Bevölkerungsvariante hätten wir dann mit einer steigenden Verkehrsleistung zu rechnen.

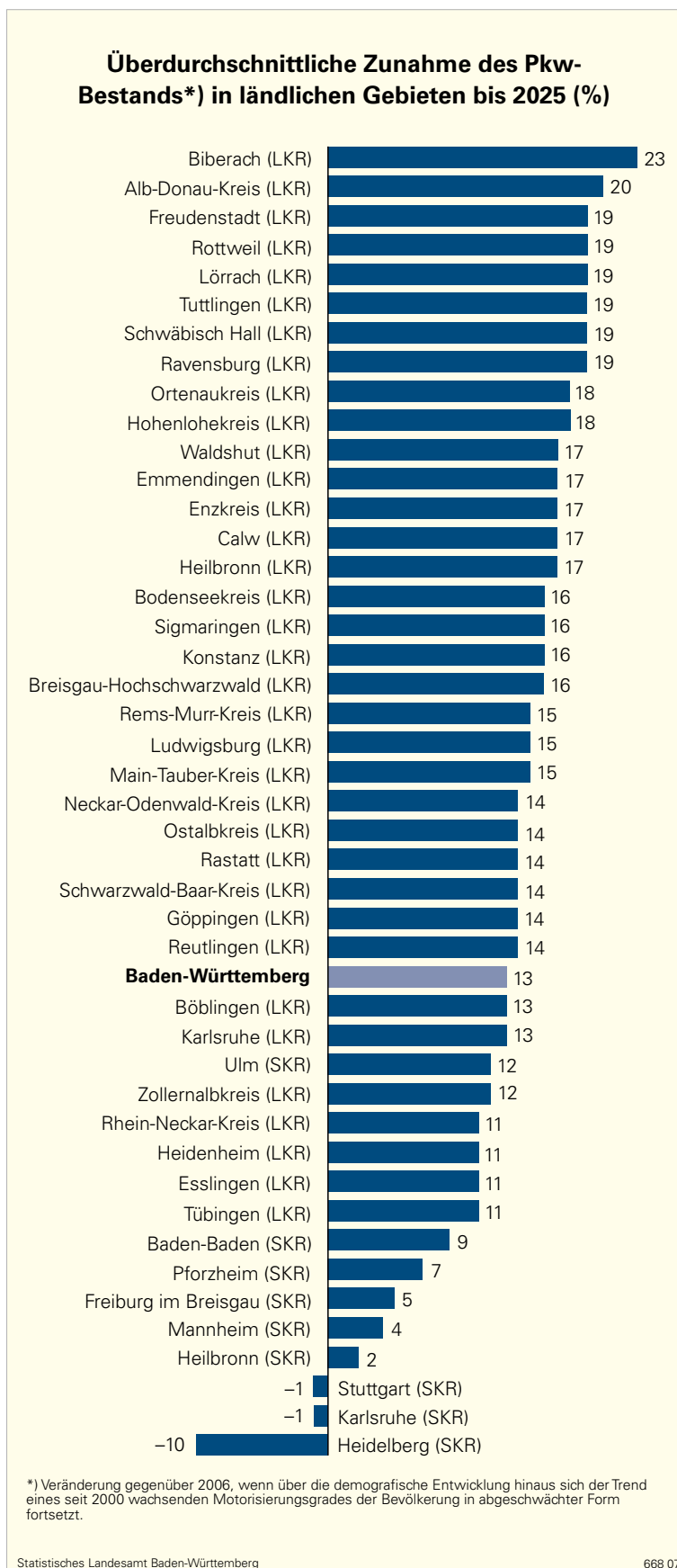




Eine Erklärung für diese Tendenz liefert ein Blick in die Vergangenheit: Hier zeigt sich nämlich, dass heute wesentlich mehr Personen selber am Lenkrad sitzen, anstatt mitzufahren. Dieser Wechsel vom Mitfahrer zum Fahrer gilt für alle Altersgruppen, besonders ausgeprägt aber für die Senioren. Immer mehr Senioren verfügen über einen Führerschein und einen Pkw und nutzen diesen dann auch verstärkt. Da die Familien immer kleiner und die Alleinlebendenhaushalte immer zahlreicher werden, gibt es auch weniger Gelegenheiten, in einem Pkw mitzufahren.

Die Variante „mobile Senioren“:

Es stellt sich im Weiteren die Frage, was geschehen würde, wenn die Mobilität der Senioren deutlich stärker zunehmen würde als im Trendmodell beschrieben. In einem solchen Maximalmodell, hier „mobile Senioren“ genannt, wird für die Gruppe der Senioren davon ausgegangen, dass die Verkehrsleistung gegenüber der Trendvariante um 50 % für alle Fortbewegungsarten zunimmt. Die gesamte Verkehrsleistung läge dann gegenüber den anderen Varianten deutlich höher. Danach überstiege die Verkehrsleistung der Senioren mit 34 Milliarden Personen-Kilometern den Ausgangswert 2005 um mehr als das dreifache. Trotzdem legen die Senioren in diesem Modell im Durchschnitt immer noch eine geringere tägliche Wegstrecke zurück als die übrigen Altersklassen.





Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen

In Baden-Württemberg sind gegenwärtig rund 5,55 Millionen Privat-Pkw zugelassen. Daraus ergibt sich eine Pkw-Dichte von etwa 638 privat zugelassenen Pkw bezogen auf 1 000 erwachsene Personen. Von den 44 Stadt- und Landkreisen weist heute der Zollernalbkreis mit 725 privaten Pkw je 1 000 Erwachsenen den höchsten Motorisierungsgrad auf. Die mit Abstand niedrigste Pkw-Dichte haben die Stadtkreise Freiburg und Heidelberg mit 408 bzw. 410 privaten Pkw je 1 000 Erwachsenen.

Ursächlich für den niedrigen Motorisierungsgrad in den Städten ist, dass hier eine höhere Arbeitsplatz-zentralität herrscht, es eine deutlich bessere Ausstattung des ÖPNV gibt und hier überproportional Bevölkerungsgruppen leben, die – wie Ausländer und Studierende – in der Regel einen geringeren Motorisierungsgrad aufweisen.

Entwicklung des Pkw-Bestands bis 2025

Landesweit würde sich die Zahl der privat zugelassenen Pkw bis zum Jahr 2025 auf 6,28 Millionen erhöhen. Dies bedeutet ein Plus von knapp 730 000 Fahrzeugen (+13%). Am stärksten würde der Bestand an privaten Pkw im Landkreis Biberach ansteigen. In den Stadtkreisen würde sich demgegenüber der Pkw-Bestand bis 2025 entweder deutlich schwächer erhöhen als im Landesdurchschnitt oder es wäre sogar – wie in den Städten Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart – mit einem leichten Rückgang zu rechnen.

Ausgangspunkt dieser Voraussrechnungen ist zum einen die Entwicklung der Erwachsenenbevölkerung, wie sie sich aus unseren jüngsten Bevölkerungsvoraussrechnungen bis zum Jahr 2025 ergibt. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass mit Blick auf das Mobilitätsverhalten der Motorisierungsgrad der Bevölkerung in Zukunft weiter ansteigt.

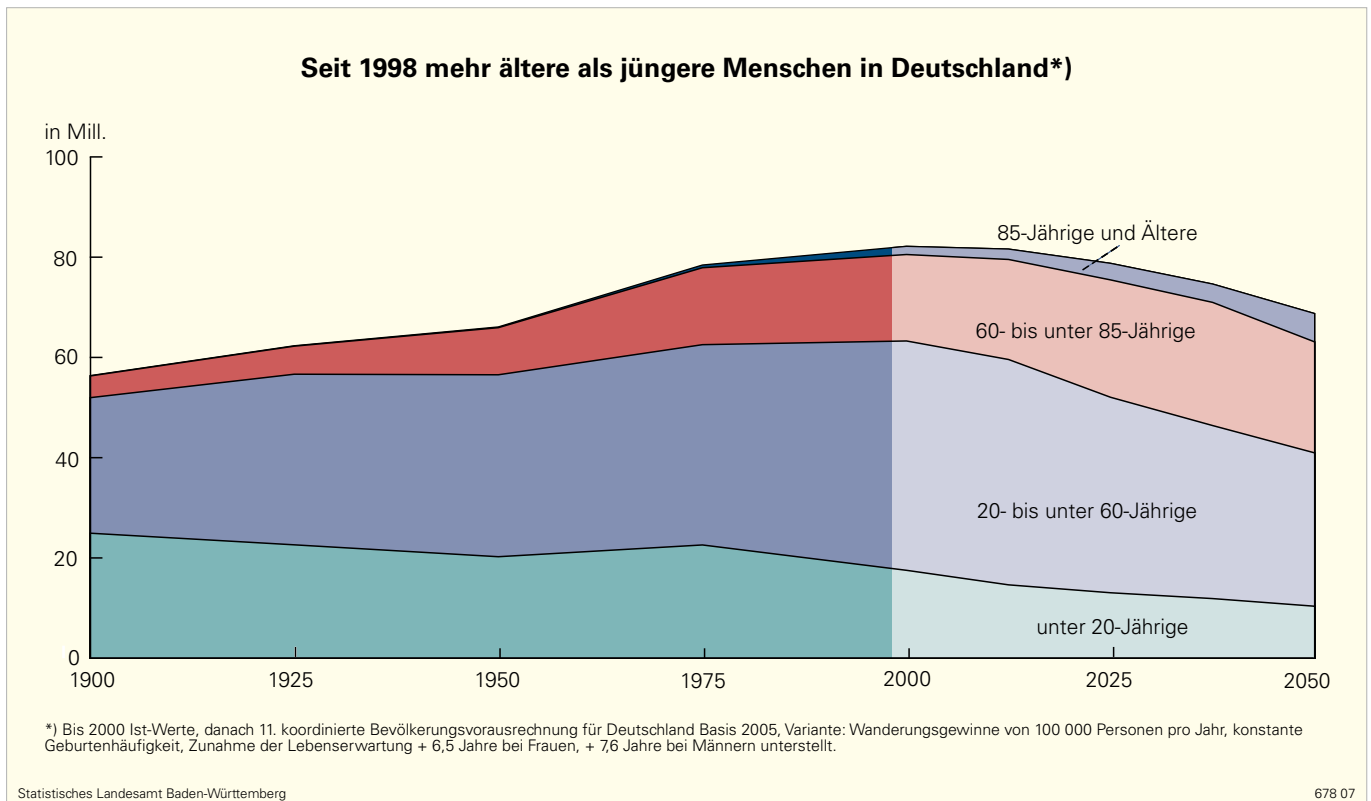


Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Bevölkerungszahl und Altersstruktur

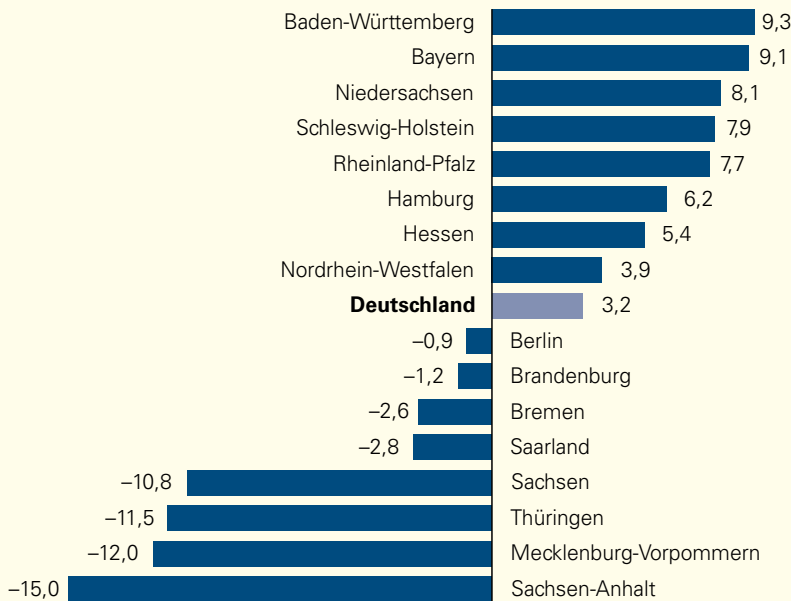
Wie Baden-Württemberg so weist auch Deutschland ein anhaltend niedriges Geburtenniveau auf. Seit 1972 sterben im heutigen Bundesgebiet mehr Menschen als Kinder geboren werden. Die Aufwärtsentwicklung der Bevölkerungszahl, die zwischen Mitte der 70er- und Mitte der 80er-Jahre zeitweise unterbrochen war, ergab sich durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland. Durch die deutlich schwächer besetzten jungen Jahrgänge und die steigende Lebenserwartung ist die Bevölkerung Deutschlands bereits deutlich „gealtert“. Schon 1998 trat die historische Zäsur ein, dass in Deutschland mehr 60-Jährige und Ältere lebten als unter 20-Jährige.

In Zukunft wird die Bevölkerung in Deutschland zurückgehen und zusehends weiter altern. Wenn wir einen Zuwanderungsgewinn von 100 000 Menschen jährlich bis 2050 zugrundelegen, wird die Bevölkerungszahl in Deutschland dennoch bis 2030 auf rund 77,2 Millionen zurückgehen. Dies wäre ein Bevölkerungsverlust von rund 5 Millionen Menschen. Langfristig könnte die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf etwa 68,7 Millionen Menschen abnehmen – also fast 14 Millionen weniger als heute. Während um 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch jeder Fünfte. Im Jahr 2050 wird der Bevölkerungsanteil der nachwachsenden Generation voraussichtlich nur noch bei rund 15 % liegen. Bereits um 2030 würden fast 37 % der Bundesbürger 60 Jahre oder älter sein. Heute liegt ihr Bevölkerungsanteil bei einem Viertel. Schon in 20 Jahren dürften die 60-Jährigen und Älteren doppelt so stark in der Bevölkerung vertreten sein wie die unter 20-Jährigen.





Bevölkerungszuwächse und -abnahmen*) in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung (%)



*) Veränderung der Einwohnerzahl vom 31.12.1990 bis 31.12.2006.

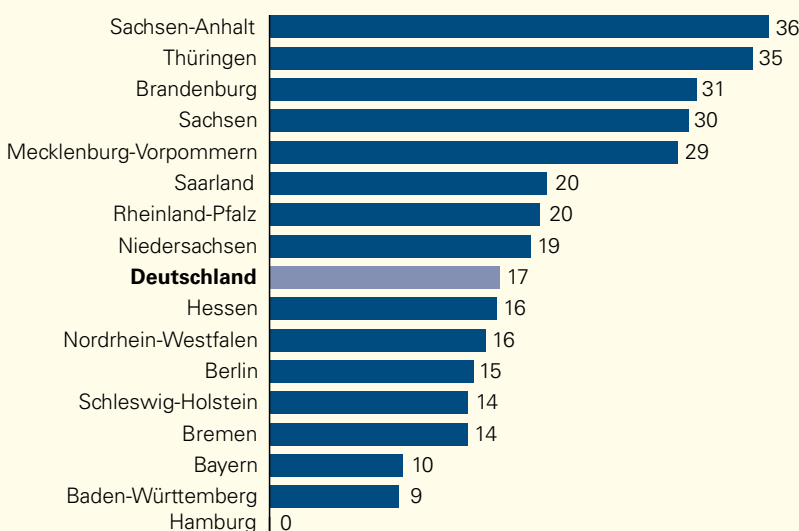
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

691 07

Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung

Der Bevölkerungsrückgang ist bereits heute in den neuen Bundesländern ein erhebliches Problem. Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen-Anhalt rund 15 % seiner früheren Einwohner verloren. In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen fielen die Bevölkerungsrückgänge nicht viel geringer aus. Massive Abwanderungen und ein drastischer Geburtenrückgang vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, haben diese Entwicklung verursacht und zugleich für eine ungünstige Ausgangssituation für die künftige demografische Entwicklung in Ostdeutschland gesorgt. Demgegenüber haben die meisten westdeutschen Bundesländern – allen voran Baden-Württemberg gefolgt von Bayern - seitdem eine rasante Aufwärtsentwicklung erlebt.

Deutlicher Bevölkerungsrückgang*) in Ostdeutschland erwartet, schwächerer Rückgang in Süddeutschland (%)



*) Prozentuale Abnahme der Einwohnerzahl bis 2050 gegenüber 2006. Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

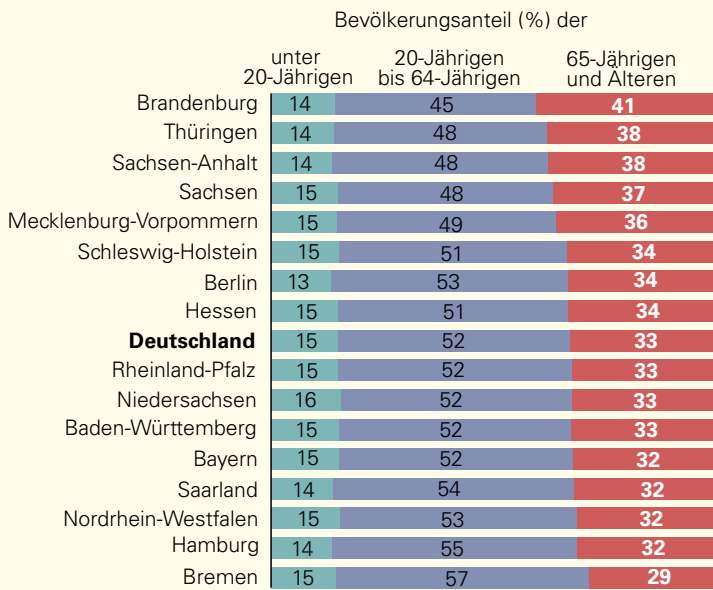
703 07

Künftiger Bevölkerungsrückgang in den Bundesländern

Im Bundesgebiet würde die Bevölkerungszahl bis 2050 um rund 17 % abnehmen, wenn wir davon ausgehen, dass jährlich 100 000 Menschen mehr aus dem Ausland zuwandern als dorthin fortziehen. In Süddeutschland rechnen wir mit einem deutlich schwächeren Bevölkerungsrückgang. Jedoch ist in den ostdeutschen Ländern mit einer weiteren starken Abwärtsentwicklung der Einwohnerzahlen zu rechnen. So würden Sachsen-Anhalt und Thüringen aus heutiger Sicht bis 2050 etwa ein Drittel ihrer heutigen Einwohnerzahl verlieren. Allein Hamburg würde in 2050 etwa ebenso viele Einwohner haben wie heute.



Voraussichtliche Altersstruktur der Bevölkerung in den Bundesländern 2050



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

719 07

Alterstrukturen 2050 in den Bundesländern

In allen Regionen Deutschlands erwarten wir einen erheblichen Alterungsprozess. Das Land Brandenburg würde in 2050 mit rund 41 % den bundesweit höchsten Anteil von 65-Jährigen und älteren Menschen haben. In den nord-, west- und süddeutschen Flächenländern läge ihr Bevölkerungsanteil dann jeweils bei rund einem Drittel. Erhebliche Unterschiede dürften sich künftig in den Anteilen der Erwerbsbevölkerung ergeben. Während in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen 2050 bei teilweise deutlich über 50% der Bevölkerung läge, würde er den in ostdeutschen Ländern unter die Marke von 50 % fallen.



Die Entwicklung der Bevölkerung in den Ländern der Europäischen Union

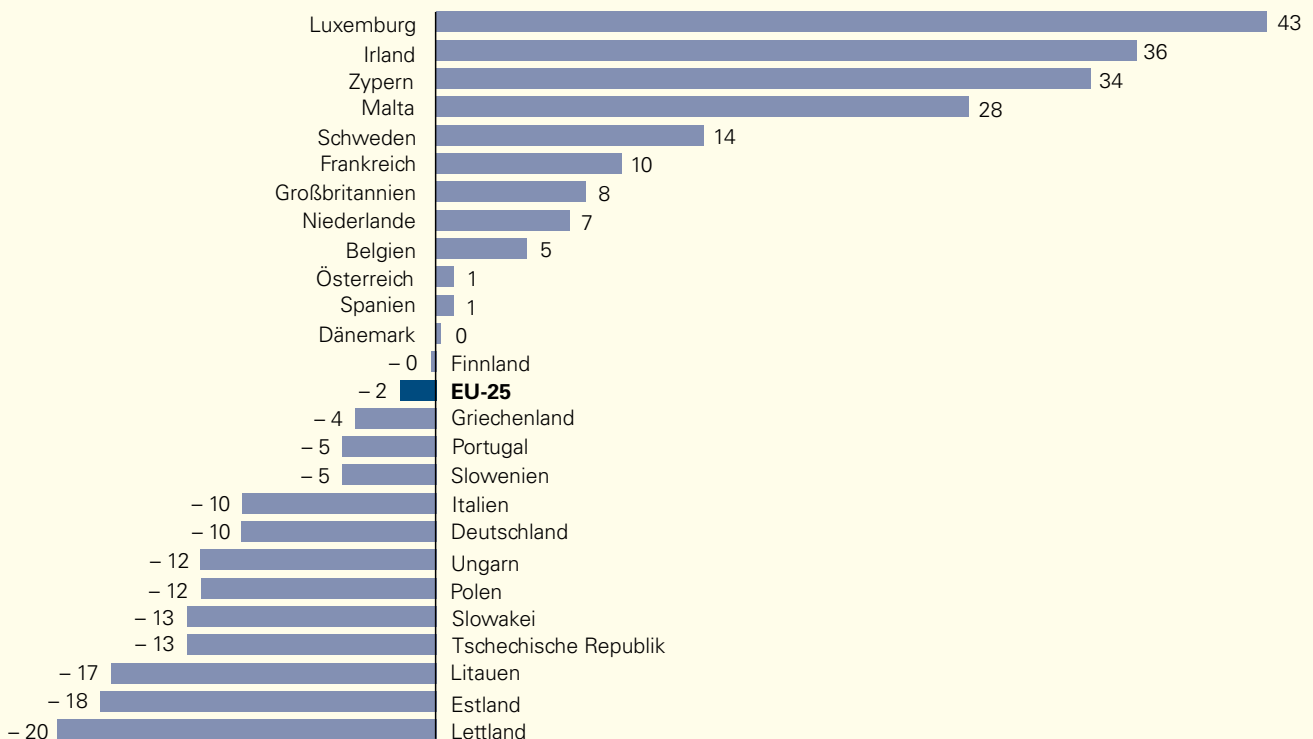
Die Weltbevölkerung wächst – Europa schrumpft

Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass um 2050 rund 9,2 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Heute sind es etwa 6,7 Milliarden. Wenn die Geburtenraten in den einzelnen Kontinenten bis 2050 so bleiben wie heute, die Lebenserwartung wie in den letzten Jahrzehnten ansteigt und die Wanderungsströme weltweit ähnlich verlaufen wie in der Vergangenheit, dann würde sich die Bevölkerung Afrikas mehr als verdoppeln und damit mit Abstand am stärksten ansteigen. Es folgen Nordamerika, Lateinamerika und Asien mit jeweils einem Plus von einem Drittel. Europa wird der einzige Kontinent sein, dessen

Bevölkerungszahl künftig abnehmen wird. Um 2050 würden in Europa mit rund 664 Millionen etwa 10% Menschen weniger leben als zurzeit.

Die 25 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft hätten im Jahre 2050 knapp 2 % Einwohner weniger. Nach Berechnungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften würden insbesondere die neu hinzugekommenen osteuropäischen Mitgliedsländer einen deutlichen Bevölkerungsrückgang erleben. Neben Zypern und Malta können dagegen insbesondere Irland, Schweden, Frankreich und Großbritannien künftig noch nennenswerte Bevölkerungszuwächse erwarten. Diese Länder wachsen nicht nur aufgrund der erwarteten Wanderungsgewinne, sondern durch ihre über dem europäischen Durchschnitt liegende Geburtenrate.

**Bevölkerungszuwächse und -abnahmen*) 2004 bis 2050
in den Ländern der Europäischen Union (%)**



*) Veränderung der Einwohnerzahl 2050 gegenüber 2004.
Datenquelle: Eurostat 2006.



Alterung der Bevölkerungen Deutschlands und der südlichen Länder der Europäischen Union 2050

Bevölkerungsanteile (%) der

	unter 20-Jährigen	20- bis unter 60-Jährigen	60-Jährigen und Älteren
Spanien	16	43	42
Italien	15	43	41
Griechenland	17	44	39
Deutschland	16	45	38
Tschechische Republik	17	45	38
Portugal	18	44	38
Slowenien	17	45	38
Slowakei	17	45	38
Polen	18	45	37
Österreich	17	46	37
EU-25	18	45	36
Litauen	18	47	35
Ungarn	19	46	35
Lettland	20	46	34
Estland	20	46	34
Zypern	18	48	34
Belgien	20	47	34
Großbritannien	20	47	33
Frankreich	21	46	33
Finnland	21	46	33
Irland	21	46	32
Malta	20	49	32
Schweden	22	48	31
Dänemark	21	49	30
Niederlande	22	49	29
Luxemburg	22	50	28

Datenquelle: Eurostat 2006

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

758 07

Europa altert deutlich

Deutschland ist bis 2030 eine der am schnellsten alternden Gesellschaften in Europa und der Welt. In den Jahren bis 2050 fällt voraussichtlich diese Rolle Spanien, Italien und Griechenland zu. Gemessen am Bevölkerungsanteil der 60-jährigen und Älteren hätten diese Länder dann die meisten älteren und alten Menschen. Demgegenüber würden Schweden, Dänemark und die Niederlande mit zu den Ländern mit einer deutlich schwächeren Alterung gehören. Im Durchschnitt der 25 Mitgliedsländer wäre dann gut jeder dritte EU-Bürger 60 Jahre oder älter.

In der künftigen Entwicklung der unter 20-Jährigen spiegeln sich deutlich die heute unterschiedlichen Geburtenraten in den EU-Ländern wieder. Die seit langem niedrigen Geburtenraten in Südeuropa und Deutschland werden dazu führen, dass 2050 in diesen Ländern voraussichtlich nur noch jeder sechste bis siebte Einwohner zu den unter 20-Jährigen zählen wird. Dagegen wäre es beispielsweise in Frankreich, Schweden und den Niederlanden gut jeder Fünfte.

Konsequenzen einer alternden Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und -strukturen reicht mit ihren Auswirkungen in viele gesellschaftspolitische Handlungsfelder hinein. Häufig werden diese Auswirkungen erst allmählich sichtbar und spürbar. In diesem Moment sind jedoch die zugrunde liegenden demografischen Vorgänge nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren, weil es sich hier um langfristig wirksame Prozesse handelt. Deshalb ist es auch für die heutigen Planungs- und Gestaltungsaufgaben unerlässlich, sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen einzustellen – auch wenn das Jahr 2030 oder gar 2050 in weiter Ferne liegt.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich heute ziehen?

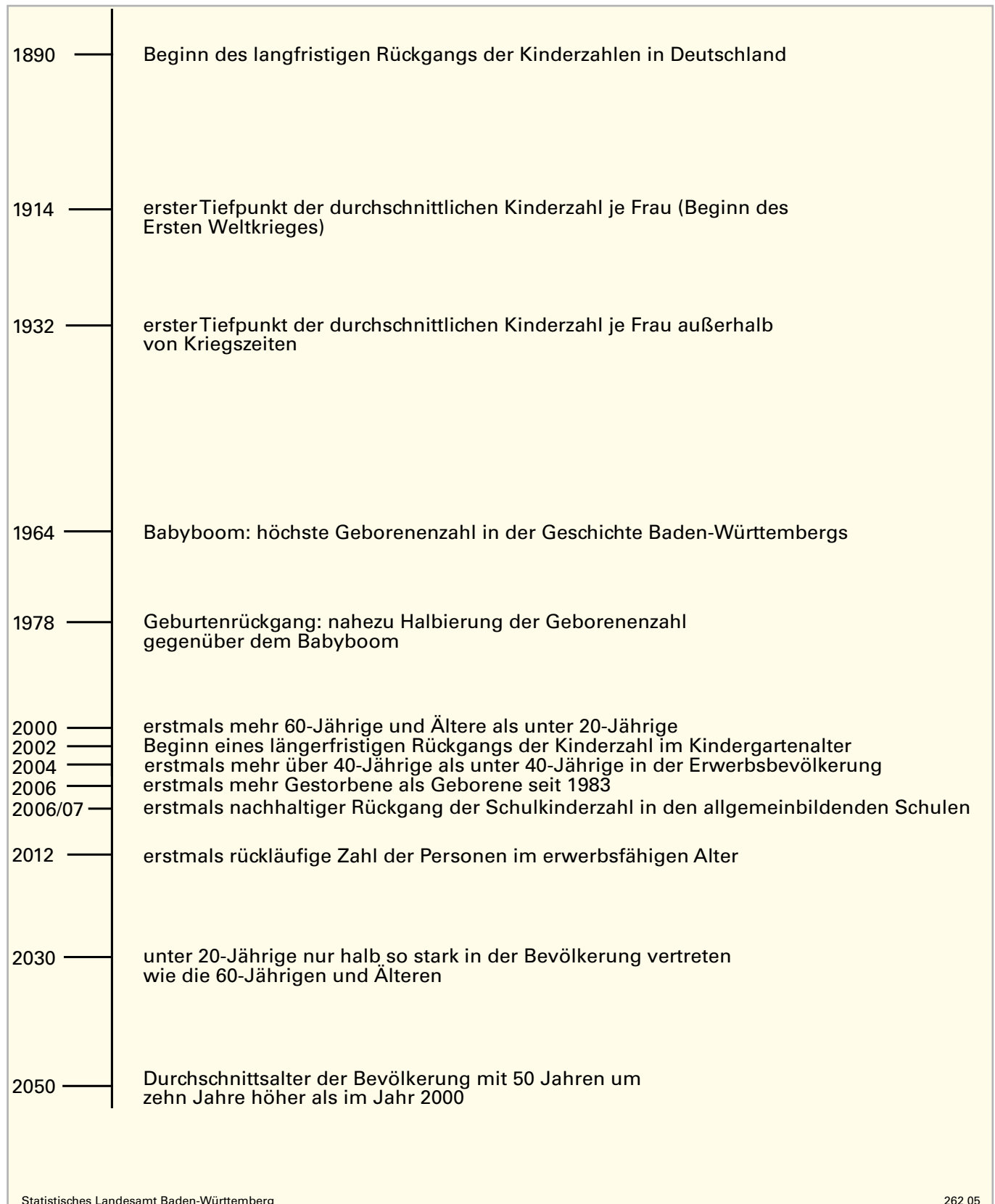
- Obwohl der demografische Wandel schon längst im Gange ist, fehlt es nicht selten noch am Bewusstsein, welche Bedeutung diese Entwicklung hat. Hier gilt es die Aufklärung über demografische Zusammenhänge und ihre Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu intensivieren. Dabei ist eine Bewertung des demografischen Wandels als „Schreckensszenario“ ebenso fehl am Platze wie seine Nichtkenntnisnahme.
- Selbst angesichts des drastischen Geburtenrückgangs in den 70er-Jahren hat unsere Gesellschaft es viele Jahre weitgehend vermieden, sich mit steuernden Maßnahmen zur Geburtenförderung zu beschäftigen. Hier findet sich ein zentraler Ansatzpunkt, die Folgen der Alterung zumindest auf längere Sicht abzumildern. Da das Geburtenverhalten von sehr unterschiedlichen Faktoren beeinflusst wird, greift man zu kurz, wenn die Überlegungen sich nur auf ökonomische und materielle Aspekte beziehen. Darüber und über das weite Feld, eine Wahlfreiheit für junge Paare zu schaffen, damit sie Familie und Beruf vereinbaren können, hinaus geht es auch um die Wertschätzung von Kindern – das Bewusstsein dafür, dass Kinder ein „Reichtumsfaktor“ sind und kein „Armutsfaktor“.
- Es gibt in Zukunft weniger Schüler, die gesamte nachwachsende Generation wird zahlenmäßig kleiner. Daraus erwächst auch die Chance, schulische und berufliche Ausbildung qualitativ weiterzuentwickeln, aber ebenso die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass diese nachwachsenden Jahrgänge mit einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten können, um in einem stärker globalisierten Wettbewerb zu bestehen. Darüber hinaus wird es zusehends wichtiger, die heute sichtbaren Bildungsnachteile von Migrantenkindern abzubauen, um auf diese Weise Bildungsreserven besser auszuschöpfen.
- Die Befunde zur künftigen Entwicklung der Erwerbsbevölkerung führen zu dem Schluss, dass zum einen wachstumsbremsende Auswirkungen einer schrumpfenden Erwerbspersonenzahl durch eine höhere Erwerbsbeteiligung aufgefangen werden. Besonderer Handlungsbedarf besteht darin, die Erwerbsbeteiligung qualifizierter ausgebildeter Frauen zu stärken, ohne gleichzeitig eine hohe Kinderlosigkeit in Kauf nehmen zu müssen. Hinzu käme eine bessere Bildungsintegration von Migranten mit dem Ziel, dass sie in verstärktem Maße qualifizierte Berufe ausüben können. Zum anderen gilt es für Unternehmen und Betriebe angesichts „alternder“ Belegschaften mehr noch als bisher, berufliche Weiterbildung und -qualifikation wie auch ein betriebliches Gesundheitsmanagement zu intensivieren, um innovationskräftig und wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Angesichts niedrigerer Kinderzahlen im Betreuungsalter, rückläufiger Schülerzahlen und deutlich steigender Zahlen Pflegebedürftiger müssen die Kapazitäten der jeweiligen Infrastruktureinrichtungen qualitativ wie quantitativ angepasst werden.
- Die Zahl der Menschen, die ein hohes Alter erreichen, steigt weiter an. Aus der Altersforschung



(Gerontologie) ist bekannt, dass ein heute 60-jähriger Mensch die körperliche Konstitution eines 55-Jährigen von vor 30 Jahren besitzt. Weil sich damit wesentliche Merkmale des Altersbegriffs deutlich verändert haben, kann die Auffassung dessen, was „Alter“ bedeutet, nicht in der bisher üblichen Form bestehen bleiben. Es bedarf einer gesellschaftlich akzeptierten Neudefinition des Altersbegriffs.

Bislang hat unsere Gesellschaft den vielfältigen Strukturwandel als allmählichen Prozess mit einzelnen Phasen rascherer, aber auch langsamerer Veränderungen erlebt. Auch künftig dürfte ein fortschreitender Wandel der Gesellschaftsstrukturen kein plötzlich auftretendes Ereignis sein. Dennoch ist es wichtig, sich angesichts der Langfristwirkungen demografischer Vorgänge rechtzeitig auf derartige Veränderungen einzustellen.

Demografische Zäsuren



Fachbegriffe und Methoden

Alten- und Jugendquotient

Bei Fragestellungen rund um unser Alterssicherungssystem werden der Alten- und Jugendquotient als bevölkerungsstatistische Indikatoren für die „Belastung“ der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) durch die Finanzierungsverantwortung für die Bevölkerung im noch nicht erwerbsfähigen Alter (unter 20-Jährige) und im nicht mehr erwerbsfähigen Alter (60 Jahre und älter) genutzt. Rechnerisch wird beim Altenquotienten die Zahl der 60-Jährigen und Älteren auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren bezogen, beim Jugendquotienten die Zahl der unter 20-Jährigen auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren. Diese Altersgrenzen orientieren sich daran, dass zum einen die Erwerbsbeteiligung der unter 20-Jährigen sehr niedrig ist und zum anderen das durchschnittliche Rentenzugangsalter bei etwa 60 Jahren liegt. Für Alternativrechnungen wird häufig auch eine Altersgrenze von 65 Jahren zu Grunde gelegt.

Bevölkerungsvorausrechnungen

Der Zweck von Bevölkerungsvorausrechnungen besteht darin, Orientierungspunkte über mögliche, auf heutigen Erkenntnissen beruhende Entwicklungen von Zahl und Struktur der Bevölkerung zu liefern. Sie stellen eine wesentliche Grundlage dar, zum Beispiel für Planungen im gesamten Bildungsbereich, für Einschätzungen zum künftigen Erwerbspotenzial sowie für die Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik (hier besonders auch für ältere Menschen). Diese Vorausrechnungsergebnisse können zudem auch möglichen Handlungsbedarf in den verschiedenen Bereichen von Gesellschaft und Politik schon heute signalisieren. Bevölkerungsvorausrechnungen können allerdings nur Gültigkeit unter den ihnen zugrunde gelegten Annahmen beanspruchen. Diese Annahmen betreffen die künftige Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenanzahlen sowie der Zahl der Zu- und Fortzüge (Wanderungen).

Sie dürfen daher nicht als vermeintliche „punktgenaue Vorhersagen“ missverstanden werden. Es handelt sich hier um „Wenn - Dann“-Aussagen. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Aussagefähigkeit werden vor allem von ihrem Verwendungszweck als kurzfristige Vorausschätzungen (über 10 bis 15 Jahre) oder langfristige Modellrechnungen und der „Güte“ der gesetzten Annahmen bestimmt. Dabei erweist sich gerade in Zeiten sprunghafter Veränderungen die Festlegung von Annahmen zur künftigen Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen als besonders schwierig. Rechnerisch werden Bevölkerungsvorausrechnungen als altersjahrgangswise Fortschreibung einer nach Alter und Geschlecht gegliederten Ausgangsbevölkerung durchgeführt. Dabei erfolgt für jedes Vorausrechnungsjahr eine Einrechnung der zuvor getroffenen Annahmen zu den Geborenen- und Gestorbenenanzahlen sowie zu den Wanderungen.

Demografie

Gegenstand der Demografie ist die datengestützte Beschreibung und Analyse der Größe, des Wachstums und der Struktur einer Bevölkerung sowie der Vorgänge, die darauf einwirken. Dazu gehören die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung, das Wandergeschehen, Eheschließungen und Ehelösungen. In diesem Rahmen umfasst Demografie auch die Analyse der vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und medizinischen Faktoren, die ihrerseits auf diese Bevölkerungsvorgänge Einfluss nehmen, und die Analyse der Rückwirkungen, die von den demografischen Größen auf die verschiedenen Gesellschaftsbereiche ausgehen. Daher zählen über zurückblickende und aktuelle Bevölkerungsanalysen hinaus ebenso Vorausrechnungen zu künftigen demografischen Entwicklungen und ihren Auswirkungen zum Themenfeld der Demografie. Eine grundlegend wichtige Datenbasis zur Beobachtung dieser Bevölkerungsvorgänge stellt die amtliche Bevölkerungsstatistik dar.

Geburtenrate

Als statistisches Maß für die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wird die „zusammengefasste Geburtenziffer“ zugrunde gelegt. Dazu wird zunächst ermittelt, wie viele Kinder in einem Berichtsjahr (z. B. 2006) von Frauen in den einzelnen Altersjahren zwischen 15 und 45 bzw. 50 Jahren geboren wurden – üblicherweise bezieht man die Geborenenzahlen auf jeweils 1 000 Frauen gleichen Alters. Durch die Aufsummierung dieser „altersspezifischen Geburtenziffern“ erhält man eine Maßzahl, die zum Ausdruck bringt, wie viele Kinder von 1 000 Frauen während der Lebensphase von 15 bis 45 bzw. 50 Jahren zur Welt gebracht werden. Es handelt sich dabei allerdings um keine echte Verlaufsbeobachtung eines Frauenjahrgangs über seine Geburtenphase hinweg, sondern um eine Beschreibung der Geburtenverhältnisse in dem jeweiligen Berichtsjahr. Gleichwohl lässt sich die auf diese Weise berechnete Geburtenrate als Indikator für die durchschnittliche Kinderzahl je Frau interpretieren.

Generatives Verhalten

Die Entscheidung von Paaren, kein Kind, ein Kind oder mehrere Kinder zu bekommen, die Entscheidung in welcher Altersphase der Eltern Kinder zur Welt kommen, welcher zeitliche Abstand zwischen den Kindern liegen soll, und alle individuellen sowie gesellschaftlichen Faktoren, die diese Entscheidungen beeinflussen, bezeichnen den Bereich des generativen Verhaltens. Zu den individuellen Einflussfaktoren gehören u. a. die persönlichen Wertvorstellungen, Lebenspläne, Lebensstile sowie die materiellen Verhältnisse, die Wohnsituation und gesundheitliche Dinge. Als gesellschaftliche Faktoren zählen beispielsweise die gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu Kindern und Familie, die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme, die allgemeine Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, materielle und immaterielle Förderung für Kinder und Familien. Alle diese Faktoren beeinflussen sich zudem häufig gegenseitig. Dadurch entsteht ein komplexes Geflecht von Faktoren, das auf das generative Verhalten einwirkt.

Erwerbsbeteiligung

Im Rahmen der 1 %-Stichprobenbefragung des Mikrozensus – der größten Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik – werden regelmäßig statistische Informationen u. a. zur Erwerbstätigkeit der Bevölkerung erhoben. Als Erwerbstätige gelten alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Erfassungszeitraum zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn oder Gehalt), in selbstständiger Tätigkeit oder als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Zudem werden auch die Personen als Erwerbstätige gezählt, die wegen Krankheit, Urlaub oder Elternzeit nicht gearbeitet haben, aber in einem Arbeitsverhältnis stehen. Geringfügig Beschäftigte, Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende werden ebenfalls als Erwerbstätige erfasst. Nach Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit gegliederte Erwerbstätigenquoten ergeben sich als Prozentanteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Gruppe der Gesamtbevölkerung.

Kinderzahlen

Aus der 1 %-Stichprobenerhebung des Mikrozensus kann ermittelt werden, wie viele Kinder gegenwärtig, d. h. in dem jeweiligen Berichtsjahr, in den Haushalten und Familien leben. Um Informationen darüber zu erhalten, wie viele Frauen nach Beendigung ihrer Geburtenphase keine Kinder oder ein, zwei, drei oder mehr Kinder haben, wird die Gruppe der 35- bis unter 45-jährigen Frauen nach der Zahl der gegenwärtig bei ihnen lebenden Kinder gegliedert. Dahinter steht die Annahme, dass Frauen unter 35 Jahren ihre Geburtenphase noch nicht vollständig abgeschlossen haben und dass Frauen im Alter von 45 und mehr Jahren nur noch wenige Kinder zur Welt bringen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass in dieser Altersphase der Frauen in der Regel auch ältere Kinder den elterlichen Haushalt noch nicht verlassen haben. Die Aussagen, die auf dieser Basis über die Verbreitung von Kinderlosigkeit oder von Ein-Kind-, Zwei-Kinder- oder Drei-Kinder-Familien getroffen werden, stellen somit in Teilen eine Schätzung dar. Es handelt sich dabei jedoch

im Rahmen der laufenden amtlichen Familien- und Bevölkerungsstatistiken um die verlässlichste Quelle für derartige Informationen. Direkte Fragen nach der Zahl der jemals von einer Frau geborenen Kinder lassen die gesetzlichen Grundlagen der amtlichen Statistiken gegenwärtig noch nicht zu. Es ist jedoch vorgesehen, in Zukunft auch diese Informationen zu erheben und Daten bereitzustellen.

Krankheitskosten

Das Statistische Bundesamt erstellt seit 1992 statistische Informationen für das Bundesgebiet aus verschiedenen Quellen über Strukturen und Entwicklungen im Gesundheitswesen im Rahmen von gesundheitsbezogenen Rechensystemen. Hierzu gehören Datenzusammenstellungen zu den gesamten Gesundheitsausgaben und zum Personal im Gesundheitswesen. Seit 2002 ist dieses Rechensystem durch eine Krankheitskostenrechnung ergänzt worden. Die Krankheitskosten umfassen die laufenden Gesundheitsausgaben in ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen, des Gesundheitsschutzes, der Verwaltung, sonstiger Einrichtungen und die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte. Nicht mit eingerechnet werden Investitionen und Einkommensleistungen. Die errechneten Krankheitskosten lassen sich getrennt nach Altersgruppen der Männer und Frauen darstellen sowie aufgeteilt nach Krankheitsarten. Auf Landesebene liegen die Daten in dieser Form nicht vor.

Lebenserwartung

Als Kennzahl, die die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung zusammenfassend beschreibt, wird im Allgemeinen die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen und Jungen verwendet. Diese Information lässt sich durch Berechnung von Sterbetafeln ermitteln. Hier wird u. a. berechnet, wie ein fiktiver Jahrgang von jeweils 100 000 gleichzeitig geborenen Mädchen und Jungen im Laufe seines Lebens durch Tod dezimiert wird. Auf dieser Basis lässt sich für jedes erreichte Altersjahr die dann noch zu erwartende Lebensdauer errechnen. Dabei handelt

es sich um Durchschnittsangaben, von denen individuelle Sterberisiken bzw. Lebenserwartungen natürlich deutlich abweichen können. Da sich die Basisdaten dieser Art von Sterbetafelberechnungen auf einen bestimmten Zeitraum beziehen (z. B. 2004/06) – also sogenannte Querschnittsdaten und keine Verlaufsdaten sind – wird eine lebenslaufbezogene Betrachtung damit lediglich simuliert. Gleichwohl stellen Sterbetafelberechnungen eine unentbehrliche Grundlage beispielsweise für die private und öffentliche Versicherungswirtschaft im Bereich der Alters- und Lebensversicherungen dar.

Migranten

In den Bevölkerungs-, Sozial- und Bildungsstatistiken wird häufig nach deutscher und ausländischer Bevölkerung – und manches Mal sogar nach einzelnen Staatsangehörigkeiten – unterschieden. Dies geschieht aus der Erfahrung, dass sich die Lebenssituationen dieser Bevölkerungsgruppen nach wie vor unterscheiden können. Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Spätaussiedler und Personen, die neben der deutschen auch eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, werden statistisch meistens als Deutsche gezählt. Bei Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, lässt sich in der Regel nicht mehr der Migrationshintergrund statistisch nachzeichnen. Allerdings werden seit 2005 im Rahmen des Mikrozensus Fragen zum Migrationshintergrund berücksichtigt (siehe „Migrationshintergrund“). Als eine wichtige Grundlage zur laufenden Beobachtung des Migrationsgeschehens dient die amtliche Wanderungsstatistik. Hier werden die Wanderungsströme von Deutschen und Ausländern nach Herkunfts- und Zielgebieten (innerhalb eines Bundeslandes, zwischen den Bundesländern Deutschlands und zwischen Inland und einzelnen ausländischen Staaten) erfasst.

Migrationshintergrund

Erstmals wurden 2005 im Rahmen des Mikrozensus Fragen zum Migrationshintergrund der Bevölkerung

gestellt. Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen zugewanderte Ausländer (1. Generation) oder in Deutschland geborene Ausländer (2. und 3. Generation), Spätaussiedler, zugewanderte Ausländer, die eingebürgert worden sind, in Deutschland geborene Ausländer, die einen deutschen Pass erhalten haben, die Kinder dieser eingebürgerten Ausländer, die Kinder von Spätaussiedlern sowie Kinder, von denen nur ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt.

Pflegebedürftigkeit

Aus der amtlichen Pflegestatistik lassen sich Informationen über die Zahl der Pflegebedürftigen in den einzelnen Altersgruppen gewinnen. Pflegebedürftige sind in der ganz überwiegenden Zahl ältere Menschen, die nicht in der Lage sind, den Alltag ohne fremde Hilfe zu bewältigen. Die Angaben zu den altersspezifischen Pflegehäufigkeiten, d. h. zum Anteil der Pflegebedürftigen eines bestimmten Alters an allen Personen gleichen Alters, bilden die Grundlage zur Vorausberechnung der durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten künftigen Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen.

Vorausrechnungen zur Mobilitätsentwicklung

Grundlage der Vorausrechnungen zur künftigen Mobilitätsentwicklung bilden Angaben zum Mobilitätsverhalten der Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen (gemessen an den zurückgelegten Wegestrecken). Diese Daten werden rechnerisch verknüpft mit den Angaben zur künftigen Bevölkerungsentwicklung. Rechenvarianten ergeben sich insbesondere durch verschiedene Annahmen zur Höhe der Mobilität in den einzelnen Altersgruppen.

Vorausrechnungen zur Wohnraumversorgung

Die Berechnungen zur Wohnraumversorgung der Haushalte gehen von einem normativen Ansatz aus: Für jeden Haushalt mit Wohnungsbedarf (Hauptmieter oder Eigentümer einer Wohnung oder Untermieterhaushalte mit mehreren Personen) im Lande soll eine Wohnung zur Verfügung stehen. Weitere Merkmale der Wohnungen wie etwa Größe und Ausstattung werden nicht berücksichtigt. So wäre der Wohnungsmarkt rechnerisch ausgeglichen, wenn die Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf ebenso groß wäre wie die Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen. Liegt die Zahl der Haushalte höher als der Wohnungsbestand, so resultiert daraus ein rechnerisches Wohnungsdefizit. Ein künftiger Wohnungsneubedarf entsteht, wenn die Zahl der mit Wohnraum zu versorgenden Haushalte ansteigt, ein Wohnungsersatzbedarf ergibt sich dadurch, wenn Wohnungen durch Abbruch, Umwidmung oder Zusammenlegung nicht mehr zur Verfügung stehen. Neu- und Ersatzbedarf zusammen ergeben den künftigen Gesamtbedarf an Wohnraumversorgung.

Wanderungsgewinn

Die amtliche Wanderungsstatistik erfasst die Zu- und Fortzüge über die Grenzen der verschiedenen Gebiets-einheiten: über die Gemeinde- und Kreisgrenzen, über die Landesgrenze und über die Bundesgrenze. Für jeden Wanderungsstrom stehen Informationen über den jeweiligen Herkunfts- und Zielort zur Verfügung. Mit diesen Angaben lassen sich z. B. die Wanderungsströme zwischen Baden-Württemberg und dem übrigen Bundesgebiet sowie dem Ausland darstellen. In der Bilanz aus Zu- und Fortzügen ergibt sich als Saldo ein Wanderungsgewinn (Nettozuwanderung), wenn die Zahl der Zuzüge höher ist als die Zahl der Fortzüge und ein Wanderungsverlust (Nettoabwanderung), wenn die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge überwiegt.



Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Ivar Cornelius ■ **Mitarbeit:** Franz Burger, Werner Brachat-Schwarz, Attina Dominé, Ingolf Girrback, Monika Hin, Monika Kaiser, Sabine Schmidt, Cornelia Schwarck, Erich Stutzer, Michael Walker, Rainer Wolf ■ **Redaktion:** Thomas Schwarz
■ **DTP/Grafik:** Simela Exadakilou, Bodo Heizmann, Rolf Wörner ■ **Technik:** Wolfgang Krentz ■ **Druck:** Gaiser Print Media GmbH



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Öffentliche statistische Fachbibliothek
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg · Böblinger Straße 68 · 70199 Stuttgart · Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40 · poststelle@stala.bwl.de · www.statistik-bw.de